

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

„Pallas“-Untersuchungsausschuß

24. (12. öffentliche) Sitzung

am Montag, dem 10. Mai 1999, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Jürgen Hinz (SPD)	Vorsitzender
Hermann Benker (SPD)	
Günter Fleskes (SPD)	
Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)	
Birgit Küstner (SPD)	in Vertretung von Ingrid Franzen
Gerhard Poppendiecker (SPD)	
Heinz Maurus (CDU)	Stellv. Vorsitzender
Klaus Schlie (CDU)	
Frauke Tengler (CDU)	
Herlich Marie Todsens-Reese (CDU)	
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)	
Abg. Anke Spoorendonk (SSW)	

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Tagesordnung: **Seite**

Vernehmung von Auskunftspersonen

Dr. Lars Michael Clausen 5
Leiter der Katastrophenforschungsstelle an der CAU

Richard-Stephen Köhler 32
Küstenwachzentrum Cuxhaven

Jens Udo Lüder 45
BGS Amt See

Dieter Kesting 60
AL im MUNF Schleswig-Holstein

Beginn: 10:04 Uhr

Vorsitzender: Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Guten Morgen, Herr Professor Clausen! Ich eröffne die 24. Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses; es ist unsere 12. öffentliche Sitzung.

Wir treten in die öffentliche Beweiserhebung ein:

**Vernehmung der Auskunftsperson
Dr. Lars Michael Clausen**

Herr Professor Clausen, Sie sind heute vor dem „Pallas“-Untersuchungsausschuß als Auskunftsperson erschienen. Das Beweisthema, zu dem Sie sich äußern sollen, ist Ihnen in der Ladung mitgeteilt worden. Ihre Aussagegenehmigung liegt uns vor.

Wenn Sie sich als sachverständige Auskunftsperson gutachterlich äußern, haben Sie Ihr Gutachten unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen zu erstatten.

Bevor ich Sie zur Sache vernehme, muß ich Sie vorher zur Person vernehmen. Ich bitte Sie, uns Ihren vollständigen Namen, Ihr Alter, Ihren Wohnort und Ihren Beruf mitzuteilen. Bitte schön, Herr Professor Clausen, Sie haben das Wort.

Dr. Clausen: Ich heiße Lars Michael Clausen, bin am 8.4.1935 geboren, ich wohne in Hamburg-Rahlstedt, Wehlbrook 30, und ich bin Diplom-Kaufmann, Dr. sc. pol., arbeite jetzt als Professor der Soziologie an der Christian-Albrechts-Universität und bin Leiter der Katastrophenforschungsstelle. Das ist mein Berufsfeld.

Vorsitzender: Danke schön. – Sie haben uns dankenswerterweise über Ihren Mitarbeiter eine Reihe von wissenschaftlichen Unterlagen übersandt, aus denen auch hervorgeht, was Sie wissenschaftlich gearbeitet haben. Ich habe da voller Interesse biographische Details gelesen, daß Sie ja auch mit der studentischen Unruhe an den Universi-

täten zu tun hatten und Ihr damaliges Wirken auch in einen politischen Zusammenhang geriet; Stichwort: Zivilschutz.

Uns interessiert natürlich heute die Aktualität. Den Ausschußmitgliedern ist das Schreiben der Ministerpräsidentin an mich bekannt, wonach morgen in einer Woche der Bericht, den Sie im Auftrag der Landesregierung abgegeben haben, verhandelt wird. Anschließend wird er dann dem Ausschuß zugänglich und auch öffentlich werden.

Wir haben uns im Vorgespräch freundlich, höflich und angenehm darüber verständigt, daß wir uns die kommenden zwei Stunden über Ihre Einschätzungen allgemeiner Art unterhalten wollen. Ich hatte Sie auch gefragt: Gibt es angewandte Katastrophensoziologie? Kann Katastrophensoziologie überhaupt zu etwas beitragen, was manche als Katastrophe, manche als Desaster, andere wiederum als Unfälle, die normal sind und immer eintreten, bezeichnet haben?

Ich gehe im Einverständnis des ganzen Ausschusses davon aus, daß Sie uns zunächst Ihre allgemeine Einschätzung schildern. Wenn wir noch Zeit haben, können wir ja auch auf Anwendungen der Katastrophensoziologie im allgemeinen noch zu sprechen kommen. – Professor Clausen, Sie haben das Wort.

Dr. Clausen: Recht vielen Dank. - Generell ist die Katastrophensoziologie ein besonderer Zweig dieser Wissenschaft Soziologie, die sich bekanntlich mit dem sozialen Handeln der Menschen beschäftigt und damit, wie sehr sie sich, sobald andere mitwirken, von ihren sonst gewünschten Verhaltens- und Handlungsweisen entfernen; das heißt, Menschen in Gesellschaft handeln anders als allein, und das ist unser Stoff.

Die Katastrophe selbst ist für uns auch ein sozialer Prozeß. Ein Beben auf Alpha Centauri, so schrecklich es ist, ist für uns nicht interessant – Naturkatastrophen in dem Sinne sind es nicht -, sondern wir handeln da-

von, wie Leute in Katastrophen sich bewegen.

Im besonderen Falle ist es ganz gut bei uns definierbar: Katastrophe ist ein ganz besonders krasser sozialer Wandel. Das heißt, er ist besonders gründlich, er ist besonders schnell, und er ist – umgangssprachlich – besonders entsetzlich. Das heißt, es gibt im Grunde sehr viele Zuschreibungen, wer daran schuld sei, und einige davon sind ziemlich magisch. Das unterscheidet eine Katastrophe von einem großen vorhersehbaren einkalkulierten Schaden, wie etwa dem Untergang einer Flotte im Krieg, weil man eine Schlacht verliert.

Das ist sozusagen ein abstraktes Wort, aber Sie wollen hier ja auch etwas über die Arbeit hören und wie wir das gemacht haben. Speziell vom Ansatz her kann man sagen: Die Landesregierung hatte mich gebeten, in sehr kurzer Zeit eine umfassende Schwachstellenanalyse - das Wort „umfassend“ kam mehrfach vor - herzustellen. Ich habe, vor allem weil zahlreiche Fragen zum Unfallmanagement aufgeworfen worden seien, mich dem auch besonders gewidmet. Ich habe mir auch klargemacht, daß Schwachstellen auch da sein können, wo nichts passiert ist. Das heißt, wo alle Leute gut damit fertig geworden sind, könnte sich trotzdem eine Schwachstelle verraten. Das gibt es ja gelegentlich, daß Leute besser sind als die Organisation.

Im einzelnen Falle bedeutete das natürlich, daß uns auch klar ist, daß man hier nautische, administrative, technische, kaufmännische, rechtliche Bereiche hat; auf dem juristischen Feld ist ja einschlägig das dornige Feld des Völkerrechts, des internationalen Privatrechts, des Seerechts und so weiter.

Das ist für die Katastrophensoziologen nicht besonders schlimm. Wir Kieler sitzen in meiner Person in der Schutzkommission des Bundesinnenministers seit über einem Vierteljahrhundert - es ist gräßlich, das zu sagen -, und bei der Gelegenheit trifft man keine Soziologen, sondern man trifft Meteoro-

logen und Mediziner und Toxikologen und Tiefbauer wegen der Bunker, Meteorologen wegen des Fallouts und lauter Naturwissenschaftler, Human- und Tiermediziner, Ingenieurwissenschaftler, und nach einer Zeit des Fremdseins kann man mit solchen Leuten ganz gut an konkreten Problemen arbeiten. Das ist unsere Erfahrung. Insofern habe ich keine besondere Berührungsscheu gehabt, mit Kapitänen oder mit Wasserbauingenieuren oder mit Brandschutzleuten zu reden.

Das ist so ein bißchen der Hintergrund, und man kann vielleicht noch ein paar Kleinigkeiten sagen. Uns ist sehr bald aufgefallen, daß sich in der „Pallas“ zwei verschiedene Prozesse sozusagen kulminiert haben. Es gibt eine ganze Anzahl längerfristig zusammenhängender Ursachenketten, die eine ganze Weile zurückreichen, eine davon bis in die Genese des Grundgesetzes hinein, das in diesem Bereich unglücklich konstruiert ist; darüber vielleicht nachher noch ein Wort, was das praktisch bedeutet. Zum anderen gibt es natürlich operationale Felder, in denen man direkt die Fehler des Ablaufs macht, während wir vor allem an den Fehlern interessiert waren, die man aus systemischen Gründen oder aus strukturellen Gründen macht.

Was ist damit gemeint? Es gibt Fälle, wo jeder ganz vernünftig handelt, wirklich nach der Kunst seines Amtes und seiner Profession, aber die Organisationen sind einander so zugeschnitten, daß sie einander stören, wenn jeder das Richtige macht, und es entstehen Fehler. Das kann also auch passieren, und das ist sogar unser täglich Brot in der Katastrophenforschung. Viele Katastrophen entstehen dadurch, daß alle Leute eine Weile lang glauben, sie machen alles richtig, und man kann ihnen auch keinen großen Vorwurf machen. Das haben wir also durchstudiert; längere Stadien und kürzerfristige Phasen oder strukturelle und operationale Schwachstellen wurden von uns untersucht.

Wie geht man dabei vor, und was sind die Grenzen? Vielleicht fängt man mit den

Grenzen an: Nicht alle Quellen wurden angeboten, nicht alle Quellen wurden aufgefunden, aber es sind natürlich ausgezeichnete und, ich muß sagen, großartige Vorleistungen von anderen Leuten erfolgt, auch von Ihnen übrigens; ich muß mich bei Ihnen bedanken. Sie haben Sachen nachgefragt, die ein Soziologe schlecht nachfragen kann, wenn man sie gesagt kriegt; Sie konnten die Personen immer etwas länger grillen. Aber wir haben nicht alles gefunden, obwohl man uns sehr viel und oft auch schon vorweg erratend, was wir brauchen, angeboten hat. Wir sind also in der Verwaltung ausgezeichnet behandelt worden, im Ministerium auch. Wir haben ja unsere Untersuchungen auch auf das Kabinett erstreckt und haben Minister und Staatssekretäre befragt.

Wir haben natürlich damit zu kämpfen, daß nicht alle Leute am Anfang wußten, das würde eine heiße Sache werden, und daß sie infolgedessen ihre Notizen kurzgehalten haben und sich auch erst nachträglich sehr mühsam wieder erinnerten, was eigentlich gewesen war. Dann gibt es natürlich absichtliche und unabsichtliche Einfärbungen und Fehlbehauptungen und so weiter. Das ist aber in der Methodologie der Soziologen kein Problem, manchmal sogar erleuchtend. Und natürlich hat der Gutachter auch detektivische Grenzen, so wie wir alle.

Quellen: Über ein halbes Hundert Leute sind befragt worden, im weiteren Sinne Betroffene, Vertreterinnen und Vertreter der Exekutive, der Verwaltung, auf Bundesebene, Landesebene, Kreisebene, Gemeindeebene. Wir haben mit haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern gesprochen, mit nautischen, juristischen, ökologischen Fachleuten aus der Praxis, aus den Medien, aus der Wissenschaft und zum Teil mit den Bewohnern der betroffenen Inseln, also mit der Basis.

Dann haben wir eine Anzahl Beobachtungen machen können. Wir haben zum Beispiel bei der ELG einfach die Arbeit beobachtet, und dann haben wir uns von Kolleginnen und

Kollegen vergleichend organisatorische, nautische und seerechtliche Gutachten geben lassen, weil wir das nicht selber können, und daraus haben wir natürlich für unseren eigenen Bericht furchtbar gespickt.

Es gibt Literatur, wenig gedruckte, viel graue und maßlos viel ungedruckte Literatur. Es sind allein sechs Ordner Strafakten, die hier bei der Staatsanwaltschaft liegen, beim Landgericht Kiel. Dann gibt es natürlich Einsatztagebücher, Briefwechsel, Eingaben. Das ist ja bekannt: Es sind sehr viele Eingaben aus der Bevölkerung oder von nautischen Fachleuten erfolgt. Weiter: Resolutionen, Akten, Übersichten anderer Organisationen. Eine eigene Schwachstellenjagd ist ja vom Innen- und vom Umweltministerium gemacht worden, und sie haben uns ihre Ergebnisse zur Verfügung gestellt. Wir haben also ausgewertet, was wir konnten. Dann haben wir das Internet angestrengt, und wir haben versucht, alles auszuarbeiten. – Das ist sozusagen das Vorgehen gewesen. Wenn es dazu Fragen gibt, sage ich natürlich gern noch ein Wort mehr.

Was kommt heraus? Ich habe von strukturellen Schwachstellen gesprochen. Na ja, im Groben gliedert sich das für mich noch auf. Der Bericht läuft ganz anders. Der Bericht ist systematisch, wie man so etwas untersucht. Die Schwachstellen tun uns aber nicht den Gefallen, so systematisch zu sein. Die Schwachstellen häufen sich, und an anderen Stellen gibt es sie nicht. Die Schwachstellenaufzählung sieht sozusagen nicht so schön glatt aus wie die Ordnung des Berichtes; das werden Sie ja noch sehen. Aber wenn man den Bericht gelesen hat, ist die dortige Ordnung auch sinnvoll.

Darüber, was wir hier machen, kann man ein Wort verlieren. Schwachstellen liegen im Bereich des Staates, der Politik, des Fiskus, der Wirtschaft, der öffentlichen Meinung, man kann sagen, im strukturellen Bereich der Öffentlichkeit: Staat, Politik, Fiskus, Wirtschaft, Öffentlichkeit. Im operationalen Bereich kann man drei Dinge nennen: vor Ort,

Ressourcen und zentrales Katastrophenmanagement. Das sind die operationalen Gebiete.

Insgesamt sind wir der Meinung, daß der Landrat damals ganz richtig entschieden hat, daß das kein Katastrophenfall war. So weit kennen wir auch das Katastrophenschutzrecht, wobei der gesetzliche Begriff der Katastrophe unserem ja nicht entspricht. Das Gesetz neigt immer dazu und muß nach unseren Erfahrungen auch dazu neigen, den Begriff der Katastrophe so zu fassen, daß Katastrophe etwas ist, womit alle Behörden zusammen nicht fertig werden, was nicht exakt das ist, was die Bevölkerung unter einer Katastrophe versteht. Ich hoffe, daß das klar geworden ist. Es ist nicht Respektlosigkeit, wenn wir einen anderen Begriff verwenden, sondern wir können mit anderen Begriffen analytisch besser arbeiten. Außerdem haben wir ja nicht Schuldige gesucht. Wir haben auch nicht - wie ein Seeamt - objektive Verursacher gesucht, sondern wir haben Schwachstellen gesucht, und so meinen wir, daß es nicht nur nach dem juristischen, sondern eben auch nach dem soziologischen Sinn nicht eine Katastrophe gewesen ist, sondern ein einziges großes reales Manöver. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Danke schön. – Wir treten dann in die Fragerunde ein. Wer beginnt? – Herr Maurus? – Nicht. Herrn von Hielmcrone? – Nicht. – Bitte, Herr Schlie.

Abg. Schlie: Herr Professor Clausen, können Sie uns vielleicht darstellen, worauf sich dieser Bericht, den Sie jetzt erstellt haben, auch aus Ihrem eigenen Erfahrungshorizont gründet? Haben Sie in anderen Fällen schon einmal Szenarien untersucht, die sich mit solchen realen Unfällen beschäftigt haben, und welcher Art waren diese Unfälle? Waren das auch Unfälle auf See – um das einfach einmal ein bißchen einordnen zu können?

Dr. Clausen: Ja, wir haben bisher eine ganze Anzahl von Sachen untersucht, übrigens angefangen mit der Schneekatastrophe in Schleswig-Holstein. Darüber haben wir 1982

einen ziemlich umfangreichen Bericht gemacht. Wenn Sie nach den konkreten Unfällen fragen - wir haben ja auch eine Menge Analytisches gemacht, Zivilschutzvernetzung in Europa und solche Sachen, was ja mehr eine Organisationsstudie ist -, so haben wir uns sehr stark mit Hochwassern beschäftigt, vor allem in Thüringen und im Rhein-Mosel-Gebiet. Wir haben uns mit Waldbränden beschäftigt, und wir haben uns auch sehr stark mit den Problemen zum Beispiel in Ruanda beschäftigt, wo wir im vorletzten Jahr Untersuchungen gemacht haben, und sind eigentlich immer dort tätig geworden, wo man uns gefragt hat. Vor allem eben der Bundesinnenminister fragte uns gelegentlich nach Sachen, und die haben wir dann untersucht, und dabei waren keine Schiffsunfälle. Außer daß ich hier schon ziemlich lange bin und ein wenig Lehrveranstaltungen über maritime Soziologie gemacht habe, was mir sehr geholfen hat - dafür muß man sich ja auch vorbereiten -, habe ich das also direkt nicht gemacht. Ich habe aber bei Industrieunfällen eine ganze Menge gemacht. Das ist überhaupt mein Ausgangspunkt. Mit Bergwerks- und Untertage-Unfällen habe ich in diesem Bereich überhaupt angefangen zu arbeiten.

Abg. Schlie: Vielen Dank. – Das sind dann also alles wissenschaftlich-theoretische Untersuchungen analytischer Art auf der Grundlage der Soziologie gewesen, die dann im nachhinein bei diesen konkreten Dingen zu gewissen Konsequenzen, Schlußfolgerungen Ihrerseits geführt haben. In welchen Fällen sind denn ganz konkret Dinge, Erkenntnisse, die Sie in Ihren Berichten zu solchen Dingen gemacht haben, dann auch in praktische Konsequenzen bei diesen von Ihnen genannten Bereichen umgesetzt worden?

Dr. Clausen: Also, viel zu wenig! Wir jammern immer ausgesprochen, und es geschieht daraus nichts. Das hat Gründe, über die ich gar nicht sprechen will. Aber wir sind zum Beispiel im Anwendungsbereich sehr stark im Bereich der Katastrophenmedizin,

Organisation bei Massenunfällen, Flughafenunfällen, Flugzeugunfällen, Abtransport-Geschichten, also Organisation, die man dort vor Ort am besten machen sollte. Das, was bei Ihnen „On-Scene-Command“ ist, muß man ja auch an Land machen. In diesen Bereichen haben wir eine ganze Menge gemacht. Das findet sich schwach niedergeschlagen etwa in den vom Bundesinnenministerium herausgegeben Büchern für Ärzte, mit denen sie für den Katastropheneinsatz geschult werden. Da findet sich das, auch Soziologisches, was Ärzte sozial für Fehler machen können, nach dem Motto: Kinder nicht gleich von Eltern trennen, weil sie klein sind, und solche Dinge.

Abg. Schlie: Herr Professor Clausen, Sie hatten uns ja eine Reihe Ihrer wissenschaftstheoretischen Abhandlungen auch vorher zugeschickt, damit wir uns ein Bild machen können, in welchen Bereichen Sie gearbeitet haben. Könnten Sie die anderen Mitglieder der Kommission vielleicht einmal benennen und sagen, welchen Erfahrungshintergrund die hatten?

Dr. Clausen: Nein, es gibt gar keine Kommission, die über mich hinausgeht. Das hat das Kabinett damals beschlossen, und dann hat das Kabinett mit uns Fühlung aufgenommen, mit der Katastrophenforschungsstelle, und dann haben wir gesagt: eine richtige Kommission? – Damals war noch nicht abzusehen, wie viele Parallelkommissionen da waren. – Großer Umfang? Alle Leute drin? Wie in Düsseldorf beim Flughafenunfall? 800 000, elf Monate, fünf Leute? – Dann haben sie gesagt – das ist wie in der Entwicklungsländersoziologie, wo ich herkomme -: Das Ganze bitte mit weniger.

Also, man macht immer schöne Pläne, und dann sind die Ressourcen beschränkt. Dann haben wir gesagt, wir können das noch solide machen, aber wir werden auch Gutachten nach außen vergeben müssen, wir werden die Leute nicht in der Kommission haben müssen, sondern werden sozusagen die Gutachter finden müssen.

Dann ist die Sache auf mich gekommen, und ich verantworte sie, vielleicht als „local boy“.

Wir sind lange Zeit die einzige Katastrophenforschungsstelle in Europa gewesen. Es gibt noch die Kollegen in Gorizia, in Görz, in Italien, und dann muß man eben schon nach Columbus, Ohio, gehen. Da sitzen sie also in Übersee.

Abg. Schlie: Ordne ich das richtig ein? Sie haben also mit Ihren wissenschaftlichen und studentischen Mitarbeitern - -

Dr. Clausen: Natürlich auch mit studentischen! – Entschuldigung, als Hilfskräfte braucht man die ja.

Abg. Schlie: Ich habe nicht „Hilfskräfte“ gesagt. Ich habe „Mitarbeiter“ gesagt.

Dr. Clausen: Die Interviews, wenn Sie das meinen, haben ausgebildete Wissenschaftler gemacht, während Zuträgerarbeiten Studentinnen und Studenten machen. Die Katastrophenforschungsstelle hat immer Studenten in der Forschung.

Abg. Schlie: Sie hatten uns vorhin mitgeteilt, daß Sie umfangreiche nautische und seerechtliche Gutachten – ich habe es nicht mehr ganz in Erinnerung – haben erstellen lassen. Ist das richtig?

Dr. Clausen: Ja.

Abg. Schlie: Finden die sich als Anlagen in Ihrem Bericht wieder?

Dr. Clausen: Ja, natürlich, die haben wir hinten drangehängt.

Abg. Schlie: Und die sechs Strafaktenordner bei der Staatsanwaltschaft haben Sie auch auswerten können?

Dr. Clausen: Ja.

Abg. Schlie: Vielen Dank.

Vorsitzender: Herr Hentschel, bitte.

Abg. Hentschel: Ich habe von Ihnen vernommen, daß es keine Katastrophe, sondern ein Manöver war. Was wollten Sie damit sagen? Es ist ja für uns nicht ganz verständlich, weil Sie ja selber gesagt haben, es gibt eine Differenz zwischen den umgangssprachlichen und den soziologischen Kategorien, und da ich selber nicht soziologisch geschult bin, wäre ich Ihnen verbunden, wenn Sie versuchen würden, das in umgangssprachlichen Begriffen darzustellen.

Dr. Clausen: Sie war nicht entsetzlich genug! Der „Pallas“-Fall war für unsere Begriffe nicht entsetzlich genug. Entschuldigung, daß ich das so sage, umgangssprachlich gesehen. Er war unerwartet, insofern zu schnell. Er war in gewissem Sinne sogar ein ziemlich gründlicher Unfall, weil er alles, was überhaupt in diesen Beziehungen laufen kann, betrifft. Zwei Staaten sind beschäftigt, der Bund, die Länder, ein Gremium, das weder ein Bundes- noch ein Länderorgan ist, die ELG, sehr viele Behörden. Ich kann darüber noch ein Wort verlieren, wie kompliziert es ist. Es war also eine umfassende Sache, und es war auch eine Sache, bei der viele Kreaturen haben daran glauben müssen. Es sind ja durch diese Öldrift so furchtbar viele Vögel umgekommen. Für die ist es bestimmt eine Katastrophe, aber es ist in dem Sinne keine, als es der Brand eines Frachters ist, der Schwierigkeiten machte, sich nicht löschen ließ, wo durch ein großes Medieninteresse eine Fackel über das Meer wandelt, bis alle Leute wirklich alarmiert sind. Dann, nachdem man sich fragt „Warum nimmt die keiner an die Leine?“ – das ist Ihnen in Ihren Fragen ja auch so gegangen -, läuft sie auf vor einer Insel, sie läuft auf – darüber muß man ein Wort sagen – an der Westküste, die eine Region mit großen Schwierigkeiten ist, die auf solche Sachen hin – vergleichsweise auch auf andere dieser Art – vermutlich immer hochgehen wird, was immer auch dankbarer Stoff für die Medien ist. Und es ist für die Medien interessant: Sie ist als mediales Ereignis sehr viel größer, wenngleich sehr lehrreich, denn als zentrales Ereignis. Deswegen sagte ich, so-

wohl juristisch als auch soziologisch ist sie eigentlich nicht wuchtig genug und furchtbar genug gewesen.

Deswegen habe ich das gesagt, was natürlich sehr von der Anwendung her kommt, die eben schon angesprochen war. Wir Soziologen werden in diesem Fall ja um Ratschläge gefragt. Wir arbeiten zum einen in der Prophylaxe, das heißt, wir versuchen, Katastrophen, die es noch gar nicht gibt, zu verhindern. Wir beraten bei der Durchführung des Katastrophenschutzes, und wir beraten, wie man Lehren aus dergleichen zieht, also auch noch hinterher. Wir sind also vollkommen gewohnt, etwas Derartiges zu machen, und eine der Sachen, die uns - vielleicht habe ich das Wort nicht umsonst gewählt – vom Fachlichen her ausnehmend gestört haben, ist, wie wenig Manöver in diesem Bereich gewesen sind. Zum Beispiel die Einsatzleitgruppe hat nach unserer Meinung praktisch zuwenig echt Manöver gefahren, aber auch andere, und da habe ich gesagt: Alle sind einmal gefordert gewesen, und man kann unglaublich viel daraus lernen. Deswegen ist es ein Manöver gewesen, das, von den Beteiligten gut ausgewertet, sehr fruchtbar sein kann. – Ich weiß nicht, kurze Frage, lange Antwort. Habe ich es getroffen?

Abg. Hentschel: Es geht ja um zwei Dinge. Es geht einmal um die Dimension. Da habe ich jetzt verstanden, daß es von der Dimension her keine Katastrophe ist. Zum anderen geht es um die Logik des Ablaufs. Sie sagten, es ist eine besonders schnelle Veränderung oder ein besonders schnelles Ereignis. Wenn ich es richtig verstehe, ist eine Katastrophe in der Regel ja sozusagen etwas, was bei den normalen Ablaufplänen aus dem Ruder läuft. Ich bin ja kein Soziologe, aber als Mathematiker würde ich sagen, es ist eine Singularität. Es läuft aus dem Ruder, es ist nicht mehr der normale Verlauf einer Kurve, sondern plötzlich gibt es einen Bruch an dieser Stelle. Da passiert im Ablauf etwas Besonderes. Ist das denn nun qualitativ etwas anderes, vom Ablauf her, eine Katastrophe oder ein Manöver?

Dr. Clausen: Wir bezeichnen eine ganze Menge sozialer Ereignisse, die diesen Charakter haben, so, zum Beispiel das Überfahrenwerden eines Familienvaters an der Kreuzung, viel zu früh, die Kinder sind noch klein. Das ist natürlich eine Katastrophe für die Familie, aber für uns in diesem Sinne nicht; es ist schon für den Unfallarzt keine mehr, ist schon für die Polizei keine mehr. Die Dimension ist hier auch nicht umfangreich genug. Dabei verkennt man nicht die Einzelheiten. Wenn ich in die Familiensoziologie hineingehe, dann treffe ich auf ganz andere Katastrophen, die man auch so fassen kann.

Was den mathematischen Katastrophenbegriff betrifft, die Unstetigkeit oder die Thomische Katastrophentheorie, so haben wir uns damit mehrere Jahre herumgeschlagen und stehen dabei, daß wir sie nicht brauchen können.

Abg. Hentschel: Gut, tut mir leid, daß wir Ihnen nicht helfen können!

Zu der Frage der Schwachstellen: Können Sie uns denn heute schon etwas über die Schwachstellen verraten, die Sie gefunden haben?

Dr. Clausen: Was wollen Sie hören?

Abg. Hentschel: Welche Schwachstellen haben Sie gefunden?

Vorsitzender: Ich glaube, das steht in dem Bericht, den wir morgen in einer Woche bekommen. Herr Professor Clausen, ich bitte Sie, auf diese Frage heute nicht zu antworten. Das geht nicht.

(Abg. Kubicki: Dann laden wir ihn noch einmal!)

- Ja. – Sind Sie durch, Herr Hentschel?

Abg. Hentschel: Herr Vorsitzender, ich habe dazu jetzt eine Frage. Das heißt, daß wir heute die konkreten Ergebnisse noch nicht behandeln?

Vorsitzender: Wir kennen das Auftragsergebnis noch nicht, weil das zunächst dem Auftraggeber vorbehalten ist.

Abg. Hentschel: Weil es noch nicht vom Auftraggeber abgezeichnet ist.

Vorsitzender: Ja.

Abg. Hentschel: Das heißt, wir können dann im Grunde auch gar nichts Konkretes weiter diskutieren, und dann halte ich es auch für sinnvoll, daß wir Herrn Clausen noch einmal neu einladen.

Vorsitzender: Das müssen Sie dann entscheiden. Das kann ich nicht als Vorsitzender entscheiden, welche Beweisangebote Sie stellen. – Wollen Sie dann weiter fragen?

Abg. Hentschel: Nein, dann kann ich im Moment nicht weiter fragen.

Vorsitzender: Herr Kubicki!

Abg. Kubicki: Herr Vorsitzender, ich habe eine Verfahrensfrage; vielleicht kann mir da Aufklärung gegeben werden.

Was hindert uns daran, konkrete Fragen zu stellen, und was hindert die Auskunftsperson daran, konkret darauf zu antworten? Wir sind ein Untersuchungsausschuß. Wir sind nicht darauf angewiesen, daß irgend jemand eine Willenserklärung abgibt. Er kann sagen, er will nicht. Dann müssen wir gucken, ob er das darf oder nicht. Dann beraten wir uns. Oder er sagt, er will, und dann haben wir keine Probleme. Deshalb denke ich, daß die Frage des Kollegen Hentschel nicht nur berechtigt ist, sondern, wenn sie beantwortet wird, uns auch weiterhilft; denn ich habe keine Lust, mich in diesem Gremium an den Zeitplan von irgend jemandem sonst zu halten.

Abg. Benker: Zu dieser Verfahrensfrage würde ich gerne eine Ergänzung machen. Es liegt tatsächlich in der Macht des Zeugen, zu sagen, ich darf das, oder zu sagen, ich darf das nicht, und es liegt in der Macht des Ausschusses, das zu fragen, was wir wollen.

Abg. Hentschel: Wenn ich es richtig sehe, hat Herr Clausen ja auch eine Aussagegenehmigung.

Vorsitzender: Sehr schön. – Herr Professor Clausen, Sie beurteilen, was Sie zum heutigen Zeitpunkt antworten wollen. – Herr Hentschel, Sie fahren also fort.

Abg. Hentschel: Ich danke Herrn Kubicki für die Unterstützung.

Herr Professor Clausen, können Sie dann vielleicht etwas zu der Frage sagen, welche Schwachstellen Sie gefunden haben?

Dr. Clausen: Ja, ich habe Ihnen ja sozusagen eine grobe Gliederung vorgelesen. Es gibt staatliche Schwachstellen, es gibt politische Schwachstellen, die sozusagen in den politischen Apparaten liegen – Politik als Teil der Tätigkeit unserer Gesellschaft –, es gibt welche im wirtschaftlichen Bereich, es gibt auch welche im Bereich der öffentlichen Meinung, wenn man das sehr grob so sagen darf, und es gibt fiskalische Fragen, wo also der Staat nicht als Hoheitsträger, sondern als Fiskus handelt. – Ich hoffe, ich habe jetzt nichts vergessen.

Das sind langfristige Sachen. Sie sind mit dem Grundgesetz angelegt. Ein Musterbeispiel ist vielleicht die Tatsache, die Ihnen ja durch Herrn Nöll angedeutet worden ist, soweit ich unterrichtet bin; die Protokolle, die im Druck erschienen sind, habe ich dankenswerterweise schon lesen dürfen.

Die Frage, wie das bei einem solchen Unfall zwischen den Beteiligten zu teilen ist, ist vom Grundgesetz so entschieden worden, daß die strompolizeilichen und die schiffahrtspolizeilichen Aufgaben – das ist auf dem Land das Wegerechtliche und das Verkehrsrechtliche – beim Bund sind. Wegerecht heißt: Die Wege müssen in Ordnung sein, die Wracks müssen weg. Man kann sie auch abschleppen. Die Wege müssen anständig betonnt und ausgebaggert sein. Diese Wegeseite, das ist also die Strompolizei. Die Verkehrspolizei sorgt dafür, daß die richti-

gen Schiffe fahren, daß der Kapitän auch ein Kapitänspatent hat und das Schiff vielleicht auch ein Rettungsboot. Das ist also diese Seite, daß Sie verkehrssichere Schiffe wie verkehrssichere Automobile haben.

Dann gibt es allerdings auch noch andere Fragen, zum Beispiel die ganzen immis-sionsrechtlichen Fragen. Die sind beim Land. Das ist nicht konkurrierende Gesetzgebung; das ist definitiv beim Land. Nun merkt man beim Brandschutz zum Beispiel, daß es sehr ekelhaft ist: Sie haben einen sogenannten verkehrssichernden Brandschutz, denn damit Sie ein Wrack wegschleppen können, müssen Sie das brennende Schiff ja kühlen oder löschen. Sie haben aber auch einen emissions-schützenden Brandschutz; denken Sie daran, ob Sie mit Schaum löschen oder nicht, weil der Schaum vielleicht schlimmer ist als das austretende Gift. Da überlegen Sie sich, ob man das Zeug nicht einfach verbrennen lassen soll; dann ist es weg. Diese Überlegungen stellt das Land an, wobei es nur see-seitig das Land macht; landseitig macht es der Kreis als Untere Katastrophenschutzbe-hörde und darunter selbstverständlich primär die Gemeinden.

Sie haben also bei einem Brandfall, was ja tatmäßig eine Sache ist, sozusagen ein Mann hinter dem Schlauch und vorne ein Feuerherd, mit Leichtigkeit den Bund drin, Sie haben das Land drin, Sie haben eine Gemeinde drin, und den Bund haben Sie womöglich noch durch verschiedene seiner Organe; er handelt ja durch den Zoll, er handelt durch den Bundesgrenzschutz, und er handelt durch die Wasser- und Schifffahrts-ämter. Das spielt auch eine Rolle, aber wir haben da nicht alle Schwachstellen untersucht. Die Zollhintergehung, die darin liegt, daß man angetriebenes Holz von der Pallas als Carport nutzt, die haben wir nicht mit drin.

Vorsitzender: Noch Fragen, Herr Hentschel?

Abg. Hentschel: Ich entnehme jetzt daraus, daß Sie in der Frage der Behördenkoordination eine Schwachstelle sehen.

Dr. Clausen: Entschuldigung, das Grundgesetz ist die Schwachstelle.

Abg. Hentschel: Aber die Frage, die uns hier interessiert, ist ja: Wie hat sich das konkret ausgewirkt, an welchen Punkten?

Dr. Clausen: Ja, es hat sich darin ausgewirkt – Ihnen ja im Grunde geläufig, denn das haben Bund und Länder schon lange gemerkt -: Erst hat der Bund versucht, die Sachen einfach ein bißchen kühl an sich zu ziehen. Dann hat es aber höchstrichterliche Rechtsprechungen gegeben, die haben gesagt, nein, nein, das Grundgesetz meint das schon so, und da ist der Schnitt. Daraufhin haben Bund und Länder eine Regelung gefunden. Sie haben zusammen die Einsatzleitgruppe gegründet. Die Einsatzleitgruppe selbst ist kein Bundesorgan, sie ist auch kein Länderorgan. Sie ist eigentlich ein Organ eines Staatenbundes, den es nicht gibt. Das ist so ähnlich wie bei der Kultusministerkonferenz. Die Bundesrepublik hat einige Sachen, die sie nicht regeln kann, weil sie sozusagen falsch zugeschnitten ist – in manchen Sachen.

Man hat also Organe geschaffen, die eigentlich keine sind, die aber ein Staatenbund hätte, und dazu gehört auch die ELG. Diese ELG - sie muß nicht in Cuxhaven sitzen - tritt zusammen und kollidiert auf der Stelle mit Ländern. Eine ELG, die in Niedersachsen sitzt und Feuerwehrleute aus Cuxhaven hat, kollidiert selbstverständlich mit dem Regierungspräsidenten in Lüneburg. Das hat auch Folgen. Diese Tatsache, daß es so kollidiert, bedeutet, daß die Leute vor Ort, wenn sie unsicher sind, zwei Herren haben, die sie anrufen können. Sie haben nominell nur einen, aber das wissen sie oft nicht. Manchmal weiß kein Beteiligter, wer es eigentlich ist. Wer aber zwei Herren hat, hat keinen. Das ist manchmal gar nicht so schlimm, wenn die Leute vor Ort dann selber entscheiden, aber in der Tat bedeutet es natürlich, daß das

nicht günstig ist. Sie wollen hinterher auch herauskriegen, was gewesen ist und wo man was verbessern soll und was de lege ferenda zu geschehen hat, und in dem Sinne sind also eine ganze Menge Schwierigkeiten aufgetaucht, die die Arbeitszeit von guten Leuten gefressen haben.

Abg. Hentschel: Sie gehen davon aus, daß diese verschiedenen Aufgabenteilungen im Verlaufe des „Pallas“-Unglücks auch reale Konsequenzen für die vor Ort stattfindenden Arbeiten gehabt haben?

Dr. Clausen: Das ist schon etwas schwieriger zu sagen. In einem ganz abstrakten Sinne hat alles Konsequenzen, weil Ursachen gewöhnlich ihre Folgen haben. Ob es irgendwo ernsthaft geschadet hat, was ja eigentlich die Frage ist, also operativ geschadet hat - -

Abg. Hentschel: Ich will einmal anders fragen. Aus meiner Analyse heraus sind die gravierendsten Probleme in den ersten zwei Tagen aufgetreten, als es darum ging, welchen Schlepper man jetzt hinschickt, was jetzt passiert. Es war Sturm, es war teilweise fast Orkan, es sind Seile gerissen und so weiter. Da ist einfach unheimlich viel schiefgegangen, was aber auch nicht verwunderlich ist. Bei Orkan ist es eben nicht so einfach, zu arbeiten, und der Zentrale Meldekopf in Cuxhaven hat wahrscheinlich auch nicht immer genau die Sicht gehabt, was jetzt vor Ort passiert. Da sind aber mehr Probleme aufgetreten als hinterher. Das ist jedenfalls meine Analyse.

In dieser Phase gab es aber im Grunde jemand Zuständigen, nämlich den ZMK.

Dr. Clausen: Ja.

Abg. Hentschel: Das heißt, wir haben die Hauptprobleme eher zu einem Zeitpunkt gehabt, wo wenig Zeit war, wo aber eine Behörde zuständig war, als hinterher.

Vorsitzender: Herr Hentschel, könnten Sie eine Frage stellen?

Abg. Hentschel: Taucht das bei Ihren Analysen so auf, und wie bewerten Sie das?

Dr. Clausen: Das ist richtig, aber der ZMK hatte zunächst einmal dieselben Schwierigkeiten wie die ELG hinterher, denn er rannte ja auch gegen die Länderinstanzen. Der ZMK ist ja eine Bundesinstanz, eine nicht selbständige Dienststelle im Amt in Cuxhaven. Er kann automatisch mit Länderbehörden in Kollision geraten. Er hat natürlich auch eine internationale Seite; er arbeitet ja mit den Nachbarländern und mit den dortigen Institutionen zusammen, und die Niederlande und Dänemark waren hier ja einschlägig, die Niederlande wegen des Schlepperproblems. Dabei hat er natürlich Entscheidungen getroffen, die vielleicht bei näherer Betrachtung eines Seeamtes dann irgendwann als nicht das Gelbe vom Ei herauskommen könnten. Wir schließen das gar nicht aus.

Aber solche Probleme führen in diesem frühen Stadium zu ganz anderen Sachen. Es ist nicht so sehr, ob nun der Schlepper richtig beordert war und ob das an Ort und Stelle richtig funktioniert hat. Das ist ja ein operationales Problem. Das hat nichts mit diesen Teilungen zwischen Bund und Ländern zu tun, sondern das Problem ist, daß es Einfindungsprobleme gibt, und es ist Ihnen ja nicht verborgen geblieben, daß sich die Feuerwehr wahnsinnig aufgeregt hat. Da würde ich als Soziologe sagen, daß das mit einer Fortpflanzung von Streitigkeiten der allerersten Zeit zu tun hat.

Wenn Sie vom Lande sind, kennen Sie das: Die Höfe sind verfeindet, wissen aber gar nicht mehr, warum sich die Großväter einmal wirklich gekracht haben. Da gibt es dann eine institutionelle Reserve oder so etwas, und die pflanzt sich durch den ganzen Fall hindurch. Das ist eine typische Schwachstelle, wo Sie nicht sagen können, der ist schuld, sondern da ist am Anfang etwas falsch gelaufen, und ein Teil davon liegt dann in der Unsicherheit der Vorgesetzten und in der Unsicherheit der Dienstwege durch die-

sen Fall. Nachdem wir das seerechtliche Gutachten gelesen haben, haben wir gesagt: Uns wird langsam klar, daß zu der Zeit niemand so klug war wie dieses Gutachten, was seine Rechte und Möglichkeiten anging, auch nicht die ELG, die aus lauter Fachleuten besteht.

Abg. Hentschel: Sie gehen also davon aus, daß dann, wenn es autoritärere Strukturen gegeben hätte, also klarere Handlungsstrukturen, diese Animositäten nicht so entstanden wären?

Dr. Clausen: Na ja, das geht auf eine grundsätzliche Frage. Diversifizierte Strukturen sind gut im Frühstadium, im Warnstadium, weil man da nichts übersehen darf, weil man nicht Aspekte eines Falles übersehen darf. Im Handlungsfall ist selbstverständlich eine Führungsorganisation, die hier teilweise gemangelt hat, sehr nötig. Es haben ja vor Ihnen Kapitäne ausgesagt, von denen der eine sagte, ich hatte das „On-Scene-Command“, und der andere sagte, das wußte ich ja gar nicht. Das ist ja hier so gewesen. Dann ist da mit Sicherheit irgend etwas fehl-gelaufen. Es kann ja sein, daß beide Kapitäne alles ganz richtig gemacht haben – von diesem Gesichtspunkt aus -, aber dann ist da etwas falsch gelaufen.

Abg. Hentschel: Ich habe erst einmal keine Fragen mehr.

Vorsitzender: Herr Kubicki!

Abg. Kubicki: Ich werde natürlich mit großer Spannung lesen, was Sie geschrieben haben, aber ich habe eine Frage an Sie und hoffe, daß Sie sie beantworten können.

Mir ist bei der gesamten Befragung aufgefallen, daß so etwas fehlt wie ein Monitoring, eine Instanz, die sozusagen sowohl die Entscheider als auch die Handelnden noch einmal rückkoppelt.

Um das zu konkretisieren: Ich habe hier häufig gehört, daß sich die ELG-Vertreter getroffen haben, und auf meine Frage, mit

welchen Aufträgen –um es einmal so zu formulieren – sie eigentlich dorthin gefahren sind oder wo sie sich rückgekoppelt haben, wenn sie eine Entscheidung getroffen haben, kriegte ich immer die Antwort, daß die das alles irgendwie selber gemacht haben. Der Heilige Geist hat sich dann über sie gesetzt und hat sie in die Lage versetzt, das konkret zu entscheiden. Es waren ja alles Fachleute.

Meine Frage ist: Bei einem solchen Ablauf – und es soll ja dankenswerterweise niemals zu einer Katastrophe kommen - -

Dr. Clausen: Das habe ich akustisch nicht verstanden.

Abg. Kubicki: Es soll ja Gott sei Dank niemals zu einer Katastrophe kommen. – Meine Frage ist nur: Ist nicht so etwas notwendig wie eine ständige Rückkopplung von denen, die eigentlich im Ruheraum sitzen und das alles überblicken und noch einmal nachdenken könnten?

Dr. Clausen: Sicherlich war die ELG organisatorisch nicht optimal gestellt. Sie hatte einfach nicht genug Möglichkeiten. Ich meine das jetzt nicht personell. Da kann man wirklich einiges Positive aufführen, etliches. Aber es fängt damit an, daß sie einen Presseferenten gebraucht hätte. Das heißt, sie war einfach nicht genug diversifiziert. Sie hatte eigentlich keinen Unterbau. Es ist - Sie wissen es ja auch - eine Beamtenexekutive. Das heißt, die Leute sind Beamte, aber sie sind als solche nicht weisungsgebunden. Selbstverständlich sind sie Leute aus ihren Häusern, und es gibt Dilemma-Fälle, Erwägungsfälle, aber die hat man ja häufiger im Leben. Doch sie sind im Grunde selbständig, und als eine solche selbständige Behörde haben sie einen zu kleinen Unterbau gehabt. Deswegen sind wir ja auch sehr stark auf „Manöver“ - - Dann wäre aufgefallen, daß es Unsinn ist, daß die tagelang kein warmes Essen kriegen. Das muß nicht sein. Dies nur, um ein ganz harmloses Beispiel zu nennen; das ist ja keine Abenteuersafari, sondern ein ernsthafter Stab, der viele Arbeitsmöglichkeiten braucht. Auch in anderen Zusammenhängen fällt ei-

nem auf, daß man ihm noch mehr Kapazität gewünscht hätte.

Auf der anderen Seite werden Sie doch häufiger finden, daß eine Gruppe von Ingenieuren immer schneller zu Entscheidungen kommt als eine Gruppe von Juristen. Entschuldigung, das braucht ja kein Schaden zu sein, und das braucht keine Schande zu sein. Ich sage nur, es kann ein Schaden sein. Sie sind in mancher Hinsicht schneller. Sie lassen sich nicht so leicht durch manches aufhalten.

Abg. Kubicki: Das kann ich momentan nicht verifizieren!

Dr. Clausen: Entschuldigen Sie, ich weiß, daß ich zu einem Juristen spreche; deswegen quasi entschuldigend.

Abg. Kubicki: Wie gesagt, ich kann es nicht verifizieren.

Vorsitzender: Frau Spoorendonk!

Abg. Spoorendonk: Ich habe eine Frage, weil vorhin das Stichwort „Medienereignis“ fiel. Ich wüßte eigentlich gerne, inwiefern Sie sich in Ihrer Untersuchung auch mit dieser Problematik befaßt haben, und eigentlich auch, wie Sie damit umgegangen sind. Man könnte vielleicht der Meinung sein, daß wir es wirklich mit einem Medienereignis zu tun gehabt haben, das auch eine Eigendynamik entwickelt hat, und daß das vielleicht auch ein wesentlicher Grund für das ist, was wir hier jetzt alles ansprechen. Ich wüßte eigentlich gern von Ihnen noch einmal eine Einschätzung dieser Problematik.

Dr. Clausen: Ja, aus mehreren Gründen war es sehr medienfähig. Es dauerte recht lange, es war sehr hell. Es sprach nacheinander Dynamiken an wie „Mensch gegen Natur“ und anschließend die Vogelwelt, also die Tierwelt, und es sprach die Verölung der Küsten an. Das sind alles interessante Themen. Es war punktuell, und es war gut zu recherchieren. Als großes Medienereignis

mußte es natürlich auch unterschiedlich auf die Beteiligten wirken.

Ein starkes Medieninteresse ist vielleicht im technischen Sinne für Beamte störend, zum Beispiel weil es ihre Apparate blockiert, ist aber nicht so sehr störend, weil Beamte - das ist vielleicht sogar ihr Vorteil - nicht medien-gewandt sind. Es ist sehr störend für Politiker, natürlich, weil es eben sofort auch eine politische Dimension kriegt: „Ist die politische Führung handlungsfähig?“ und dergleichen. Infolgedessen wirkt es auf das Handeln dieser verschiedenen Akteure unterschiedlich, die fangen dann an, darauf zu reagieren, und daraufhin wird die ganze Sache interessanter. Deswegen ist das selbstverständlich eine legislativ-exekutive Frage geworden.

Nun waren wir auf den Inseln und haben uns dort erkundigt und haben versucht herauszufinden, was eigentlich die Inselreporter alles wußten, die ja ein bißchen mehr wissen als die eingeflogenen, weil sie die Hintergrundgeschichten kennen. Da haben uns natürlich alle gesagt: Bei uns fragst du herum, aber in Kiel fragst du nicht herum. – Dann haben wir natürlich auch die Politiker nach ihren Einschätzungen gefragt; das war selbstverständlich.

Es war also medial sehr viel einflußreicher, und wenn eine Sache wichtig genommen wird, ist sie natürlich in ihren Auswirkungen auch wichtig. So arbeiten ja alle Beteiligten.

Abg. Spoorendonk: Eine Zusatzbemerkung: Aber gehen Sie denn in Ihrer Schlußfolgerung auch darauf ein, daß man zum Beispiel eine andere Art von Informationspolitik betreiben muß?

Dr. Clausen: Ja, auf jeden Fall, auf verschiedenen Ebenen! Das ist nicht nur eine Frage einer Landesregierung oder einer ELG, wie immer sie aussehen mag; das ist auch eine Frage der betroffenen Gemeinden selbst.

Abg. Spoorendonk: Beziehen Sie sich dabei auch auf Erfahrungen aus dem Ausland?

Ich meine, es gibt ja Analysen, die sich gerade auch mit diesem Aspekt befassen.

Dr. Clausen: Sehr, in den Vereinigten Staaten vor allem.

Vorsitzender: Herr Benker!

Abg. Benker: Ich habe eine Reihe von Fragen, zunächst einmal: Wenn Sie gesagt haben, daß die mathematische Katastrophenlehre und –untersuchung für Sie keine Rolle mehr spielt –

Dr. Clausen: Ja, die Katastrophentheorie, da gibt es so eine - -

Abg. Benker: - nein, ich will konkret eine Frage danach stellen -, dann stellt sich für mich immer die Frage nach den Ressourcen; ich sage das einmal, weil Sie auch die Katastrophenmedizin angesprochen haben. Bei zehn Verunfallten und einem Arzt müssen Sie nach der Triage vorgehen, bei zehn Verletzten gleicher Art und fünf Ärzten brauchen Sie das nicht. Wirkt sich das Gefühl, ausreichende Ressourcen zur Verfügung zu haben, nicht tatsächlich auch auf die Handelnden aus, daß ich also sehr viel souveräner handeln kann? Insofern spielt doch diese mathematische Überlegung durchaus eine Rolle.

Dr. Clausen: Die mathematische Theorie ist, wenn ich es recht weiß, eigentlich eine Frage der dreidimensionalen Schulgeometrie, Unstetigkeiten in dreidimensionalen Kurven, und wir haben immer probiert, das zu benutzen. Es wäre für unsere Modelle zu schön gewesen, aber wir haben es nicht brauchen können. Deswegen läßt sich das mathematisch wirklich nicht machen.

Könnten Sie also sozusagen unter Verzicht auf diese mathematische Anspielung Ihre Frage noch einmal zuspitzen?

Abg. Benker: Der entscheidende Punkt ist der: Wenn ich das Gefühl habe, ausreichende Ressourcen zu haben, dann habe ich als Handelnder ein anderes, ein souveräneres Gefühl, als wenn ich das Gefühl habe, nicht

über ausreichende Ressourcen zu verfügen. Insofern ist die Frage, wann Katastrophe oder nicht Katastrophe, um auch das Gefühl zu bekommen, ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt zu bekommen, doch auch entscheidend für die Handelnden, oder nicht?

Dr. Clausen: Wenn man die Einstellung hat, man habe genug Ressourcen, wird man zögern, die Katastrophe zu konstatieren. Es wird einen also selbstsicherer machen, und Selbstsicherheit ist in kritischen Lagen auch nachgefragt. Es kann auch ein Irrtum sein. Das ist ja wieder eine objektive Frage, ob jemand wirklich genug Ressourcen hat. Es gibt sehr oft – das kennen wir bei großen Unfällen, bei Massenunfällen – das Gefühl, wir haben doch genug Krankenhausplätze, aber wenn alle Wagen zum selben Krankenhaus fahren, dann hat man nicht genug Krankenhausplätze. In diesem Sinne kann dieses Gefühl also auch täuschen.

Hier gab es natürlich eine gewisse Knappheit vor allem im Bereich der Schleppkapazitäten; das war ja von Ihnen auch angesprochen worden. Das ist natürlich eine längerfristige Frage, und die hat allerdings nichts mit der Grundgesetzfrage zu tun, sondern eher mit den längerfristigen Konjunktur- und Haushaltsproblemen.

Abg. Benker: Zweite Frage: Sie sagten, viele Fehler entstehen, weil man glaubt, man mache alles richtig.

Dr. Clausen: Es gibt solche Fälle leider, ja.

Abg. Benker: Dazu konkret: Liegt es daran, daß die Schnittmengen zu groß sind, daß beide in gleichen Feldern liegen, liegt es daran, daß sie isoliert nebeneinander arbeiten, oder liegt es daran, daß man es mosaikartig so weit aufteilt, daß diese Handlungen dann zu solchen Fehlern führen?

Dr. Clausen: Alles, was Sie sagen, kann möglich sein. Es gibt Fälle, wo wir es begrüßen, daß selbständig klug handelnde Leute einander zugrunde richten. Das ist zum Beispiel der Markt. In der Konkurrenz sollen die

Schlechten unterliegen und pleite gehen, und die Guten sollen es packen. Jeder in seinem Betrieb macht es, so gut er es kann, und ein Teil geht pleite. Das ist gewollt. Es gilt nicht als Katastrophe, außer vielleicht für die Belegschaften.

In diesem Sinne gibt es sehr viele Kollisionsmöglichkeiten. Es gibt aber auch die Kollisionsmöglichkeiten, die Sie vielleicht mehr im Auge haben, die darin liegen, daß eine sehr günstige Einrichtung, nämlich die Aufteilung einer Bürokratie in Fachlinien, also in ministeriale Zuständigkeiten, dazu führt, daß komplexe Fälle früh aus dem Auge jedes Ressorts geraten. Das ist ja hier im Fall der „Pallas“ sehr interessant. Das heißt, jedes Ressort sieht sozusagen seine Seite oder seinen Aspekt, aber kein Mensch sieht es insgesamt als ein Problem. Das kann natürlich dazu führen, daß jeder seine Arbeit gut abarbeitet und dennoch insgesamt große Lücken entstehen.

Abg. Benker: Aber Katastrophenorganisation lebt doch im Grunde genommen davon, so etwas wie „corporate identity“ für die Katastrophe zu entwickeln, nun genau abseits von dieser Linienstruktur, die Sie gerade aufgezeigt haben. Warum funktionierte das hier nicht?

Dr. Clausen: Es hat ja stellenweise sehr gut funktioniert. Eine ausgesprochene Starkstelle ist ja auf den Inseln gewesen. Bei der landseitigen Ölabwehr hat das sehr gut funktioniert. Die soziale Nähe ist die Kontrolle an sich, wie die Soziologen sagen. Die Leute greifen schon zu, wenn alle hingucken, und sie schaffen es schon weg. Auf der Seite sind sie sehr gut gewesen. Es war auch nicht das Schlimmste; es hätte wesentlich schlimmer kommen können, es hätte noch mehr Öl auf den Strand kommen können. Aber was da war – und es war ja nicht ganz wenig –, das haben sie doch sehr schön weggekriegt. Da funktionieren solche Sachen.

In anderen Fällen brauchen sie nicht zu funktionieren. Sie haben ja hier über einige Streitigkeiten etwas gehört. Wenn ich mich

recht erinnere, hat der Kapitän der „Kiel“ erzählt, wie er zwei Vorgesetzte hatte, und wenn er dem einen gehorcht hat, hat er mit dem anderen Ärger gehabt. Das ist ein ganz klassischer Fall.

Abg. Benker: Noch eine Frage, und zwar gerade zum Sozialverhalten, zur Soziologie: Wenn Sie voraussetzen, daß alle im Einsatz ausreichend ausgebildet sind, haben Sie auch Untersuchungen angestellt, ob, wenn es dann zur Echtzeit-Katastrophe kommt, dieses Eingübte funktioniert, oder von welchen Kriterien wird beeinflußt, daß es dann nicht funktioniert?

Dr. Clausen: An Land haben wir das gemacht. Das ist also sehr unterschiedlich. Es gibt Leute, die würden einen neuen Feuerwehrgewagen heranzufahren und dann die Gebrauchsanweisung aufreißen, um zu sehen, wie er geht. Das ist ungefähr das Schlimmste, was passieren kann.

Wir haben also eine ganze Menge gemacht. Es wird sehr ungern gemacht. Kritische Manöverbegleitung gilt als entmotivierend und wird nicht geschätzt. Man muß das tatsächlich vorsehen, weil die für die Manöver Verantwortlichen hinterher meistens ganz froh sind, daß alle Leute überhaupt sehr viel getan haben, und in diesen Fällen eine kritische Einschätzung von solchen Manövern relativ selten zum Tragen kommt. Es würde auch sehr viele Menschen kränken, die ja ganz tüchtig sind.

Im Realfall gibt es das noch viel weniger. Da kann man immer nur hinterher untersuchen. Jemand, der neben einer Katastrophe steht und zuguckt und alles aufschreibt - was wir manchmal begrüßen würden -, der hat ja im praktischen Fall auch etwas sehr Herzloses. Da ist man ja doch damit beschäftigt, Leute zu retten.

Abg. Benker: Aber haben Sie diese Untersuchungen auch in diesem speziellen Fall der „Pallas“ angestellt, daß es also zu Fehlreaktionen oder Fehlhandlungen gekommen ist? Ich will das an einem Beispiel deutlich ma-

chen: Wenn jemand, der topausgebildet ist, der aber immer nur übt, im Entscheidungsfall dann erkennt, daß er Klaustrophobie hat, also in dem engen Raum mit dem Qualm und so weiter - ich will das jetzt bewußt so überziehen -, dann nützt die ganze Ausbildung nichts. Sind solche Untersuchungen und Überlegungen von Ihnen angestellt worden?

Dr. Clausen: Daß Leute schlechter funktioniert haben, als ihre Papierform war?

Abg. Benker: Ja, zum Beispiel.

Dr. Clausen: Da kann ich Ihnen, glaube ich, nicht sehr helfen. Fast alles, wo wir das Gefühl hatten, da wäre etwas gewesen, war im ganz engen operationalen Bereich. Da ist es sehr schwierig, die Entscheidungen zu beurteilen, nach dem Motto: Warum war der Steuerbord-anker zunächst nicht gängig, und nachher konnte er doch geworfen werden? - Das sind Entscheidungen, die eigentlich unterhalb der Ebene dessen sind, was wir, wie ich glaube, untersuchen mußten. Wenn irgend jemand entscheidet, das geht nicht, und hinterher sagt er, es war aber ein Fehler, es ging doch, dann ist das eine Sache, die also - - Weder Sie noch die Landesregierung wollten wahrscheinlich die Verifizierung der Führungszeugnisse der Beteiligten, und deswegen weiß ich das wirklich nicht.

Wir haben an einigen Stellen den Eindruck, daß einige Leute mehr Erfahrung hatten als andere. Das liegt vor allem daran, daß das Bergegeschäft sehr viel mühseliger ist und sehr viel mehr Fachkenntnisse verlangt als nur die eines guten Nautikers, also eines guten Seemanns.

Abg. Benker: Wenn sich das aber auf eine einzelne Person fokussiert, weil Sie ja nicht anders handeln können, wie bei einem Bohrgerät, wo einer vorne den Bohrer bedient oder wo in diesem Fall die Schleppverbindung hergestellt wird, dann ist es doch auch entscheidend, diese Belastungssituation zu untersuchen, nämlich a) wenn es auf den Mann alleine ankommt oder b) wenn, was

ich eingangs gefragt habe, Ressourcen weiterer Art – menschliche oder materielle – zur Verfügung stehen.

Dr. Clausen: Wenn ein solcher Fall gewesen wäre, daß man sagt, es deutet alles darauf hin, daß an einer Stelle eine Persönlichkeit sehr versagt hat, die nicht hätte versagen dürfen – wir haben überall nachgesehen, überall, wo Anklagen erhoben sind, haben wir natürlich so hingesehen. Wir wissen ja auch, was da so an Anklagen läuft. Oft ist ja, wo Rauch ist, auch ein Feuer. Bloß, oft brennt als Feuer etwas ganz anderes, als man denkt.

Abg. Benker: Eine letzte Frage, anknüpfend an das, was Frau Spoorendonk gefragt hat, nämlich das mediale Ereignis. Nun haben alle, die dort unter Umständen unter Aufbietung all ihres Könnens und all ihrer Kräfte tätig gewesen sind, am nächsten Tag Nachrichten gehört, am nächsten Tag Zeitungen gelesen. Das beeinflußt doch in irgendeiner Art und Weise. Haben Sie diese Beeinflussung mit ausgewertet, positiv oder negativ? Gab es diese Beeinflussung?

Dr. Clausen: Einige Effekte dieser Beeinflussung sind zu merken. Ich meine, es ist im Grunde ja unschädlich. Entschuldigung, als wir als Studenten demonstriert haben, haben wir hinterher immer ins Fernsehen geguckt. So sind Beamte oder Kapitäne nicht gebaut, wie wir damals waren; so eitel sind die nicht. Aber wichtig, lebenswichtig ist der „feedback“ der Presse für Politiker. Da ist es natürlich auch zu merken, daß die reagieren und daß sie auf die Themenstellung, die die Medien ihnen hinformulieren, reagieren, als ob es das Problem wäre, sogar reagieren müssen. Manchmal nehmen sie unter der Hand das Thema so auf, wie es ihnen gestellt wird, und drehen es wieder in die sachliche Richtung ab und versuchen, wieder zu dem zurückzukehren, was sie eigentlich für das Problem halten. Aber das ist ja ein ganz bekanntes Menuett.

Abg. Benker: Gut, ich will nicht auf die politische Ebene hinaus, sondern will tat-

sächlich auf die operative Ebene hinaus. Wenn ich als Kapitän jeden Tag höre, daß hier nur Trollos zur See fahren, die eine Schleppverbindung nicht herstellen können, dann lege ich mich irgendwann, weil ich die Frustrationsgrenze erreiche, in meinen Chefessel und sage, dann sollen doch die kommen, die das schreiben, oder es sollen die kommen, die mich aus Kiel anweisen, und sollen die Verbindung herstellen. Haben Sie das untersucht, oder spielt das keine Rolle?

Dr. Clausen: Ach, auf See und im Einsatz sind Kapitäne miteinander ganz schön vorsichtig. Das liegt ein bißchen an der besonderen Situation, auch der besonderen Selbstständigkeit, kleine Einheiten bei schlechten Wetterbedingungen zu führen. Sie haben ja immer die Sorge um die Leute. Sie wissen ja nicht, daß das ein großer Fall sein wird. Sie sagen, jawohl, da brennt ein Ding, und es ist nicht viel wert. Und soll ich Knochenbrüche riskieren? Der Erste Offizier der „Oceanic“ ist ja echt dagegengedonnert. Dieser körperliche Mut, der da verlangt wird, ist ja ein ziemlich hoher Anspruch, und da wird ein Kapitän auf seine Leute achten. Da sind die Medien nicht so interessant.

Er hört vielleicht stärker auf die Meinung seiner Kollegen an Land. Allerdings sind die an Land; die besten Kapitäne sind immer an Land.

Vorsitzender: Frau Spoorendonk!

Abg. Spoorendonk: Ich habe noch eine Nachfrage, weil Sie jetzt mehrfach das Grundgesetz als wesentliche strukturelle Schwachstelle angesprochen haben. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, nannten Sie auch die ELG als Beispiel dafür. Der Vorteil der ELG ist doch aber auch, daß das betroffene Land in so einem Fall durch seinen ELG-Beauftragten durchweg auch informiert werden kann, und auf diese Weise werden die unterschiedlichen Zuständigkeiten im Verlauf eines solchen Szenarios doch auch zusammengeführt. Im Grunde genommen ist es doch auch eine Stärke, daß man das so koordinieren kann. Man könnte dann

vielleicht auch das erreichen, was Sie vorhin in bezug auf die Inseln lobend erwähnt haben, wo man sich zuständig fühlte. Ich weiß nicht, haben Sie dazu noch eine Einschätzung?

Dr. Clausen: Zunächst waren wir der Meinung: Die ELG ist ein derart kunstvolles Gebilde, das kann gar nicht gut laufen. Hinterher haben wir festgestellt, daß einige Seiten ihrer Tätigkeit sehr anständig gemacht worden sind. Aber für einige Seiten, vor allem langfristiges Katastrophenmanagement, hatten sie einfach nicht genug Trainingsmöglichkeiten und so etwas. Sie griffen ja auf alles zu; sie waren zum Beispiel Informationsträger, auch Informationsverteiler ins Land und Aufnehmer von Länderinteressen. Es ist ganz pfiffig ausgedacht worden, auf diese Grundgesetzlücke diese Stelle zu setzen. Das ist also in unseren Augen nicht schon an sich verkehrt.

Die Schwierigkeiten liegen darin, daß das Positive darin, also zum Beispiel der Informationsfluß, und das andere Positive, nämlich die Mittragung der Kosten nach einem festen Schlüssel, auch von Bund und Ländern, die man überhaupt nicht übersehen darf – das ist eine der allerwichtigsten Sachen dabei –, daß also diese positiven Seiten natürlich damit erkaufte werden, daß es ein eigentümliches Stück Beamtenexekutive mit allerlei – ich möchte es vornehm ausdrücken – Rollenkonflikten der Beteiligten ist.

Vorsitzender: Herr Hentschel!

Abg. Hentschel: Ich wollte gerne noch einmal nach der unterschiedlichen Rollenverteilung zwischen Einsatzleitung und Politik fragen. Ich habe einen Artikel über den Donaldson-Report gefunden bezüglich des „Sea-Empress“-Unglücks, und da wird ja gesagt, es muß eine zentrale Einsatzleitung geben, die auch Erfahrung hat, die auch Fachwissen hat, die volle Verantwortlichkeit hat, die nirgendwo rücksprechen muß, volle Rückendeckung von der Politik, also auch keine Rückkopplung oder Gegenzeichnung oder so, sondern das muß wirklich wie beim

Militär sein. Andererseits muß die Politik die Rückendeckung geben, darf aber nicht ins operative Geschäft eingreifen. Das sind ja andere Strukturen, die dort beschrieben werden, als sie hier existiert haben. Welche Strukturen halten Sie denn für sinnvoller?

Dr. Clausen: Wenn Sie eine kalte Antwort haben möchten, dann meine ich, daß die diesbezüglichen Zuständigkeiten in einer Hand vereinigt werden sollten. Das wäre so, daß man sich in gewissem Umfang überlegen muß: Entweder kommt das alles in die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes, dann könnte der Bund es regeln und den Ländern die Möglichkeit geben, Zusatzregelungen je nach ihren Küstenangelegenheiten zu machen; oder man müßte herunter auf die Länder. Jedenfalls meine ich, daß von einem gewissen Zeitpunkt an akute Fälle – Die „Pallas“ war natürlich ein akuter Fall, denn sie brannte; es war ja ein wandelnder Meiler, der da über die See ging. Es war natürlich so, daß man bei schlechtem Wetter sehr große Schwierigkeiten hat, auf so einem Schiff überhaupt – Man kann diese Sache ja nicht mit dem Lasso fangen, und dann zieht man sie weg. Man muß ja an Bord sein. Da wäre natürlich eine zentrale Einsatzleitung, eine technische Einsatzleitung aus einer Hand günstig gewesen.

Davon ist die Frage zu scheiden, ob sie sich schlecht ausgewirkt hat. Man kann sagen, an dieser Stelle erkennen wir, das ist ganz unangenehm organisiert, und da könnte noch viel passieren. Das kann man wirklich erkennen! Wahrscheinlich brauchen Sie ein besseres „On-Scene-Command“. Das müßte geregelt sein. Wo und wie, darüber haben wir auch sehr nachgedacht. Oder man bräuchte eine Einsatzleitung, so oder so, aber im „Pallas“-Fall, wenn da Fehler gemacht worden sind, sind sie unter Umständen gar nicht da gemacht worden. In der Tatsache eines Unglücks liegt ja auch, daß Sie am Ende nicht alles lückenlos auf Leute aufteilen können. Es gibt sehr viele Sachen, da bleiben sozusagen bei der Schuldzuschreibung große

unverteilbare Reste, und das könnte bei der „Pallas“ auch so gewesen sein.

Abg. Hentschel: Ich komme zurück auf die Rollenverteilung zwischen der Einsatzleitung, die in diesem Fall ja zunächst beim ZMK und dann bei der ELG gelegen hat und am Schluß bei dem Ministerium in Schleswig-Holstein selber, nachdem die ELG aufgelöst worden ist – das waren ja praktisch in der Reihenfolge die Einsatzleitzentralen -, und der Politik auf der anderen Seite. In diesem Fall gab es ja zwei zuständige Minister, zunächst der Verkehrsminister beim Bund, Müntefering, der praktisch kaum aufgefallen ist.

Dr. Clausen: Die Ministeriumsspitze hat ja durch ihren Beauftragten in der ELG wirken können.

Abg. Hentschel: Ja, aber ich sage jetzt, in der Öffentlichkeit, in der öffentlichen Diskussion, in den Medien hat das keine Rolle gespielt. – Und dann gab es den Umweltminister von Schleswig-Holstein, Rainer Steenblock, der dann sozusagen die zentrale Rolle in der öffentlichen Darstellung gewonnen hat.

Dr. Clausen: Ja.

Abg. Hentschel: Was mich interessiert, ist eben, wie Sie dieses Rollenspiel zwischen Einsatzleitung und Politik analysiert haben, welche Auswirkungen das hat und wie das, was dann in der Reflexion dieser Ereignisse in der Öffentlichkeit stattgefunden hat, im Verhältnis zu dem steht, was tatsächlich stattgefunden hat. Das ist ja auch ein Thema, das uns hier beschäftigt, denn diesen Untersuchungsausschuß würde es ja nicht geben, wenn es nicht einen Minister gäbe, der zentral in der Kritik steht.

Vorsitzender: Fragen Sie doch mehr.

Dr. Clausen: Ja, ganz gewiß kam heraus, daß so, wie sich in der Öffentlichkeit manches darstellte, es nach unserem Eindruck nicht gewesen ist. Das ist aber ein unsensa-

tionelles Ergebnis, denn in der Öffentlichkeit geht es immer etwas holzschnittartig zu. Manchmal sieht die Öffentlichkeit auch gezielt an den Hauptproblemen vorbei auf ein Problem, das vielleicht nicht da ist; das heißt, man sieht schon den Rauch, aber man sieht nicht die Feuerquelle.

Abg. Hentschel: Können Sie das konkret auf diesen „Pallas“-Fall hin noch einmal erläutern?

Dr. Clausen: Entschuldigen Sie, ich höre mißmutiges Gebrummel, weil ich darüber nachdenken muß, welchen Grad an Konkretion ich hier in der Kürze erreichen kann, ohne selber wieder falsch zu liegen.

In der Öffentlichkeit war der Umweltminister in gewissem Maße der schleswig-holsteinische Vertreter, der für den ganzen Kram zuständig war. Das war ja schon rein sachlich nicht richtig. Die ELG hat bestimmen können, und wenn er etwas bestimmte, dann konnte er es zwar noch, aber wenn die ELG es nicht absegnete, dann war es eine Sache, die eben Schleswig-Holstein alleine anging. Das ist ja auch so gewesen.

Ferner hat man auch gedacht, er wäre sozusagen auch der Verantwortliche für die landseitige Bekämpfung, die ja aber gar nicht bei ihm lag; das war ja nur die seeseitige Bekämpfung. Die landseitige Bekämpfung betraf ja auch die ordnungspolizeilichen Zuständigen zum Beispiel der Gemeinden und dergleichen mehr. Man hat ihn also ein bißchen aufgebaut und in der Öffentlichkeit - so hatten wir den Eindruck - zum Alleinverantwortlichen gemacht, und da die Sache nicht sehr gut lief, waren die Folgerungen, die gezogen wurden, zum Teil sehr unbarmherzig. So wurde es in der Öffentlichkeit gehandelt, aber so war es ja nicht wirklich. – Über die konkreten Sachen sind Sie ja sehr gut orientiert, weil Sie die Haare inzwischen ja schon alle gespalten haben.

Abg. Hentschel: Uns interessieren ja jetzt, wenn wir Sie als Soziologen fragen, nicht unbedingt die konkreten Sachen, sondern wie

Sie das bewerten, daß es dazu gekommen ist. Das ist ja ein entscheidender Punkt.

Dr. Clausen: Wenn ein längerer spektakulärer Unfall läuft und sich die Leute alle fragen, warum kann er nicht richtig bekannt werden, dann wandelt sozusagen, dann haben die Leute das Gefühl, da müßte es doch eine Führungsperson geben, und die gibt es nicht. Es wandelt sozusagen eine Leerstelle durch die Gegend, und die Leute warten immer: Wer setzt sich auf diese Leerstelle? Es wandelt in der Vorstellung der Leute sozusagen eine leere Führungsposition durch die Gegend, und sie sind auch ganz bereit, dieser Führungsposition viel Gutes zuzuschreiben, also hervorragende Führungsqualitäten. Das heißt bei uns „Charisma“. Miserable Führungsqualitäten heißen bei uns „Stigma“. Viele Menschen warten richtig darauf, daß sich jemand in diese Führungsposition begibt, damit sie das loswerden können, dieses gewollte Lob oder diesen forcierten Tadel. Wenn sich jemand - freiwillig oder unfreiwillig - in diese Position versetzt sieht, dann bekommt er die Folgen zu spüren. – Das war die generelle soziologische Aussage.

Abg. Hentschel: Danke.

Vorsitzender: Herr Maurus!

Stellv. Vorsitzender: Herr Professor Clausen, ich habe mich bisher zurückgehalten, weil ich zunächst Ihren Abschlußbericht lesen wollte, aber Ihre letzten Folgerungen veranlassen mich jetzt doch, mich noch einmal in die Diskussion einzubringen.

Ich weiß nicht, inwieweit und wie umfangreich Sie auch eine juristische Prüfung in Ihrem Bericht mit berücksichtigt haben, aber es gab ja - Herrn Nöll haben Sie vorhin zitiert - das DENGER-Abkommen, das sehr deutlich macht, daß hier gemeinsame Verantwortungen zwischen den Vertragspartnern Dänemark und Bundesrepublik Deutschland vorliegen, daß es sich um eine Soforteinsatzzone handelt, in der gemeinsames Handeln geboten ist.

Des weiteren liegt uns die Beantwortung einer Kleinen Anfrage vor, gestellt durch den Abgeordneten Koppelin, eine Antwort der Bundesregierung, aus der hervorgeht, daß der Bund eine gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern dort sieht.

Zum dritten möchte ich aus der Aussage des Ministerialdirigenten Kesting vom 22.03.99 zitieren, der dort ausführt, nachdem er zunächst kurz die Umweltverwaltung skizziert hat:

„Diese Umweltämter“

- nämlich die, die dem Umweltminister unterstehen -

„sind nach dem Landeswassergesetz, den §§ 5, 108 und 110, zuständige Wasserbehörde für die Gewässer erster Ordnung. Zu diesen Gewässern gehören auch die Küstengewässer, das heißt, das Meer zwischen der Küstenlinie und der Hoheitsgrenze, der 12-Meilen-Zone. Sie sind dort uneingeschränkt nach der Reform Wasserbehörde, ohne Genehmigungs-, Zustimmungsvorbehalte vorgesetzter Behörden, und haben auf der Rechtsgrundlage der von mir zitierten Vorschriften alle Maßnahmen zu treffen, die für die Gefahrenabwehr, insbesondere zur Abwehr von Verunreinigungen dieser Gewässer, erforderlich sind.“

Daraus ist, so meine ich, eine Landeszuständigkeit sehr wohl mit herzuleiten, und Sie sind vorher in Ihren Eingangsworten ja auch darauf eingegangen, als Sie die schiffahrtspolizeilichen Maßnahmen kurz dargestellt haben, die seeseitigen Zuständigkeiten weiter kurz dargestellt haben und die landseitigen Zuständigkeiten; Sie hatten das am Beispiel der Feuerwehr festgemacht.

Von daher würde ich Ihre Aussage, die Sie hier getroffen haben, daß also der Umweltminister hier nun durch die Medien in die Schlagzeilen gekommen ist und ihm Zustän-

digkeiten zugeschrieben wurden, so nicht stehenlassen wollen.

Dr. Clausen: Das ist eine Vorhaltung.

Stellv. Vorsitzender: Sie dürfen gerne darauf eingehen.

Dr. Clausen: Ja, es ist immer ganz gut, wenn ein anderer die Worte wiederholt, die man selbst gesagt hat, weil man dann erkennt, ob man klar gewesen ist.

Selbstverständlich sind die Länderzuständigkeiten und die Bundeszuständigkeiten an sich Flächendecker. Man braucht also, wenn man nicht sagt, daß das praktisch unschädlich ist, keine ELG. Man hätte es auch einfach ungeregelt lassen können; dann hätte man bei der Kooperation noch mehr Schwierigkeiten gehabt. Insofern ist es, glaube ich, ganz korrekt, und da sind wir auch nicht im Dissens, glaube ich: Was das Land nicht in der Zuständigkeit hat, hat der Bund in der Zuständigkeit. Es reicht also insgesamt; es reicht bloß nicht immer für gute organisatorische Arbeit. Das ist ja das Problem.

Nein, worüber ich sprach, das war ganz allgemein: daß sich im Falle eines langen und spektakulären Unglücks sozusagen das Bedürfnis nach einer Allzuständigkeit in den Medien erhebt oder auch in den Vorstellungen der Rezipienten, der Leserinnen und Leser der Medien. Die wollen so etwas gerne haben, und jetzt ist die Frage: Wer rückt im Gefühl der Leute in diese Position? Das ist bei solchen länger hingehenden katastrophalen Lagen öfters so.

Ich nehme einmal ein Beispiel. Wir hatten eine Nicht-Katastrophe mit dem Hochwasser an Neiße und Oder. Das war nur eine Katastrophe für Polen und Tschechien, aber für uns war es keine. Es war aber eine schwierige Aufgabe, und am Ende kam ein Umweltminister glänzend heraus. Es ist sehr die Frage, ob er überhaupt das Sagen hatte, denn wenn ich recht unterrichtet bin, lag das operative Handeln sehr stark bei der Bundeswehr, dort an der Stelle. Die Leute hätten

auch den General genommen, aber sie nahmen in ihrer Vorstellung einen Minister, so wie bei der Hamburger Flutkatastrophe; da hat einer diese Rolle bewußt gewagt übernommen, das war Helmut Schmidt, und das war politisch für ihn sehr erfolgreich. In Wirklichkeit hatte er auch nicht so viel befohlen, wie es hinterher klang. Sehr viele Leute haben einfach ihre Arbeit gemacht, und es ging, und Helmut Schmidt mußte gar nichts befehlen, weil es Fachleute waren. Dennoch hat er gesehen, daß dort -- Ich glaube, das kann man vielleicht auch als Politiksoziologie sagen: Es gibt solche Positionen, die warten auf jemanden, der sie ausfüllt. Ein Kollege von Ihnen, Herr Genschler, hat einmal gesagt, die Fragen warten auf die Leute, die sie lösen, und sie irren in der Gegend herum, bis sie jemanden haben, der sie nimmt.

So laufen Leerstellen - so nenne ich das - durch die Gegend, bis jemand darauf sitzt, freiwillig oder unfreiwillig, und das wird - das habe ich gemeint - auch hier voraussetzen sein. Bei Einzelfolgerungen für den von Ihnen angesprochenen Minister für Umwelt, Natur und Forsten halte ich mich in der Tat zurück. Es steht auch nicht ganz in meiner Aufgabe, alles zu durchleuchten, was da gelaufen ist. Ich bin auf der Suche nach richtigen Schwachstellen, und ich meine, daß eine richtige Schwachstelle ja an einer Stelle vermutet worden ist, die Sie zuletzt angesprochen haben, nämlich im deutschen Bereich. Nun waren auch Schwachstellen, die jenseits der Grenze liegen könnten, nicht meine Aufgabe. Eine Schwachstelle, die woanders liegt, ist für mich nur eine Lagevorgabe, und ich nehme einmal an, daß man mit den miesesten Lagevorgaben arbeiten muß. Das Leben spielt einem die Sachen ja nicht optimal zu, so daß man sie gleich ergreifen kann.

So haben wir auch untersucht. Wir haben wohl die Fragestellung mit einbezogen, ob Deutschland ein entsprechendes Abkommen mit Dänemark hat und so weiter, aber der Untersuchungsauftrag war auf die diesseiti-

gen Schwachstellen bezogen, und wir haben also gesagt, alles andere ist eine Vorgabe - wie schlechtes Wetter -, es ist eine Vorgabe, und was geschieht dann? Ich habe auch eingesehen, daß es ganz vernünftig ist, so zu fragen.

Vorsitzender: Herr Kubicki!

Abg. Kubicki: Ich habe einige Einzelfragen. Die erste Frage: Herr Professor Clausen, was veranlaßt Sie zu der Annahme, daß die Vertreter der jeweiligen Länder und des Bundes in der ELG weisungsungebunden seien?

Dr. Clausen: Einmal die ELG-Richtlinie.

Abg. Kubicki: Da steht das nicht drin!

Dr. Clausen: Nein, aber auch einige Aussagen, die hier getroffen worden sind. Der schleswig-holsteinische Vertreter etwa hat mehrfach besondere Betonung darauf gelegt, daß er keine Weisungen aus seinem Haus bekommen hat.

Abg. Kubicki: Ja, das ist eine faktische Feststellung. Sie haben es so hingestellt, als sei es eine juristische Tatsache. Mir ist nicht ganz klar, woraus sich ergeben soll, daß die Vertreter jeweils weisungsungebunden seien. Ob sie jeweils eine Weisung erhalten haben, ist eine völlig andere Frage.

Dr. Clausen: Das halte ich für einen sehr schwerwiegenden Rollenkonflikt. Ich meine, man gibt ja nicht seine Abteilung ab, wenn man in dieses Gremium eintritt.

Abg. Kubicki: Ich will nur darauf hinweisen, daß es ja auch in der ELG-Vereinbarung einen Konfliktlösungsmechanismus gibt. Wenn die verschiedenen Vertreter der Länder entweder aus eigener innerer Überzeugung oder auf Grund einer Weisung, weil sie nur Vertreter eines Landes sind, sich dort verhalten und zu keiner Einstimmigkeit kommen, dann gibt es einen Konfliktlösungsmechanismus, der lautet: Dann ist die Stimme des Landes maßgeblich, das am intensivsten betroffen ist.

Dr. Clausen: Ja.

Abg. Kubicki: Jetzt kommt meine nächste Frage, weil die vorhin bei längerem Nachdenken - ich brauche da immer ein bißchen länger; das gebe ich ja zu - nicht beantwortet worden war. Setzt das nicht ein gewisses Monitoring voraus? Setzt das nicht voraus, daß beispielsweise im Umweltministerium unseres Landes mindestens eine weitere Person oder eine Gruppe sich selbst Gedanken darüber machen muß, was sinnvollerweise zu geschehen hat, damit der Vertreter des Landes Schleswig-Holstein in der ELG auf entsprechende Weise auch seine Stimme erheben kann? Denn sonst müssen die fünf, die da sitzen, auf den Heiligen Geist warten, auf den „spirit“.

Ich stelle mir das so vor: In der ELG wird beraten. Ein Schiff brennt, es treibt auf die Küste zu. Einer sagt, jetzt müssen wir 23 Hubschrauber bestellen, schon mal in Warteposition, weil wir möglicherweise Leute verladen müssen. Die anderen vier sagen: Das kommt überhaupt nicht in Frage, das wird zu teuer, denn jede Wartestunde kostet richtig Geld.

Jetzt muß, so denke ich, derjenige, der von Schleswig-Holstein aus dort sitzt, hier anrufen und sagen: Wollen wir das durchsetzen, oder wollen wir es nicht durchsetzen? – Wenn der das nicht tut, hängt das davon ab - -

Dr. Clausen: Dafür hat er selbstverständlich seinen Vorgesetzten und die Fachabteilung. Das war ja in diesem Falle der dritte Mann im Ministerium, der Stellvertreter der Staatssekretärin, und die einzelnen Befehlsgänge, ob er den gefragt hat oder ob der ihm geraten hat - - Ich nehme einmal an, daß die Fachleute aus den Abteilungen immer ganz gut wissen, was ihr Haus will.

Abg. Kubicki: Das ist jetzt eine Lagevorgabe, würden Sie sagen.

Dr. Clausen: Ja.

Abg. Kubicki: Sie nehmen das an.

Dr. Clausen: Ja, aber sie sind in der Lage, sich zum Beispiel einer Mehrheitsentscheidung zu beugen, ohne daß sie disziplinarisch dafür zur Verantwortung gezogen werden können. Sie könnten ja sagen: Wir sind dran, wir haben das Taturteil, am grünen Tisch ist falsch gedacht worden, ich bin dichter dran, ich bin eben hinübergeflogen, ich gehe mit der Mehrheit. – Das kann man machen, und das ist nicht strafbar. Ob es für die Karriere günstig ist, weiß ich nicht, aber es ist jedenfalls rechtlich möglich. Sie haben mich danach ja gefragt, und das ist, wie ich meine, die Selbständigkeit, die er hat. Sachlich werden sich natürlich alle Beteiligten hüten, solche Rollenkonflikte hochzujagen; das ist nach meiner Kenntnis der Verwaltung sehr ungewöhnlich, und als Verwaltungssoziologe gehe ich nicht davon aus, daß man Beamte so ins Dilemma jagt.

Abg. Kubicki: Meine Frage galt der Schwachstellenanalyse, und der will ich mich nähern. Meine Frage ist, ob nicht die Vermutung, man habe mit der Schaffung der ELG auch Kompetenzen abgegeben und müsse sich deshalb nicht weiter kümmern, weil die ELG sich kümmere, eine falsche ist. Man hat keine Kompetenzen abgegeben, sondern nur eine Art Clearing-Stelle geschaffen oder eine Art Kommunikations-sammelstelle oder Entscheidungsvorbereitungsstelle oder Entscheidungsfindungsstelle. Aber es setzt doch nach wie vor voraus, daß man hier oder in Hamburg oder in Niedersachsen oder in Bremen oder im Bund jeweils immer weiß, was man will.

Dr. Clausen: Ja, aber jetzt soll ich sozusagen etwas über die Einsichten leitender Beamter - -

Abg. Kubicki: Nein!

Dr. Clausen: Gott sieht ins Herz, nicht wahr?

Vorsitzender: Die Konstruktion der ELG steht hier zur Debatte.

Dr. Clausen: Ja, die ELG ist ein Zwitter. Sie ist nach meiner Meinung zweideutig konstruiert, weil es anders gar nicht geht. Sie ist einerseits natürlich so konstruiert, daß der Sachverstand der Länder da zusammentrifft und ein Clearing – wie Sie es ausdrückten – der Kosten schafft und daß die Länder, die am meisten Ärger haben, notfalls auch durchsetzen können, daß etwas geschieht. Die ELG kann freilich sagen: Da sind wir so sehr dagegen, daß wir die Kosten nicht mittragen. – Man kann auch noch sagen, daß die ELG außerordentlich zurückhaltend ist, ein Land schlecht zu behandeln. Das ist aber mehr eine soziologische Erfahrung aus Protokollen und so weiter. Sie tragen eine Menge mit, sind also relativ solidarisch, wenn ein Land sagt, das macht uns Zahnschmerzen, und das wollen wir so. Die ELG ist dann nicht sehr geizig und nicht sehr spröde. Sie hat auch keinen eigenen Haushalt, sie wirtschaftet auch nicht aus der eigenen Tasche; sie muß es auch nicht. Insofern ist sie eigentlich als ein nachgiebiges Organ konzipiert.

Andererseits ist sie nicht nur als reine Besprechungsrunde konstituiert. Sie entscheidet, sie setzt sowohl hoheitsrechtliche Maßnahmen in Gang, also zum Beispiel polizeiliche, wie übrigens auch fiskalische, weil sie Leute heuert. Sie tritt kaufmännisch auf. Ich weiß allerdings nicht, weil sie ein Nicht-Staatsorgan ist, ob sie überhaupt Fiskus sein kann. Im staatsrechtlichen Sinne kann sie weder das eine noch das andere sein. Aber sie ist kaufmännisch tätig. Sie ist allerdings kein Formkaufmann. Es ist überhaupt die Frage, welche Rechtskonstruktion sie hat, ob sie eine juristische Person in dem Sinne ist. Das ist so schwierig, und man hat das nach meinem Dafürhalten optimal gelöst, indem man das alles nicht geklärt hat. Indem man alles nicht geklärt hat, hat man es optimal gelöst! Es ist nicht günstig, das alles zu klären.

Abg. Kubicki: Es ist ja keine Zuständigkeitsübertragung erfolgt. Die Zuständigkeiten bleiben ja erhalten, und die Ausführung bleibt auch jeweils - -

Dr. Clausen: Man muß durch die Besetzung der Leute wieder einholen, was man als Unklarheit in die Konstruktion reinhaut, und so hat man auch gedacht. Man hat gesagt: Wir nehmen keine Juristen herein, sondern nehmen Leute aus den Fachabteilungen. – Entschuldigung, ich schaue wieder einen Juristen an.

Abg. Kubicki: Auch da stellt sich ja die Frage, welche der beteiligten Personen in der ELG eigentlich für Bergung sachkundig war.

Dr. Clausen: Keiner!

Abg. Kubicki: Weil Sie sagten, man nimmt Fachleute hinein!

Dr. Clausen: Man sieht das sehr ingenieurmäßig und sehr naturwissenschaftlich. Man sieht es nicht in dem Sinne der Öffentlichkeitswirkung.

Abg. Kubicki: Ich war gerade beim Begriff des Experten, den Sie daran festmachen, daß man Ingenieure hineinnimmt, keine Juristen, wobei Ingenieure dann mit Sicherheit als Experten für Bergung oder Brandbekämpfung genauso ungeeignet sind wie Juristen.

Dr. Clausen: Ich bin kein Juristenfeind, ich bin sogar der Meinung, daß sie in einigen Sachen juristischen Rat sehr hätte brauchen können.

Abg. Kubicki: Ja, auch Bergungsrat und Brandbekämpfungsrat, den sie ja nicht hatte, also fachlichen Rat.

Dr. Clausen: In Einzelfällen ist das für mich gar nicht so nachvollziehbar, aber ich meine, es ist schon so.

Abg. Kubicki: Eine letzte Frage, mehr soziologisch-psychologisch, weil mir die Phänomene Helmut Schmidt oder Platzeck auch sehr bekannt sind: ob nicht auch bei den Handelnden in einem Manöver oder in einer Katastrophe der Wunsch nach Eingliederung in eine hierarchische Struktur vorhanden ist, weil das die eigenen Handlungsmöglichkeiten unter Umständen erweitert, nach der

Devise: Ich habe immer noch jemanden, der mir im Zweifel in den Arm fallen würde, wenn es falsch wäre. – Wenn sich also öffentlich oder wie auch immer eine solche Führungsfigur anbietet, antizipieren die Personen, die in dem Manöver oder in der Katastrophe selbst beteiligt sind, dann nicht die hierarchische Strukturierung, und handeln sie deshalb nicht anders oder stringenter oder einfach besser? Denn die Unsicherheit verschwindet.

Dr. Clausen: Ja, in Krisen ist es wegen dieser Unsicherheit gewöhnlich so, daß die Leute es sehr honorieren, wenn jemand führt. Sie wären froh, wenn es so wäre. Sie drängen sich unter Umständen gerade nicht auf, weil sie von ihrem Arbeitsfeld her sagen: besser nicht. Es sind ja auch sehr viele Ressorts beteiligt, und es ist eigentlich sehr typisch für Beamte, daß sie vom Ressort her denken; das ist ja ihre große Stärke. Das heißt: Sie müssen alles auf dem Dienstweg nach oben schieben. Aber die ELG ist in gewissem Sinne die Apotheose des kleinen Dienstwegs. Es läuft alles auf dieser Ebene ab. Das kann praktisch sein, aber es ist eben furchtbar kompliziert; und unter schweren Beanspruchungen halten wir es für bedenklich.

Abg. Hentschel: Danke schön. Wenn ich es richtig verstehe, ist es doch so, daß die ELG entscheidet. Das heißt: Das, was die ELG tut, muß nicht von Kiel, von den anderen Ländern oder vom Bund gegengezeichnet werden. Es gibt keine Mitzeichnung - was ja für Beamte eigentlich typisch ist -, wenn es entsprechende Institutionen gibt. Das heißt: Die ELG ist tatsächlich Entscheidungsinstanz ohne Rücksprache. Das prägt doch sicherlich auch die Handlungsweise dieser Institution. Halten Sie es für sinnvoll, daß sie entscheidet? Oder wäre es besser, das würde alles in den Ministerien gegengezeichnet werden?

Dr. Clausen: Dann hätte man die ELG nicht einrichten müssen. Man hat ja den Wunsch gehabt, eine gewisse zentrale Entschei-

dungsmöglichkeit durch eine Konstruktion, die vielen Seiten gerecht werden sollte, herzustellen. Infolgedessen: Entscheiden konnte sie. Daß ein solches Gremium nicht rückfragt, ist ganz unwahrscheinlich. Das ist ja auch eine Schwäche. Die Arbeit der Leute wird ja recht und schlecht zu Hause liegen gelassen. Das heißt: Die ELG hat einen großen Personalwechsel oder einen nicht - - Na ja, sie arbeitet in Schichten. Und inzwischen schlafen die Leute nicht etwa, sondern fahren nach Hause und machen ihre Arbeit. Das ist eine sehr starke Beanspruchung. Das ist nicht optimal geregelt. Die Leute dürften nur ausscheiden, weil sie Freischicht haben, aber nicht, weil noch eine andere Arbeit da ist. Das hat man aber auch nicht alles regeln können. Und man hat es so gemacht, wie man es macht. Man kann vielleicht sagen: Die ELG lebt davon, daß die Leute sich nicht dienstlich - daß sie sich nicht in ein Dienstverhältnis stellen -, sondern daß sie sich kennen, wie man Kollegen aus einem Nachbarland kennt. Davon lebt sie etwas. Das ist auch nicht optimal.

Abg. Hentschel: Aber auf jeden Fall sind das keine erfahrenen Krisenmanager. Das kann man feststellen.

Dr. Clausen: Katastrophenmanagement haben sie nicht gelernt. Sie können diese technischen Geschichten gut beurteilen. Das ist nicht das Problem. Die haben alle einmal in ihrer Jugend Tonnen verlegt - das ist auch übertrieben; das ist nur bildlich gemeint. Das Problem ist nicht die Fachferne. Das Problem ist, daß das Katastrophenmanagement ganz andere Anforderungen stellt, die sich oft nicht ingenieurmäßig oder fachlich regeln lassen. Das ist etwas, was selbst Politikern sehr schwerfällt.

Abg. Hentschel: Gut, dann habe ich noch eine Frage zum Katastrophenschutz Schleswig-Holstein. Wir haben ja das Amt für Katastrophenschutz. Das ist ja so konstruiert, daß es nur in Operation tritt, wenn eine Katastrophe eintritt. Nun ist es so, daß seit 20 Jahren nie eine Katastrophe eingetreten ist.

Was sagen Sie als Soziologe oder Katastrophenforscher zu der Konstruktion eines Amtes, daß 20 Jahre lang nie den Ernstfall erlebt hat.

Dr. Clausen: Ja, das ist ein bißchen wie Bundeswehr, wenn man lange Frieden hat.

(Heiterkeit - Abg. Benker: Oder Feuerwehr, wenn es nicht brennt!)

Bei der Bundeswehr gibt es keine Alternative, beim Krisenmanagement gibt es sicherlich Alternativen. Es gibt ja auch andere Krisen, die öfter auftreten. Herr Hentschel, Sie nehmen dem Katastrophenforscher das Brot.

(Heiterkeit)

Die Katastrophengefahren sind eher wachsend. Wir leben in einer Gesellschaft, in der wir vor allem Verbundkatastrophenmöglichkeiten schaffen. Das heißt: Wir verflechten die Gesellschaft und schaffen dadurch Risiken, die wir noch gar nicht kennen. In diesem Sinne ist in dieser Gesellschaft sehr viel nicht gut organisiert. Ich bin eigentlich ganz froh, daß - - Entschuldigen Sie, wenn ich es an dieser Stelle sage: Ich bin sehr dankbar, daß es so einen Ausschuß wie diesen gibt. Nach meinen Erfahrungen mit Legislativen kümmern sich Abgeordnete nie um den Katastrophenschutz. Ich bin seit über 30 Jahren dabei; ich kenne den Bund und das Land. Es ist sehr, sehr selten; und daß Sie so etwas machen, ist etwas sehr Ausgefallenes. Bei uns leben die Katastrophenschutzämter absolut im Windschatten der Aufmerksamkeit der Politik und entwickeln entsprechende Haltungen. Ich sage fast schon zuviel.

Abg. Hentschel: Also es gibt ja Krisenmanagementzentralen, die regelmäßig arbeiten, zum Beispiel die Feuerwehrzentrale von Hamburg. Die hat jeden Tag Einsatzfälle, ist ständig operativ, hat ständig mit Krisen - ich sage jetzt nicht: mit Katastrophen; aber mit kleinen Katastrophen - zu tun, ist also ständig in Arbeit. Etwas Vergleichbares gibt es in Schleswig-Holstein nicht - vielleicht außer der einen oder anderen Polizeizentrale. Aber

das ist in Schleswig-Holstein ja alles dezentral organisiert.

Vorsitzender: Stellen Sie doch bitte die Frage.

Abg. Hentschel: Die Frage, auf die ich hinauswill, ist, ob eine Krisenzentrale nicht dann wirksamer ist, wenn sie ständig Einsatzerfahrung sammeln kann und wenn sie so angeordnet ist, daß sie zumindest mit kleineren Krisen oder Katastrophen ständig zu tun hat.

Dr. Clausen: Man kann die Katastrophen nicht bestellen. Was man nach meiner Meinung machen kann, sind realistische Übungen. Daran mangelt es. Wir haben einmal den Wert der Cimex-Übungen für den Katastrophenschutz untersucht und sind zu einem ganz traurigen Ergebnis gekommen. Das war, als es noch Wintex/Cimex-Übungen durch die NATO gab. Damals wurde dafür ja auch immer etwas vorgehalten. Dann haben wir gesagt: Es genügt nicht, technisch vorzuhalten und ein paar gute oder fachkundige Leute zu haben. Es muß immer wieder der Verbund geübt werden. Und das geschieht nicht. Nach meiner Meinung muß man -- Allerdings kostet das Geld, sonst machen Sie nur Stabsrahmenübungen, und dann bescheinigt man sich unter Umständen leichter Fehlerlosigkeit. Bei Stabsrahmenübungen sind die Möglichkeiten der wohlwollenden Erklärungen der Pannen viel größer. Wenn Sie nun Realübungen - wie die Flughafenübung in Hamburg unlängst - machen und alles schiefgeht, dann merkt man das. Da müßte nach meiner Meinung viel mehr geschehen. Aber das ist -- Entschuldigen Sie, aber Sie sind seit langem der einzige Parlamentarierausschuß, der sich ernsthaft mit Katastrophenschutzfragen beschäftigt. Das ist sehr, sehr selten.

Vorsitzender: Herr Maurus vor Herrn Benker. Herr Benker ist einverstanden.

Stellv. Vorsitzender: Herr Professor Clausen, Sie sind eben noch einmal auf die Zusammenarbeit Umweltministerium/ELG

eingegangen und haben noch einmal deutlich gemacht, daß der ELG-Beauftragte in dieser Einsatzleitgruppe unabhängig tätig wird und die Entscheidung dort im Einvernehmen mit den anderen Ländern trifft. Ist Ihnen bekannt, daß die Landesregierung zur besseren Zusammenarbeit mit der ELG dem ELG-Beauftragten sehr wohl zugearbeitet und ihn unterstützt hat? Ich zitiere einmal aus einem Vermerk - X 436 vom 9. November 98 -:

„Bei ELG-Fällen, die eine Vielzahl besonders umfangreicher Aufgaben notwendig werden lassen, kann der Abteilungsleiter 4 die MUNF-Leitstelle einberufen. Die zentrale Aufgabe der Leitstelle liegt in der Beratung und Unterstützung des ELG-Beauftragten. Dabei sind die notwendigen Entscheidungen für die Einsatzleitgruppe vorzubereiten, getroffene Entscheidungen in Anordnungen und Weisungen umzusetzen und ihre Durchführung zu überwachen sowie die Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit zu gewährleisten.“

Dr. Clausen: Gewiß. Die Zusammenarbeit des Landes ist ja auch effektiv erfolgt. Ich weiß nicht --

Stellv. Vorsitzender: Also war der ELG-Beauftragte -- Es entstand eben auf die Frage von Herrn Hentschel hin der Eindruck, daß die ELG als vollständig eigenständiges Gremium unabhängig vom Land arbeiten würde.

Dr. Clausen: Ich glaube, man muß die Frage auf zwei Ebenen beantworten. Letztlich - wenn es zum Schwur kommt und wenn man es sehr, sehr formaljuristisch faßt - meine ich, daß die ELG durch ihre Leute Entscheidungen treffen kann. Die Lebenswirklichkeit ist eine andere: So, wie sie zusammengesetzt ist, lebt sie und hat sie ja auch -- Es genügt ja nicht, ein gutes Lageurteil zu haben; sie muß ja auch die Bekämpfungsmöglichkeit ihres eigenen Landes einschätzen können. Das wird natürlich dadurch gewährleistet, daß die Leute aus diesen Abteilungen kom-

men. In der Realität - das ist eben die nicht streng juristische Sache - wird es vielfältige, einfach schon durch Fachrat und Fachkenntnisse vermittelte Ratschläge geben. Ohne Zweifel wird Ihnen die juristische Zweiseitigkeit im einzelnen deutlicher von den Beteiligten selbst dargelegt werden können.

Ich meine, daß gerade mit der Tatsache, daß es einerseits eine Gruppe mit ganz starker faktischer, realer und auch in einem gewissen Sinne adäquater Bindung an die Kämpfer ist und daß man ihr andererseits die Möglichkeit gegeben hat, für sich zu handeln, eine Spannung aufgebaut ist, die - ich wiederhole mich - gewollt ist. Man gibt ihnen eine etwas zweideutige Position, gerade weil die Lage sonst nicht zu meistern ist, die vom Grundgesetz so unangenehm zerteilt ist. Man kann nur hoffen, in einer kleinen Grauzone an der höchstrichterlichen Rechtsprechung vorbeizuschrammen, die immer wieder dazwischenfahren könnte.

Ich weiß nicht, ob die anwesenden Mitglieder der ELG diese ganze Gemeinheit der Situation durchschaut haben. Das ist gar nicht nötig; aber sie ist objektiv gegeben. Wenn ich mir einen Spaß machen würde und ein Rabulist wäre, dann würde ich der ELG vor Gericht unendliche Schwierigkeiten machen können, glaube ich. Aber ich halte das für absichtlich gewollt. Man hat sie in eine etwas schwierige, abwägende Position gebracht, weil man diese Abwägung auf Landesebene, die ja sonst in einem Krisenstab oder in einem Kabinett stattfinden könnte, eben in einem Bund-Länder-Organ wollte, das es so nicht geben darf. Bund-Küstenländer ist keine Konstruktion, die bei uns zulässig ist.

(Abg. Kubicki: Staatsvertrag!)

- Außer in einem Staatsvertrag.

(Zuruf des Abg. Kubicki)

- Ja, aber man darf bei der Gelegenheit nicht mehr an Rechten vergeben, als man hat.

(Abg. Kubicki: Das ist richtig!)

Vorsitzender: Herr Benker.

Abg. Benker: Ich will noch einmal auf Ihren Begriff der Stabsrahmenübung eingehen, weil ich den Eindruck hatte, Sie würde das ablehnen.

Dr. Clausen: Nein, ich halte das für das zweitbeste.

Abg. Benker: Ja, das ist richtig. Aber habe ich Sie richtig verstanden, daß sie gar nicht gebraucht werden? Denn Wintex war eine Stabsrahmenübung.

Dr. Clausen: Die letzte, ja.

Abg. Benker: Wenn Sie davon ausgehen, daß der Mitteleinsatz funktioniert, dann könnten Stabsrahmenübungen durchaus auch im Katastrophenfall eine Rolle spielen, oder nicht?

Dr. Clausen: Ja, sie können es, aber sie verlangen realistische Szenarios, die sehr mühsam zu erarbeiten sind.

Abg. Benker: Okay.

Dr. Clausen: Auch eine gute Stabsrahmenübung in diesem Bereich dürfte in Schleswig-Holstein höchstens im vierjährigen Abstand laufen.

Abg. Benker: Okay, gut. Zweite Frage zu der Forderung nach dem Verantwortlichen in der Vorstellung der Leute. Das, was Sie eben zu den Flutkatastrophen an der Oder mit dem Umweltminister in Brandenburg oder in Hamburg mit Helmut Schmidt gesagt haben - ist das nur bei positiven Ereignissen der Fall oder auch bei negativen? Braucht man immer einen Buhmann, und braucht man auch einen hero? Wer sind die Leute? Sind es die Medien, sind es die Mitarbeiter, die alle involviert sind, oder sind es die Leser?

(Abg. Kubicki: Wer?)

- Die Medien, die Leser oder die Mitarbeiter?

Dr. Clausen: Die freiwilligen Helfer?

Abg. Benker: Die alle beteiligt sind, die sich irgendwo wiederfinden wollen.

Dr. Clausen: Die Nachfrage ist - entschuldigen Sie das Fachwort - ambivalent. Es kann so herum laufen; es kann so sein. Ich sage einmal: Das Charisma und das Stigma sind beide in der großen Lostrommel drin. Wohin es läuft, entscheidet sich eher durch den faktischen Ablauf. Der Prozeß, in dem Medien, Helfer und ihr Publikum einander bestärken, eine Sache so zu sehen, ist eigentlich ein - - Es geschieht nie das, was einer von den dreien will, aber zusammen schaffen sie etwas.

(Heiterkeit der Abg. Todsens-Reese)

Das, was geschieht, das passiert ja sehr oft. Entschuldigen Sie das Gleichnis, aber denken Sie an die Ehe: Die Ehe ist geschieden; es geschieht nie das, was einer von beiden will, sondern etwas Drittes, das so keiner gewollt hat. Das geht auch in der Politik so. Kompromisse sind etwas, das keiner gewollt hat, aber das geschieht und das gemacht wird. Das Ergebnis ist als solches - entschuldigen Sie - sinnlos.

Sie können es nicht auf Motive - - Sie können die Bestandteile des Ergebnisses auf Motive zurückrechnen. Das Ergebnis als ein Kompromiß hat nur den Sinn, daß es ein Kompromiß ist. In diesem Sinne reden sich die Helfer und die Teile der Bevölkerung, auf die die Medien hören, an die sie verkaufen und von denen die Medien glauben, daß sie auf sie hören - das sind auch Leute in den Medien und die Medien selbst - das ein. Manchmal werden dadurch Reputationen aufgebaut oder zerstört. Entschuldigen Sie, das ist notwendigerweise sehr abstrakt.

Vorsitzender: Professor Clausen, meine Frageliste hat sich erschöpft. Ihre Antworten zeigten: Sie hätten uns sicherlich auch auf weitere Fragen noch erschöpfende Mitteilungen gemacht. Wir werden morgen in einer Woche sehr interessiert lesen, was Sie der

Landesregierung in dieser Angelegenheit mitgeteilt haben. Ich bedanke mich seitens des Ausschusses und wünsche Ihnen eine gute Heimreise.

Dr. Clausen: Ich bedanke mich.

Vorsitzender: Ich mache dann eine Pause bis 12:00 Uhr.

(Unterbrechung: 11:48 bis 12:02 Uhr)

Vernehmung der Auskunftsperson Richard-Stephen Köhler

Vorsitzender: Ich möchte in der Sitzung fortfahren und bitte, Platz zu nehmen.

Mein sehr verehrten Damen und Herren, wir setzen die öffentliche Beweiserhebung fort. Als Zeuge ist Herr Steffen Köhler erschienen. Sie sind heute als Auskunftsperson vor dem „Pallas“-Untersuchungsausschuß erschienen. Das Beweisthema, zu dem Sie sich äußern sollen, ist Ihnen in der Ladung mitgeteilt worden. Ihre Aussagegenehmigung liegt uns vor.

Bevor Sie sich zu dem Beweisthema äußern, muß ich Sie noch auf folgendes hinweisen: Sie haben vor diesem Untersuchungsausschuß - genauso wie vor einem Gericht - wahrheitsgemäß auszusagen; das bedeutet, daß Sie dem Ausschuß alles, was Sie zu diesem Thema wissen, mitzuteilen haben. Sie dürfen nichts hinzufügen, Sie dürfen aber auch nichts weglassen. Das gilt sowohl für Ihre Angaben zur Person als auch Ihre Aussagen zur Sache.

Sie können die Aussage verweigern, wenn Sie sich selbst oder einen Ihrer Angehörigen durch die Beantwortung der Gefahr aussetzen würden, wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden oder wenn die Beantwortung einem Ihrer Angehörigen schwerwiegende Nachteile bringen würde.

Sie müssen damit rechnen, daß Sie Ihre Aussage vor dem Ausschuß beenden müssen. In diesem Zusammenhang weise ich Sie - rein vorsorglich - besonders auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage oder eines Meineids hin. Diese Belehrung erfolgt nicht aus Mißtrauen Ihnen gegenüber, Herr Köhler, sondern weil ich dazu gesetzlich verpflichtet bin.

Bevor ich Sie zur Sache vernehme, muß ich Sie vorher zur Person vernehmen. Ich bitte Sie, uns Ihren vollständigen Namen, Ihr Alter, Ihren Wohnort und Ihren Beruf mitzu-

teilen. Bedienen Sie sich bitte des Mikrophons - rechte Taste drücken. Herr Köhler, Sie haben das Wort.

Köhler: Mein Name ist Richard Stephen Köhler. Geboren: 3.12.57 in Hannover.

Vorsitzender: Wohnort?

Köhler: Bremerhaven.

Vorsitzender: Straße?

Köhler: Schiffdorfer Chaussee 254.

Vorsitzender: Danke. Und Ihren Beruf?

Köhler: Zollbeamter.

Vorsitzender: Danke schön, Herr Köhler. Wir haben einen Auszug aus den Unterlagen der Seenotleitung MRCC Bremen zum Seenotfall MS „Pallas“ vorliegen. Uns interessieren - und hierzu sollen Sie uns das darstellen - in der Chronologie der Zeitraum Mitternacht in der Nacht vom 25. zum 26. Oktober 1998 und der Zeitraum der ersten Stunden danach. Wir möchten hören, was Sie im Küstenwachzentrum aufgenommen haben, was Sie notiert haben und was Sie weitergegeben haben. Sie können sich gegebenenfalls natürlich auch Ihrer Unterlagen bedienen.

Köhler: Ja, ich habe mir so einen kleinen Ablaufplan gemacht, wie die Schicht begonnen hat. Ich habe die Schicht um 20:00 Uhr angetreten. Bei Dienstantritt war der Leiter - -

Vorsitzender: Wann haben Sie die Schicht angetreten?

Köhler: 20:00 Uhr.

Vorsitzender: 20:00 Uhr, 25.10.?

Köhler: Ja.

Vorsitzender: Sonntag abend?

Köhler: Ja, richtig. Die Schicht geht bei uns von 20:00 Uhr bis 6:00 Uhr morgens. Das

sind verschiedene Schichten, die vom BGS beziehungsweise die vom Zoll. Jeder geht da seine spezielle Schicht. Der Zoll geht eben die Nachtschicht von 20:00 Uhr bis 6:00 Uhr morgens.

Vorsitzender: Nur Zollbeamte oder gemischt mit BGS-Beamten?

Köhler: Also diese spezielle - - Ich rede jetzt von der Zollschticht.

Vorsitzender: Ja.

Köhler: Das ist nur ein Beamter - das war ich -, und das sind eben drei weitere Beamte oder Angestellte: einer vom BGS, einer vom Seewarndienst und ein Beamter oder Angestellter - nautische Angestellte sind das - des ZMK. Die waren anwesend. Bei Dienstantritt war der Leiter des Wasser- und Schifffahrtamtes, Herr Zacher, vor Ort und ging - -

Vorsitzender: Ich darf noch einmal unterbrechen. Zu den Räumlichkeiten: Sie sitzen alle in einem Raum?

Köhler: Ja; in etwa sind die Abmessungen so wie hier. Die Tische - - Sie werden, soweit ich gehört habe, am 18. die Örtlichkeiten auch begutachten.

Vorsitzender: Nein, wir nicht. Das ist wahrscheinlich ein anderer Ausschuß.

Köhler: Gut. Ja, mehr oder weniger ist das ein Großraumbüro, wo alle an einem großen U-förmigen Tisch sitzen und die Geräte beziehungsweise ihre Computer bedienen. Die Entfernung von meinem Sitzplatz beziehungsweise vom BGS-Schreibtisch - -

(Abg. Hentschel: Von wem?)

- Vom BGS-Schreibtisch. Das ist kombiniert. Der BGS und der Zoll sitzen an einem separaten Schreibtisch, der vom ZMK in etwa 5 bis 6 m entfernt ist.

Vor mir war der Zollbeamte Röder im Dienst und übergab mir die Wache. Wie es

auf die - - Ach so, Herr Zacher ging denn, als ich kam. Darauf wollte ich noch einmal hinweisen. Dann hat mir mein Vorgänger die PAN PAN-Meldung von 17:31 Uhr übergeben, betreffend einen zu dem Zeitpunkt noch nicht bekannten Namen - „Pallas“ - und besagend, daß dort ein Feuer im Schiff wäre. Die Position wurde von MRCC gemeldet; Feuer in den Luken 3 und 4; das Feuer wäre unter Kontrolle, und das Fahrzeug läuft Richtung Esbjerg. Das ist mir übergeben worden. Dann war noch die Rede von zwei dänischen Helikoptern, die zur Unterstützung da wären, und daß die Unterstützung der Küstenwache nicht erforderlich ist. Das ist mir übergeben worden. Außerdem sollten ein Schlepper und ein dänischer Retter vor Ort sein. Das waren so die Anfangsinformationen.

Zu dem Zeitpunkt waren von der Küstenwache unterwegs: Fahrzeuge vom Zoll - keine. An dem Tag hatte die „Kalkgrund“ - das ist ein Zollboot und die fuhr damals als Ersatzboot für die „Glückstadt“; ein 28-Meter-Boot, also ein verhältnismäßig kleines Boot - von 7:00 Uhr bis 19:00 Uhr Schicht und hatte zu dem Zeitpunkt also schon Diensten, war aber nicht weitergefahren wegen Wetter. Dann hatten wir noch das Ersatzboot, die „Oldenburg“, ebenfalls ein kleineres Boot. Die war von Emden gefahren - beziehungsweise war dann auch wieder umgedreht. Dann hatten wir die „BG 21“, ein BGS-Fahrzeug. Soweit mir bekannt ist, lag das Fahrzeug auf der Explosionsreedee vor Wilhelmshaven. Dann waren die „Seefalke“ und die „Meerkatze“ unterwegs, beides Fahrzeuge des BLE, also Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. Die waren östlich von Helgoland, waren auch beide beigestreut wegen Wetter. Dann hatten wir noch vom Wasser- und Schifffahrtsamt die „Mellum“, die war ebenfalls auf der Jade, und die „Neuwerk“, die war bei der Tonne E 2 - das ist westlich von Helgoland - unterwegs Richtung Cuxhaven, um da Besatzungswechsel zu machen. Das waren so im großen und ganzen unsere Fahrzeuge, die an

dem Tag oder in der betreffenden Nacht unterwegs waren.

Zum Wachverlauf kann ich sagen: Bis zu dem berühmten Anruf um 0:49 Uhr waren keine weiteren Meldungen auf UKW oder NAVTEX oder sonstwo zu hören. Um 0:49 Uhr klingelte beim BGS am Schreibtisch das Telefon. Das ist die Rufnummer 390, die auch als Nummer der Küstenwache in den einschlägigen nautischen Unterlagen geführt wird. Deswegen ist beim BGS angerufen worden. Der BGS war zu dem Zeitpunkt Wachleiter. Es wechselt bei uns immer halbjährlich, daß die verschiedenen Behörden den Vorsitz haben. Zu dem Zeitpunkt hatte - wie gesagt - der BGS den Vorsitz. Damit war Herr Lüder auch Wachleiter, und an dem Schreibtisch ist das Telefongespräche ja nun auch aufgelaufen. Das Gespräch habe ich mitbekommen, weil ich ihm direkt gegenüber saß. Zu dem Zeitpunkt, als das Gespräch auflief, waren saßen vier Wachteilnehmer an ihren Arbeitsplätzen, waren also in Sicht- und Rufweite. Naturgemäß habe ich das Gespräch aus einem halben Meter Entfernung mitbekommen, wobei ich sagen muß: Wenn um die Uhrzeit das Telefon klingelt, dann hört jeder hin.

Dieses besagte Telefongespräch war von MRCC Bremen. Soweit mir bekannt ist, ist das ein Herr Kubas gewesen. Der hat den Herrn Lüder gefragt, ob wir Fahrzeuge bei dem betreffenden Ort - sprich: diese 17:00-Uhr-Position, die bis dato nur bekannt war - hätten. Das wurde verneint. Soweit ich mich erinnere, hat Herr Lüder noch einmal zur Lagekarte geschaut, um sich zu versichern, und hat dann gesagt, daß wir da oben keine Fahrzeuge hatten. Aus der Entfernung hatte ich den Eindruck, als wenn der Anruf von MRCC nicht so dramatisch gewesen ist. Das war nur eine Vorabinformation - oder eine Information, ob die Küstenwache da oben Fahrzeuge hätte.

Wie gesagt: Herr Lüder hat noch einmal in den Raum, in die Runde gefragt. Soweit ich mich erinnere, war einhelliges Kopfschütteln

die Antwort. Damit war das Gespräch zu dem Zeitpunkt mehr oder weniger abgehandelt.

Vorsitzender: Schönen Dank, Herr Köhler. Ich komme dann noch einmal auf eine Unstimmigkeit zurück. Wir haben bei der Einnahme des Herrn Zacher auf die Frage des auch heute hier anwesenden Abgeordneten Dr. von Hielmcrone erfahren, daß das MRCC Bremen an das Küstenwachzentrum Cuxhaven um 0:27 Uhr ein Info gegeben hat - ausweislich des Protokolls vom 22. Februar, Seite 55, linke Spalte oben. Wir haben gleichzeitig einen Auszug aus den Unterlagen der Seenotleitung MRCC Bremen. Da wird unter 00:27 von MRCC an Küstenwachzentrum ein Info abgegeben - alles im Zusammenhang mit „Pallas“.

Köhler: Das ist richtig. Bis zu diesem Zeitpunkt, wo Sie mir das jetzt erzählt haben, war ich auch immer der Meinung gewesen: Es sind zwei Gespräche gewesen - einmal eine Vorabinformation und eben dieses berühmte Gespräch um 0:49 Uhr. Ich habe das eben bei meinen Ausführungen nicht erwähnt, weil ich mir aufgrund der vergangenen Zeit nicht mehr sicher war, ob tatsächlich - - Alle Beteiligten, die an dem betreffenden Abend anwesend waren, sprachen immer nur von einem Gespräch.

(Abg. Benker: Wir auch!)

Ich meine: Es existieren Bänder darüber; das ist vom Wasser- und Schifffahrtsamt ja alles mitgeschnitten worden.

Vorsitzender: Das liegt auch vor.

Köhler: Insofern läßt sich das nachvollziehen.

Vorsitzender: Ja, wir haben hier eine wörtliche Mitschrift des Gesprächs von 0:49 Uhr, 26.10., zwischen Herrn Sehner - MRCC - und Herrn Lüder. Wir haben aber - und das ist entscheidend - aus den Unterlagen der Seenotleitung eben diesen Hinweis, daß es

offenbar vor 00:49 um 00:27 ein „Pallas“-Info ans Küstenwachzentrum gegeben hat.

Köhler: Wie gesagt - das habe ich ja eben angedeutet -: Ich war mir nicht mehr sicher. Ich habe auch vor Zeugen im Küstenwachzentrum immer gesagt: Ich bin der Meinung, es waren zwei Gespräche. Mehr oder weniger konnte mir in der Richtung keiner folgen. Ich habe mit Herrn Herrmann - den kann ich als Zeugen benennen - immer darüber geredet, daß zwei Gespräche stattgefunden haben, wobei das eine meines Erachtens eine - wie Sie sagen - Vorabinfo war und das andere eine Bestätigung von MRCC, daß sie nun zu der Unfallstelle hinfahren würden.

Vorsitzender: Danke schön. Weitere Fragen aus dem Ausschuß an Herrn Köhler? Herr Maurus.

Stellv. Vorsitzender: Herr Köhler, Sie sagten eben, um 0:27 Uhr - so hätten Sie in Erinnerung - sei schon einmal ein Gespräch aufgelaufen. Bis wem ist das denn aufgelaufen?

Köhler: Auf dem gleichen Apparat, diese 390.

Stellv. Vorsitzender: Also auch bei Herrn Lüder?

Köhler: Auch bei Herrn Lüder.

Stellv. Vorsitzender: Und den Gesprächsinhalt, können Sie den noch wiedergeben?

Köhler: Wie gesagt: Bei mir ist hängengeblieben, daß das mehr oder weniger eine Anfrage war von MRCC, was wir dort oben an Fahrzeugen hätten. Mit Bezug auf das zweite Gespräch war dann die Rede davon, daß MRCC hinfahren würde.

Stellv. Vorsitzender: Gut. Danke.

Vorsitzender: Herr von Hielmcrone.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Ist in der Nacht dann noch weiteres passiert, und zwar in der

Zeit, in der Sie Wache hatten, also bis 6:00 Uhr morgens?

Köhler: Der weitere Wachverlauf - - Jetzt muß ich erst einmal - - Nein, dann war Ruhe. Ich bin in unserem Büro - das ist vom eigentlichen Küstenwachzentrum räumlich getrennt, zwar auf der gleichen Etage, aber um die Ecke - gewesen. Vom Zoll her bin ich für die Koordinierung der Einsatzfahrzeuge zuständig. Ich habe mich an dem Computer, der dort in unserem Büro ist, darum gekümmert. Zu den Vorgängen im Küstenwachzentrum kann ich sagen, daß ich unser drahtloses Telefon vom Zollschreibtisch mitgenommen habe. In unmittelbarer Nähe unseres Büros ist noch ein UKW-Gerät - UKW-Seefunk, ein Zweitgerät -, das von meinem Aufenthaltsort gut zu verfolgen war. Man hört jedes Wort, was über UKW gesprochen wird. Ich war dort bis mehr oder weniger 5:00 Uhr morgens, wo ich wieder nach vorne kam und dazu kam, als der ZMK-Beamte bei MRCC Bremen anrief beziehungsweise mit MRCC Bremen telefonierte. In dem Gespräch wurde ihm mitgeteilt, daß die Rettung der Seeleute von der „Pallas“ abgeschlossen sei. Von dem Gespräch um 0:49 Uhr bis 5:00 Uhr morgens ist nichts gewesen, absolute Ruhe.

Abg. Dr. von Hielmcrone: 5:00 Uhr morgens. Ihre Schicht ging bis 6:00 Uhr morgens.

Köhler: Das ist richtig.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Was war denn um 5:00 Uhr morgens?

Köhler: Um 5:00 Uhr morgens war dieser Anruf von MRCC: Erst an den BGS-Schreibtisch, Danach ist der Kollege Holtz vom ZMK aktiv geworden und hat von seinem 485-Apparat - das ist die andere Nummer; dort wird auch mitgeschnitten - MRCC angerufen und hat sich wegen der Position des Fahrzeuges informiert beziehungsweise hat nachgefragt. Da ist zum ersten Mal der Name „Pallas“ gefallen. Was danach passiert ist? Um 5:30 Uhr ist Wachwechsel beim

ZMK; und um viertel vor sechs ist Wachwechsel bei uns, beim Zoll. Insofern kann ich nicht sagen, was beim ZMK - es ja nun deren Sache - weiter besprochen worden beziehungsweise veranlaßt worden ist.

Vorsitzender: Das ist auch nicht Gegenstand der Ladung, Herr Köhler.

Köhler: Ja, nur um den zeitlichen Ablauf - -

Abg. Dr. von Hielmcrone: Es geht mir um die Nacht bis morgens zum Wachwechsel. Das wäre bei Ihnen 5:45 Uhr?

Köhler: Ja.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Wissen Sie von einem Anruf bei Herrn Zacher um 5:05 Uhr?

Köhler: Ist mir nicht bekannt.

Vorsitzender: Herr Schlie.

Abg. Schlie: Wer hat anschließend seitens des Zolls den Dienst weitergeführt?

Köhler: Mich hat ein Herr Rethmann abgelöst.

Abg. Schlie: Herr Rethmann. - Vielen Dank. Vielleicht können Sie uns, Herr Köhler, weil sie es ja vorhin auch ausdrücklich betont haben, sagen, wie diese Meldung dort um 0:27 Uhr aufgelaufen ist. Gibt es in dem Raum Unterschiede, wie solche Meldungen offiziell weitergeben werden? Oder war es eine offizielle Kundgabe dieser Meldung, daß das ganz bewußt laut gesagt worden ist und es alle - so habe ich Sie wenigstens verstanden - vernehmen konnten? War das aus Ihrer Sicht, nach Ihrem Empfinden und Ihrer Einschätzung - anders geht es ja nicht - eine offizielle Mitteilung an alle?

Köhler: Also für mich völlig unbestritten. Es ist natürlich von den jeweiligen Wachgängern abhängig, wie persönlich so eine Meldung rübergebracht wird. Für mich als Wachgänger an dem betreffenden Abend war es völlig selbstverständlich, daß das an alle gemünzt und auch laut verständlich war.

Abg. Schlie: Danke.

Vorsitzender: Herr Hentschel.

Abg. Hentschel: Was machen Sie denn sonst da mit vier Leuten die ganze Nacht, wenn keine Meldungen kommen?

Köhler: Ja, für mich ist es einfach: Da ich als Vertreter Einsatzleiter Zoll tätig bin, habe ich eigentlich immer recht viel Papierkram zu machen, zum Beispiel diese Koordination, was regelmäßig zum Monatswechsel ankommt. Zur Erklärung: Von den ganzen Zollstellen werden uns die Einsatzpläne der Fahrzeuge zugesandt, und die müssen alle unter einen Hut gebracht werden. Der Zoll hat in der Nordsee sieben Fahrzeuge. Die wollen alle zu verschiedenen Zeiten fahren, und die ganzen Gebiete sollen abgedeckt werden. Insofern ist das immer eine Arbeit, die sich über drei, vier Tage hinzieht, das alles zu Papier zu bringen und zu verteilen.

Abg. Hentschel: Dann nutzen Sie Ihre Wachzeiten sozusagen, um Ihre Arbeit abzuarbeiten.

Köhler: Ja.

Abg. Hentschel: Daß Sie da nachts sitzen hat ja den Grund, daß Sie für den Fall, daß was passiert, da sind?

Köhler: Das ist richtig.

Abg. Hentschel: Ansonsten sind keinerlei Meldungen oder irgendwas gekommen.

Köhler: Nein, das ist ja auch sicherlich dokumentiert. Es gibt ja diesen NAVTEX-Apparat, der auf allen Seefahrzeugen geführt und auch bei uns in der Küstenwache vorhanden ist. Dieses Gerät steht beim Seewarndienst. Mayday-Meldungen oder ähnliches über UKW sind in der Nacht nicht zu hören gewesen, und deswegen ist es auch nicht dokumentiert worden. Die „Pallas“ ist ja dokumentiert worden, weil die Geschichte nachmittags um 17:30 Uhr aufgelaufen ist. Das ist ein ganz normaler Unfall gewesen, den der ZMK zu seinen Akten nimmt. Des-

wegen ist das um 17:30 Uhr aufgelaufen - zu dem Zeitpunkt auch noch nicht mit Namen; da war das ja noch nicht bekannt.

Abg. Hentschel: Wenn solche Fälle passieren, ist das normal? Ich sage einmal: Um 18:30 Uhr UTC kommt die dringende Notmeldung von der „Pallas“, dann kommen weitere Meldungen, und dann kommt um 22:54 Uhr UTC „Mayday“ von der „Pallas“. Ist es normal, daß solche Meldungen nicht an Sie weitergegeben werden? Sie sind doch an sich das zuständige Zentrum, bei dem solche Meldungen auflaufen müssen.

Vorsitzender: Darf ich, Kollege Hentschel, einmal zwischendurch darauf hinweisen, welcher Übertragungsweg dafür gewählt wurde? Das haben wir früher schon einmal erörtert. Die Mayday-Meldung ging - soweit ich mich erinnere - via Lyngby Radio. Dieses wird vom Küstenwachzentrum nicht abgehört.

Köhler: Das ist richtig. Das sind solch spezielle Fälle, die unter den MRCC untereinander ausgehandelt werden. Wann die Küstenwache informiert wird, das entscheidet letztlich MRCC. Wenn wir über unsere technische Gegebenheiten keinerlei Informationen beziehen können - UKW breitet sich ja nun bis zum Horizont aus -, wenn keine Relaisstationen vorhanden sind, dann können wir auch nicht hören, was oben bei Esbjerg über UKW verbreitet wird. Die anderen Möglichkeiten sind Telefon oder - was ich schon erwähnt habe - das NAVTEX-Gerät. Aber da ist auch nichts dokumentiert. Es ist nichts über den Äther gegangen.

Abg. Hentschel: Ist das in vergleichbaren Fälle auch so, daß Sie nicht informiert werden, wenn Seenotrettungseinsätze sind und Schiffe in Gefahr sind?

Köhler: Soweit wir es über unsere Empfangsmöglichkeiten nicht mitbekommen, hören wir davon nichts, außer wenn MRCC es für notwendig erachtet, uns zu informieren. Das muß ich ganz klar sagen.

Abg. Hentschel: Ja, aber gibt es denn nicht irgendwelche Regularien, daß dann, wenn ein Schiff in der Deutschen Bucht in Seenot ist, das ZMK informiert werden muß? Das müßte doch geregelt sein.

Köhler: Das ist auch geregelt. Ich kann nur darauf hinweisen: Wenn wird davon nichts erfahren, dann können wir auch nichts zu den Akten nehmen oder irgendwas veranlassen.

Abg. Hentschel: Das ist mir klar. Bloß ist die Frage: Ist es denn von den Regularien her richtig, daß Sie nicht informiert werden? Ist es der normale Dienstweg, daß man das ZMK nicht informiert?

Köhler: Ich denke, dazu möchte ich nichts sagen. Denn das sind - -

(Vorsitzender: Ist ja auch nicht seine Angelegenheit!)

- Wie bitte?

Vorsitzender: Das war nicht zu Ihnen gesagt.

Köhler: Ach so. Das ist im Einvernehmen des MRCC. Ich komme da noch einmal drauf zurück. Wenn denen über deren Empfangsmöglichkeiten oder Meldewege irgendwelche Ereignisse zu Ohren kommen, dann entscheiden die für sich, ob sie die Küstenwache informieren oder nicht - ganz klar; das muß ich so sagen.

Abg. Hentschel: Aber Sie sind doch die zuständige Bundesbehörde?

(Abg. Benker: Das kann man doch nicht zehnmal hintereinander fragen!)

Vorsitzender: Das kann ja sein, Kollege Hentschel. Aber was soll denn der Zeuge darauf sagen?

Köhler: Was heißt Bundesbehörde? Die Küstenwache ist keine Bundesbehörde. Das ist ein Koordinierungsverbund von mehreren Behörden. In diesem Sinne gibt es zum Bei-

spiel in den USA, in Norwegen oder sonstwo keine Küstenwache. Das ist ein Koordinierungsverbund von BGS, Zoll, WSV - also Wasser- und Schifffahrtsverwaltung - und BLE - sprich: Fischereischutz.

Abg. Hentschel: Aber Sie unterstehen alle dem Bund?

Köhler: Wir unterstehen unseren einzelnen Behörden; und die unterstehen nun wieder in Sachen Küstenwache dem gemeinsamen Ausschuß Küstenwache. Das ist kompliziert; ich weiß.

Abg. Hentschel: Und Ihnen ist nicht bekannt, daß der Seenotrettungsdienst verpflichtet ist, Informationen an den Zentralen Meldekopf weiterzugeben?

(Abg. Kubicki: Was soll die Frage?)

Vorsitzender: Wir reden ausschließlich über den Zeitraum der Nacht vom 25. auf den 26., Kollege Hentschel.

(Abg. Benker: Ausschließlich!)

Abg. Hentschel: Ja, und in der Nacht sind Nachrichten nicht weitergegeben worden. Und ich frage: Warum?

(Unruhe - Zuruf: Er kann doch nicht beantworten, warum etwas nicht weitergegeben wurde!)

Köhler: Offensichtlich können oder wollen Sie mir nicht folgen. Ich habe doch mehrfach darauf hingewiesen. Sicherlich ist es richtig, daß der ZMK über jegliche Unfälle informiert werden muß. Wenn das nicht passiert, kann ich es nicht ändern.

Abg. Hentschel: Das ist doch das, was ich hören wollte.

(Heiterkeit)

Noch einmal zur technischen Ausstattung: Ist das MRCC nach Ihrer Kenntnis besser ausgestattet als das ZMK?

Köhler: Dazu kann ich nichts sagen. Ich habe die Örtlichkeiten beim MRCC Bremen noch nicht gesehen. Ich nehme an, daß sie dort über sämtliche Möglichkeiten verfügen, über die wir auch verfügen. Bei denen ist es natürlich so, daß sich die einzelnen MRCC - wie hier zum Beispiel MRCC Esbjerg - direkt an die wenden.

Abg. Hentschel: Ja.

Köhler: Für MRCC Esbjerg ist die Anlaufstelle nun nicht unbedingt die Küstenwache.

Abg. Hentschel: Haben Sie denn auch eine entsprechende Anlaufstelle in Dänemark?

Köhler: Wir haben über unseren ZMK einen Ordner, in dem weltweit Anlaufstellen notiert sind, die angerufen werden können - hauptsächlich in Sachen Meeresverschmutzung und ähnliches.

Abg. Hentschel: Nehmen wir einmal den Fall an, es gebe in der norddeutschen Bucht ein Schiff, daß in Seenot ist. Ist es schon einmal vorgekommen, daß Sie mit Dänemark Kontakt aufgenommen haben?

Köhler: Ja, natürlich.

Abg. Hentschel: Also Sie haben da regelmäßig Kontakte mit den Dänen?

Köhler: Ja, je nach dem, wie so ein Fall abläuft. Wenn es sich zum Beispiel um einen dänischen Fischkutter handelt, der in Seenot gerät, ist sicherlich die dänische Stelle die erste Anlaufstelle - ganz klar.

Abg. Hentschel: Also Sie haben sich schon gewundert, daß die Dänen Sie nicht informiert haben?

Köhler: Was heißt gewundert?

(Zuruf: Er wußte das doch gar nicht!)

Wir konnten uns aufgrund der vorhandenen Informationen ja noch nicht einmal wundern. Das ist ja nun auch mehrfach dokumentiert. Wenn man uns nicht informiert, dann - -

Abg. Hentschel: Können Sie sich nicht wundern!

Köhler: So ist es.

(Heiterkeit)

Es tut mir leid. So, wie die Sache uns übergeben worden ist, beziehungsweise nach dem, was uns bekannt war, mußten wir davon ausgehen, daß insofern die deutsche Küstenwache nicht betroffen ist. MRCC ist ja auf eigenes Bestreben hingefahren beziehungsweise ist von MRCC Esbjerg angesprochen worden. Daraufhin hat MRCC uns darüber informiert, daß sie hinfahren. Wie dramatisch die Geschichte vor Ort war, konnten wir zu dem Zeitpunkt nicht sagen. Wir müssen uns auf den Kanal - in dem Fall MRCC - verlassen. Was die uns sagen, müssen wir dann so hinnehmen, zu den Akten nehmen oder aufgrund dieser Informationen verfahren - ganz einfach. Wenn wir nichts wissen, ist das sicherlich unbefriedigend. Aber ich denke, solche Dinge passieren.

Abg. Hentschel: Danke sehr.

Vorsitzender: Herr Kubicki?

Abg. Kubicki: Ich habe keine Frage.

Vorsitzender: Frau Spoorendonk? - Keine Fragen. Dann Herr Benker.

Abg. Benker: Sie sagen immer, Sie seien nicht informiert worden. Aber wenn in dieser Meldung und in dem Gespräch, das Sie ja mitgehört haben, von Feuer die Rede ist und nach Fahrzeugen gefragt wurde, dann müßten doch die Alarmglocken schrillen. Die Frage, die ich mir stelle, ist: Wie ist die Kommunikation? Greift das ZMK das automatisch auf? Oder wie funktioniert das, wenn Sie auf 5 m Distanz ein solche Meldung laut hören - Sie haben ja wahrscheinlich mitgehört, als Herr Lüder telefoniert hat - und alle andere mit dem Kopf nicken, um - so habe ich Sie verstanden - zu sagen, daß Sie kein Fahrzeug haben?

Köhler: Ja.

Abg. Benker: Was ist mit der Brandmeldung, daß das Feuer wieder aufflackert?

(Abg. Todsens-Reese: Unter Kontrolle!)

- Nein, in dem Gespräch heißt es - -

Vorsitzender: Ich darf noch ergänzen: „Und jetzt kriegen die das nicht in den Griff“, steht in der wörtlichen Aufzeichnung. Wir geben das noch als Beweismittel herum.

Köhler: 0:49 Uhr?

Abg. Benker: Richtig, das war bei der 0:49-Uhr-Meldung.

Köhler: Ja, ich kann das nur so wiedergeben. Ich muß noch einmal darauf hinweisen, daß dieses Feuer seit 17:30 Uhr

(Abg. Benker: Gemeldet worden war!)

gemeldet worden war. Dann hieß es, als ich zur Wache kam, wieder, das Feuer sei unter Kontrolle; die haben die Räume mit CO₂ geflutet und das sei unter Kontrolle.

Abg. Benker: Richtig. Das war um 23:00 Uhr.

Köhler: Ja. Ich denke, man hat an dem Fall gesehen, eine komprimierte Ladung Holz ist absolut - - Wie soll ich sagen? Man weiß nicht, was darin passiert, weil das eben ein so großer Raum ist, eine so große Masse. Das läßt sich nicht abschätzen. Das kann nur jemand vor Ort abschätzen. Ich kann nur darauf hinweisen: Wir sind von den Informationen abhängig, die man uns gibt. Es hieß ja zu dem Zeitpunkt, daß ein dänischer Retter - sprich ein Seenotrettungsfahrzeug - und ein dänischer Schlepper vor Ort bei dem Fahrzeug sein sollen. Jetzt frage ich mich: Warum sollte man alle möglichen Hebel in Bewegung setzen und alle möglichen Fahrzeuge da oben hinschicken, wenn es zu dem Zeitpunkt heißt, das Feuer sei unter Kontrolle? Gut, es flackert wieder auf. Aber wie dramatisch das ist, darüber hat uns MRCC nicht informiert.

Abg. Benker: Wenn Sie von „sie“ sprechen, und zwar bezogen auf das Küstenwachzentrum - - Ich will noch einmal auf den zweiten Bereich eingehen. Es sind ja zwei Köpfe, die dort auflaufen. Das eine ist das Küstenwachzentrum; dort steht in Ihrem Einsatzablaufprotokoll für Küstenwache „erledigt“. Was aber passiert mit dem ZMK? Ist das ZMK so integriert, daß, wenn Sie abnicken, auch das ZMK abnickt? Oder wie funktioniert das?

Köhler: Na ja, es ja eine ureigenste Aufgaben vom ZMK - spricht Wasser- und Schifffahrtsverwaltung -, mit den vorhandenen Fahrzeugen in so einem Fall, wenn es denn notwendig erscheint, tätig zu werden, weil die die technischen Gegebenheiten - Feuerlösch- und Schlepprichtungen - vorhalten. Da kann ich nur auf den ZMK beziehungsweise die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung verweisen. Wenn die es nicht für notwendig erachten - aus was für Gründen auch immer -, aufgrund der vorhandenen Informationen tätig zu werden, dann hat das Küstenwachzentrum damit insofern nichts zu tun. Es ist deren originäre Aufgabe, so etwas zu behandeln. Wenn sie so verfahren, dann können wir oder die anderen vorhandenen Behörden daran nichts ändern.

Abg. Benker: Ich wiederhole: Das Küstenwachzentrum sagt, es habe keine Fahrzeuge, und deshalb ist es für das Küstenwachzentrum erledigt. In dem gleichen Raum sind - wenn ich das richtig notiert habe - drei weitere Personen, die dem ZMK angehören. Die nicken mit dem Kopf: Wir haben auch keine Fahrzeuge - so haben Sie vorhin gesagt. Aber da alle das Gespräch mitgehört haben, steht die Meldung im Raum: Es immer noch Feuer an Bord; dort treibt immer noch ein Havarist. Es hätte also - so habe ich Sie zuletzt verstanden - das ZMK handeln müssen und hätte sagen müssen: Da schicken wir welche von uns - also Feuerlöschkapazitäten oder was weiß ich - hin?

Köhler: Aufgrund der vorhandenen Informationen - ich wiederhole das -, daß die Dä-

nen vor Ort waren, ergab sich für uns nicht die Notwendigkeit.

Abg. Benker: Wer ist „uns“?

Köhler: Die vorhandene Wache.

Abg. Benker: Alle fünf?

(Abg. Hentschel: Die fragten doch nach Schiffen nach! Die wollten doch Schiffe haben!)

Vorsitzender: Augenblick! Jetzt hat Kollege Benker das Fragerecht.

Abg. Benker: Ich wiederhole: Alle fünf entscheiden oder nur Küstenwachzentrum mit dem BGS und Zoll?

Köhler: Die Küstenwache ist ja BGS, Zoll, WSV und BLE.

Abg. Benker: Richtig.

Köhler: Wenn die Beamten entscheiden, das ist keine Geschichte für die Küstenwache, ist es immer noch der Fachbereich der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung als Schifffahrtspolizei, in solchen Sachen tätig zu werden. Wenn die es nicht für notwendig erachten, tätig zu werden, ist das nicht Sache der Küstenwache.

Abg. Benker: Dann muß ich noch eine weitere Nachfrage machen. Herr Zacher hat ausgesagt, daß diese erste Meldung um 0:27 Uhr, von der Sie berichtet haben, und - das sage ich jetzt einmal - dann logischerweise auch die zweite „untergeschnitten“ ist. Denn Herr Zacher hätte dann ja für die schifffahrtspolizeiliche Maßnahme tätig werden müssen. Das ist nicht geschehen. Er sagt, sie sei „untergeschnitten“. Vielmehr ist das erst gegen Morgen wieder aufgelebt, nachdem die Abbergung erfolgt ist. War die Küstenwache irgendwann noch einmal an das ZMK mit der Frage herangetreten, was eigentlich aus dem Meldung von heute Nacht geworden ist? Oder wie funktioniert das?

Köhler: Wir sitzen - wie gesagt - alle unmittelbar nebeneinander. Wenn der Beamte oder der nautische Angestellte des ZMK - also auch Seewarndienst - sagt, wir haben dort oben keine Fahrzeuge, dann ist die Sache damit erledigt. Zu der Geschichte mit Herrn Zacher: Dort ist wohl - so hat er gesagt - dieses Telefongespräche gar nicht bekannt gewesen. Die am Ort befindlichen Wachgänger haben dieses Gespräch nicht mitbekommen. Das sagten Sie ja eben auch.

Abg. Benker: Ich sagte: Ausgesagt worden ist, es sei „untergeschnitten“. Wir sind dabei, zu klären, was dieser Begriff „untergeschnitten“ bedeutet. Heißt das, daß niemand etwas gehört hat? Sie haben gesagt, das war laut gestellt, so daß das zumindest zwei Leute gehört haben und die drei übrigen es hätten hören müssen.

Ein ergänzender Punkt. Wer führt in diesem Bereich eigentlich Protokoll? Macht das Küstenwachzentrum ein eigenes Protokoll und das ZMK zusätzlich? Oder wie funktioniert das?

Köhler: Das ist richtig: Der ZMK führt ein eigenes Protokoll, bis sich ein Fall - wie dieser zum Beispiel; wie es hier auch geschehen ist - als gravierend herausstellt. Dann wird ein gemeinsames Protokoll geführt, in das dann alle vorhandenen Informationen einfließen. Ich weiß nicht, was Sie vorliegen haben. Dieses computergeschriebene Protokoll vom ZMK beziehungsweise von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung - -

Vorsitzender: Wir beziehen uns auf die Tonaufzeichnung Küstenwachzentrum Nordsee für den fraglichen Zeitraum.

Köhler: Gut. Wenn wir davon ausgehen, dann ist ja dokumentiert, was gesprochen worden ist und was als Antwort gegeben worden ist.

Abg. Benker: Ich komme deshalb darauf, weil es auch ein Einsatzablaufprotokoll des Küstenwachzentrums gibt, das uns ebenfalls vorliegt. Im Augenblick habe ich das vom

ZMK nicht greifbar. Deshalb frage ich nach, wie das eigentlich funktioniert, weil das ja zwei verschiedene Entscheidungsebenen sind, nämlich Küstenwachzentrum in dem einen Bereich und ZMK in dem anderen Bereich.

Köhler: Das ist richtig. Der ZMK oder die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung behalten sich natürlich vor, in solchen Fälle so zu verfahren, wie sie das für richtig halten.

Abg. Benker: Das ist richtig. Es ging mir jetzt nur um das Protokoll.

Köhler: Das ist also - - Ich muß noch einmal darauf hinweisen: Das ist ein Koordinierungsverbund, in dem vier Behörden unter einem Hut sitzen und in dem jeder mehr oder weniger nach selbst gestellten Richtlinien verfährt, die von der Küstenwache seit Beginn 1994 einmal aufgestellt worden sind. Wenn tatsächlich eine solche Geschichte in ihre originäre Zuständigkeit fällt, dann verfährt jede Behörde nach ihren Vorschriften - ganz einfach.

Vorsitzender: Herr Schlie.

Abg. Schlie: Ich würde, Herr Köhler, gerne noch einmal etwas von dieser Meldung um 5:05 Uhr wissen, also zum Ende Ihres Dienstes um 6:00 Uhr. Was ist geschehen, als diese Meldung um 5:05 Uhr auflief, die aussagte, daß dieses brennende Schiff mit noch laufender Maschinen auf die Westküste Schleswig-Holsteins zutreibt? Was ist da dann innerhalb des Küstenwachzentrums/ZMK passiert? Was haben Sie in Erinnerung?

Köhler: Soweit ich weiß, ist nicht bekannt gewesen, daß das Fahrzeug mit laufender Maschine und Ruder anliegend weiterfährt. Jedenfalls ist mir das nicht bekannt.

(Abg. Benker: Zu diesem Zeitpunkt nicht!)

Abg. Schlie: Folgende Mitteilung erreicht das ZMK um 5:05 Uhr:

„MRCC Bremen teilt dem ZMK mit: Bergung der Besatzung durch dänische und deutsche Rettungsdiensthub-schrauber abgeschlossen. 16 Seeleute gerettet, davon einer schwerverletzt; ein Todesopfer. Schiff treibt brennend mit noch laufender Maschine, jedoch Propellerschub Null in Richtung Westküste Schleswig-Holstein. 20 ° Ruderlage. Dänischer Schlepper 'Nordsee' vor Ort; 'Minden' auf der Rückfahrt nach Sylt. Rettungsmaßnahmen werden von Dänemark koordiniert.“

Das ist Ihnen dann so nicht bekannt gewesen?

Köhler: Nein. Wie gesagt: Das ist dann auch nicht bei mir auf dem Apparat aufgelaufen, sondern dann wieder beim ZMK.

Abg. Schlie: Herr Köhler, das ist klar. Ich dachte nur, daß das während der Zeit, in der Sie noch Dienst hatten, in Ihrem Raum bekannt war - um das einmal wertneutral zu formulieren - und sich daraus eventuell Schlußfolgerungen ergeben hätten, die Sie wahrgenommen haben.

Köhler: So ist mir das nicht bekannt; so habe ich es nicht aufgefaßt. Es war tatsächlich in der Hand des ZMK beziehungsweise der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung.

Abg. Schlie: Sind Sie denn so nett und sagen uns, was Sie denn von dieser 5:05-Uhr-Meldung aufgenommen oder wahrgenommen haben und was an Umsetzung Ihnen bekannt war?

Köhler: Das habe ich ja anfangs in dem Wachverlauf so in etwa geschildert. Mir ist um 5:00 Uhr bekannt gewesen, daß zuerst der MRCC beim BGS-Schreibtisch angerufen hat und daß sich daraufhin Zweifel ergaben, weil sich der Beamte oder der Angestellte des ZMK aufgrund der doch verworrenen Positionsmeldung nicht im klaren war, ob das nun im deutschen Gebiet oder ob das nun im dänischen Gebiet ist. Daraufhin hat er

- soweit mir bekannt ist; zu diesem Gespräch kam ich ja erst um 5:00 Uhr wieder dazu - bei MRCC angerufen. Es war im Gespräch, Herrn Zacher zu informieren, wobei ich das wirklich nur vom Hörensagen weiß. Das war auch nicht an mich gerichtet - ganz einfach. Es waren sicherlich zu dem Zeitpunkt gewisse Turbulenzen an dem Arbeitsplatz, auch weil der Wachwechsel anstand. Insofern habe ich davon nicht mehr viel mitbekommen.

Abg. Schlie: Okay. Danke schön.

Vorsitzender: Herr von Hielmcrone.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Können Sie mir einmal definieren, was aus Ihrer Sicht die Aufgabe des Küstenwachzentrums ist?

Köhler: Was die Aufgabe des Küstenwachzentrums ist? Also ich weiß nicht, ob das hier Bestandteil der Untersuchungen ist. Die Küstenwache ist ein Koordinierungsverbund von vier gleichberechtigten Behörden, die mehr oder weniger ihre eigenen, originären Zuständigkeiten oder Arbeitsbereiche abarbeiten und allgemein nautische Dinge, Schifffahrtspolizei oder Seenotrettung - soweit wir betroffen sind -, Fischereischutz, das Arbeitsgebiet des BGS - zum Beispiel Einreisen und ähnliches - und die typischen Zollarbeitsbereiche. Insofern ist das, was die Küstenwache tatsächlich abarbeiten soll, ziemlich vielschichtig.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Sie sind auch zuständig für Unfälle auf See jedweder Art? Ja oder nein?

Köhler: Das habe ich jetzt nicht verstanden.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Sind Sie auch zuständig für die Abarbeitung von Unfällen auf See, wenn ein Schiff in Seenot geraten ist oder wenn die Notwendigkeit einer Bergung besteht?

Köhler: Wir sollen diese Meldungen aufnehmen, verteilen und geeignete Einsatzmittel heranführen. Das ist unsere Aufgabe.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Richtig. Jetzt hatten Sie in diesem Fall - soweit ich das sehe - drei Informationen. Die eine Information war die, daß die dänischen Organe damit begannen, die Besatzung abzugeben; das heißt, daß das Schiff in Kürze führerlos sein würde. Die zweite Information, die Sie hatten, ist die, daß an Bord ein zumindest zu dem Zeitpunkt nicht mehr bekämpfbares Feuer war. Die dritte Information, die Sie hatten, betraf die Windrichtung und die Wetterverhältnisse. Sind Sie - die Küstenwache - da nicht auf die Idee gekommen, zu überlegen, wohin dieses Schiff möglicherweise treiben würde und welches denn die Konsequenzen eines solchen Umstandes wären?

(Abg. Kubicki: Die Frage enthält zwei Unterstellungen!)

- Die Frage enthält - -

Köhler: Ich kann nur darauf hinweisen, daß die berühmte Meldung beziehungsweise diese dritte Information von 5:00 Uhr - auf die bezieht es sich ja wohl - von MRCC kam und daß uns darin mehr oder weniger mitgeteilt wurde, auf dem Fahrzeug seien keine Leute mehr. Das war um 5:00 Uhr morgens.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Dann halte ich Ihnen vor, daß Sie bereits ab 0:49 Uhr wissen konnten, daß demnächst keine Leute mehr auf diesem Fahrzeug mehr sein würden. Ist das richtig?

Köhler: Aufgrund der uns vorliegenden Informationen konnten wir das nicht annehmen. Das wäre Spekulation gewesen.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Gut. Dann habe ich noch eine weitere Frage. Wenn Sie Informationsteile haben - Sie sagten vorhin, Sie würden auf Informationen hin handeln, die man Ihnen gibt; nun bekommt man für verschiedenen Dinge ja nicht immer alle Informationen -, gehen Sie diesen Informationen denn auch einmal nach? Informieren Sie sich anderenorts, was in einem solchen Fall möglicherweise vorhanden ist oder wie die Si-

tuation ist, auch wenn Sie selber zunächst nur unzureichende Informationen haben?

Köhler: Wenn die Gegebenheiten dafür sprechen, sicherlich. Aber in diesem Fall mußten wir davon ausgehen, daß ein weiteres Tätigwerden der Küstenwache nicht notwendig ist.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Dann halte ich Ihnen weiterhin vor: Um 0:49 Uhr - jedenfalls zu diesem Zeitpunkt - ist Ihnen bekannt geworden, daß die Dänen die Leute runterholen. Haben Sie sich von sich aus einmal informiert, ob das nun abgeschlossen ist und was mit dem Schiff geschehen würde?

Köhler: Mir ist nicht bekannt, daß die Dänen um 0:49 Uhr die Leute abgeholt haben. Das ist nicht dokumentiert. Es ist um 5:00 Uhr morgens die Rede davon gewesen, daß die Leute abgeholt sind.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Dann halte ich Ihnen jetzt vor: In dieser wörtlichen Aufzeichnung heißt es: „Anrufer: 'Pallas' - Ja, dieses Schiff aus Bahama.“ - „Die Dänen wollen jetzt die Leute runterholen, weil da ist das Feuer wieder aufgeflackert, und jetzt kriegen die das nicht in den Griff.“

Köhler: So wörtlich ist mir das nicht bekannt. Wie gesagt: Das ist nicht bei mir am Apparat aufgelaufen. Aber es geht um die Sache an sich.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Es war die Frage, ob die Küstenwache vor sich aus weiter tätig wird, um eventuell zusätzliche Informationen von dritten Stellen einzuholen.

Köhler: In diesem speziellen Fall - um 0:49 Uhr - erschien uns das nicht als notwendig.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Ich habe keine weitere Fragen mehr.

Vorsitzender: Herr Hentschel?

Abg. Hentschel: Ich habe keine Fragen mehr.

Vorsitzender: Herr Kubicki?

Abg. Kubicki: Nein.

Vorsitzender: Frau Spoorendonk?

Abg. Spoorendonk: Ich habe noch eine Frage. Sie sagten vorhin, Sie hätten so ein Nachschlagewerk, aus dem hervorginge, mit wem Sie sich, falls niederländische oder dänische Stellen angesprochen werden sollten, in Kontakt setzen sollten. Sind Sie denn schon einmal direkt von Ihrem dänischen Widerpart informiert worden?

Köhler: Dieser Alarmplan, von dem Sie reden, wird geführt, berichtigt und korrigiert und ist bei den Unterlagen des ZMK vorhanden. Zu einem konkreten Fall, so daß ich sagen kann, dann und dann ist das gewesen, kann ich jetzt nichts sagen; da müßte ich in den Unterlagen nachschauen. Aber normalerweise funktioniert das recht problemlos und wird auch spontan gemacht - ganz einfach.

Vorsitzender: Danke schön, Herr Köhler. Wir haben keine weitere Fragen aus den Reihen des Ausschusses mehr vorliegen. Ich danke Ihnen, daß Sie gekommen sind und versucht haben, Dunkel in „unterschnittene“ Meldung zu bringen.

(Heiterkeit - Abg. Dr. von Hielmcrone:
Licht sollte da reingebracht werden
und nicht Dunkelheit!)

- Licht ins Dunkel! Entschuldigung.

Der Ausschuß setzt die Sitzung um 14:00 Uhr mit der Einvernahme des Zeugen Lüder fort. Wir haben Herrn Kesting geben, dann um 15:00 Uhr zur Verfügung zu stehen.

Ich danke Ihnen. Wir machen Pause.

(Unterbrechung: 12:55 bis 14:05 Uhr)

Vorsitzender: Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Es ist die 24. insgesamt und die 12. öffentliche Sitzung des Untersuchungsausschusses.

Vernehmung der Auskunftsperson Jens Udo Lüder

Herr Lüder, Sie sind heute vor dem „Pallas“-Untersuchungsausschuß als Auskunftsperson erschienen. Das Beweisthema, zu dem Sie sich äußern sollen, ist Ihnen in der Ladung mitgeteilt worden.

Ihre Aussagegenehmigung liegt uns vor.

Bevor Sie sich zu dem Beweisthema äußern, muß ich Sie noch auf folgendes hinweisen:

Sie haben vor diesem Untersuchungsausschuß - genauso wie vor einem Gericht - wahrheitsgemäß auszusagen; das bedeutet, daß Sie dem Ausschuß alles, was Sie zu diesem Thema wissen, mitzuteilen haben. Sie dürfen nichts hinzufügen, Sie dürfen aber auch nichts weglassen. Das gilt sowohl für Ihre Angaben zur Person als auch Ihre Aussagen zur Sache.

Sie können die Aussage verweigern, wenn Sie sich selbst oder einen Ihrer Angehörigen durch die Beantwortung der Gefahr aussetzen würden, wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden oder wenn die Beantwortung einem Ihrer Angehörigen schwerwiegende Nachteile bringen würde.

Sie müssen damit rechnen, daß Sie Ihre Aussage vor dem Ausschuß beeden müssen. In diesem Zusammenhang weise ich Sie - das geschieht rein vorsorglich, Herr Lüder - auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage oder eines Meineids hin. Diese Belehrung erfolgt nicht aus Mißtrauen Ihnen gegenüber, sondern weil ich hierzu gesetzlich verpflichtet bin.

Bevor ich Sie zur Sache vernehme, muß ich Sie vorher zur Person vernehmen. Ich bitte Sie, uns Ihren vollständigen Namen, Ihr Al-

ter, Ihren Wohnort und Ihren Beruf mitzuteilen.

Hierzu bedienen Sie sich bitte der rechten Taste des vor Ihnen stehenden Mikrofons, damit wir alles auf einem Tonträger aufzeichnen können. Sie haben das Wort.

Lüder: Jens Udo Lüder, geboren 20.06.42; im 57. Lebensjahr. Beamter des BGS.

Vorsitzender: Und Sie wohnen wo?

Lüder: Ich wohne Neustadt, Ostholstein, Pelzerhaken.

Vorsitzender: Und die Straße?

Lüder: Pelzerhakener Straße 22.

Vorsitzender: Herr Lüder, es geht hier um den Zeitraum von Sonntag, 25. Oktober 1998 in Ihrer Dienstschrift bis Montag, 26.10. Hierzu möchten wir gern Ihre Wahrnehmungen haben.

Wir haben - und ich gebe es noch einmal als Beweismittel zu Protokoll - die Tonaufzeichnung des Küstenwachzentrums Nordsee, hier: wörtliche Mitschrift des Gesprächs am 26.10.1998, um 00:49 Uhr zwischen MRCC Bremen, Herr Sehner (phonetisch) und Küstenwachzentrum Nordsee, Polizeihauptmeister im BGS, Lüder. Ich habe dies hier für unsere Beweismittelwürdigung eingeführt.

Wir möchten jetzt gern von Ihnen die dienstlichen Vorgänge hören von Schichtbeginn, 25.10., bis Dienstende, 26.10., irgendwann kurz vor 6:00 Uhr morgens - hat zumindest Ihr Kollege uns gesagt, es fände vor 6:00 Uhr morgens der Schichtwechsel statt.

Herr Lüder, Sie haben das Wort.

Lüder: Am 25., wie ich meine Schicht begann, zirka 20:30 Uhr/21:00 Uhr, habe ich meine Schicht vom Kollegen, einem Herrn Heise, übernommen. Der sagte mir, daß das MRCC Bremen angerufen hatte, um 17:31 Uhr, daß ein Fahrzeug 80 sm nordwestlich Helgoland Feuer im Schiff gemeldet

hatte, in Luke 3 und 4. Dort wurde von ihm gleichzeitig geprüft, in der KüWaZ wurde geprüft, was für ein Fahrzeug da vorgehalten werden konnte. Das fiel sofort auf die „Neuwerk“. Das Fahrzeug war zu der Zeit beschäftigt mit „Ruby XY“, das ein Blackout hatte und südwestlich Helgolands festgehalten wurde, was nächsten Tag nach Stade reingebracht werden sollte - -

Vorsitzender: Entschuldigen Sie, Herr Lüder. „Ruby XY“ oder „Ruby XL“?

Lüder: „Ruby XL“- gehe ich davon aus.

Vorsitzender: XL, danke.

Lüder: Die „Neuwerk“ lag dort in standby. Es wurde vom ZMK gleichzeitig eine laufende und gemeinsame Nummer herausgegeben, ein Unfallprotokoll geschrieben, was bis zum Schluß auch die gleiche Nummer behielt, und zwar die Nummern 711 und 221. Das ist dokumentiert in unserem Buch, an dem Tag von Herrn Heise.

Vier Minuten später, zirka, kam der Anruf vom MRCC Bremen wieder - ja -, daß das Feuer im Schiff in Luke 2 - nein -, 3 und 4 unter Kontrolle ist und keine Hilfe mehr benötigt wird und Fahrzeug gen Esbjerg läuft. Zwei dänische Helicopter stehen auf standby, Unterstützung von der KüWaZ ist somit nicht mehr erforderlich. Das hat der mir übergeben. Ich fragte in der KüWaZ nach, ob sämtliche Leute hier Bescheid wissen, informiert sind. Herr Heise bestätigte das, daß alle dort Anwesenden informiert waren.

Dann sagte er mir noch, daß 19:35 Uhr Herr Zacher in der KüWaZ anwesend war zum Infoaustausch. Was für ein Infoaustausch das war, das weiß ich nicht, ob das sich auf die „Ruby XYL“ - oder was das war, muß ich mal nachgucken - XL, beziehungsweise unsere „Pallas“ - - Denn ich kann mir vorstellen, daß die Kollegen vom ZMK den Herrn Zacher auch informiert haben über den Fall „Pallas“ in dem Moment, daß da oben ein Fahrzeug 80 sm nordwestlich Helgoland brennt, in Richtung Esbjerg fährt.

Gegen - - Zu der Zeit, kann ich vielleicht noch sagen, daß die Fahrzeuge, unsere eigenen, der KüWaZ BG 21 in der Jade vor Anker lag, die „Mellum“ auch in der Jade vor Anker lag und die „Neuwerk“ - sagte ich eben schon - südwestlich Helgolands; „Meerkatze“ und „Seefalke“ Süderpiep, Norderpiep, das ist im Bereich Fahrwasser Richtung Büsum, unter Landschutz lag.

Vorsitzender: Helgoland Norder- und Süderpiep, Schutz suchend?

Lüder: Ja, Norder-/Süderpiep.

Gegen 22:00 Uhr, nein, gegen 0:50 Uhr bekam ich einen Anruf von der Seenotleitung, daß das Feuer auf der „Pallas“ sich wieder entfacht hat und ob wir ein Fahrzeug hätten zur Brandbekämpfung. Das Fahrzeug steht jetzt 30 sm vor Esbjerg. Es war zu der Zeit, waren alle Anwesenden, die im KüWaZ Dienst gemacht haben - -

Abg. Benker: Können Sie das Sprechgerät ein bißchen höher - -

Vorsitzender: Können Sie das Mikro etwas zu sich heranziehen? Wir haben Audiokontaktschwierigkeiten!

Lüder: Zu der Zeit waren alle anwesenden Diensthabenden in der KüWaZ am Arbeitsplatz und bekamen so auch mit, daß ich ein Gespräch hatte mit MRCC Bremen, unter anderem auch der Angestellte vom ZMK, ein Herr Holtz. Der guckte mich nur an: Ist nicht! - Und ich konnte darauf verneinen, wir haben kein Fahrzeug - was vor dem ja auch schon eindeutig bekannt war, schon um 17:31 Uhr, daß da oben kein Fahrzeug war, aufgrund allein schon der Wetterlage. Es herrschte immerhin Windstärke 10 und Orkan war vorausgesagt. Damit war erst einmal die Sache vom MRCC Bremen - - Wir hatten gesagt: Gut, alles okay, tschüs!

Okay, dann bekam ich zirka 5:00 Uhr wieder einen Anruf, daß die Leute jetzt abgeborgen worden sind, ein dänischer Seenotkreuzer

noch vor Ort ist, und die „Minden“ zurückläuft. Die „Minden“ ist ein Rettungskreuzer.

So, dann waren wir erst einmal schockiert, daß alles dort abgefahren worden ist. Position hatte er nicht angegeben, der Mann vom MRCC Bremen. Daraufhin sagte ich zum Herrn Holtz vom ZMK, er möchte doch einmal anrufen, was für eine Position dort ist, welche Position die „Pallas“ denn überhaupt hat. Das hat er von seinem Apparat aus gemacht und hat mir anschließend die Position gegeben, hat diese Position in eine Seekarte eingetragen und hat mir gesagt: „Das ist auch in der dänischen AWZ, Gott sei Dank, nicht auf unserem Acker!“ - wortwörtlich. Das war für mich erst einmal: Aha, nicht erledigt!

Ich wurde hinterher abgelöst, um 5:30 Uhr, hatte meine dienstliche Arbeiten verrechnet. Ich habe dann, Herr Heise ist dann wieder gekommen, Herrn Heise eingewiesen, habe gesagt: Paß auf, da ist immer noch der Fall „Pallas“ - der ist nicht abgeschlossen gewesen, so wie er mir erzählte, wir haben nichts mehr damit zu tun -, das fängt jetzt wohl noch einmal an.

Die „Neuwerk“ lief zu dem Zeitpunkt, 6:00 Uhr, anschließend Cuxhaven an zur Besatzungswechslung und lief dann wieder aus, Richtung „Pallas“, soviel mir bekannt ist. Die „Mellum“ weiß ich nicht, die hat auch - - die lief - bin ich der Meinung - noch immer nach Wilhelmshaven, lief aber später wieder aus aus Wilhelmshaven. Und „BG 21“ wurde auch in Marsch gesetzt, das war aber schon später.

Dann am 27. zum Beispiel - ich war da ein bißchen länger, ein paar Tage -, wie das alles schon gelaufen war, waren unsere Aufzeichnungen mit den vier - mit den zwei Telefonaten -, Telefonaten und folgendes: Da kam dann ein Herr Krinke, am 27., und führte beide Einsatztagebücher, eine Unfallaufnahme vom ZMK-Protokoll und unser Protokoll zusammen, wo ich anschließend gleich feststellen mußte, daß zwei Eintragungen fehlen, und zwar die Eintragung von

0:50 Uhr und die von 5:00 Uhr einmal vom 26. - ja, sind beide vom 26. gewesen. Er machte dies unter Anweisung von Herrn Herrmann, der gesagt hatte: „Diese zwei Passagen nehmen wir nicht mit rein“.

So hat sich mir die Sache dargestellt, wie ich im Einsatz war.

Vorsitzender: Schönen Dank, Herr Lüder. Wer hatte mit Ihnen Schicht, außer Ihnen und dem schon gehörten Zeugen Herrn Köhler; wer war noch in der Schicht?

Lüder: Ein Herr Sommer.

Vorsitzender: Herr Sommer.

Lüder: Und ein Herr Holtz.

Vorsitzender: Herr Holtz vom ZMK und Herr Sommer als Vertreter des BLG?

Lüder: Seewarndienst. Vom BLG war keiner dort, über Nacht ist da keiner.

Vorsitzender: Können Sie mir zur Information sagen, wohin Seewarndienst gehört? Hauptbundesverkehrsministerium, oder welches Ressort ist das?

Lüder: Bundesverkehrsministerium.

Vorsitzender: BMV, also.

Lüder: Wie?

Vorsitzender: Wasser- und Schifffahrtsdirektion also.

Lüder: Ja.

Vorsitzender: Herr Herrmann ist stellvertretender Leiter des ZMK?

Lüder: Er ist Dienstvorgesetzter von den Leuten, ja.

Vorsitzender: Wir haben einen Auszug aus den Unterlagen Seenotleitung MRCC Bremen „Seenotfall MS ‘Pallas’“ vom 25.10. Aus diesem Auszug geht hervor, daß es um 0:27 Uhr am 26.10. MRCC an das Küstenwachzentrum eine Info gegeben hat, drei

Minuten vor halb eins morgens. Ist Ihnen dieses bekannt? Weil dieses Info nicht im Einsatzablaufprotokoll, laufende Nummer 221 - Sie erwähnten ja schon diese Unterlage - - Diese Infoaufnahme, dieser Kontakt zwischen MRCC Bremen und Küstenwachzentrum ist nicht aufgeführt.

Lüder: Also, da entsinne ich mich nicht dran, an so ein Gespräch. Muß ich passen.

Vorsitzender: Ich frage noch einmal, Herr Lüder, dieses Einsatzablaufprotokoll, beruht das auf der Abschrift der Tonbandaufzeichnungen, oder beruht das auf den Aufzeichnungen, die Sie im Küstenwachzentrum führen?

Lüder: Die ich im Küstenwachzentrum führe.

Vorsitzender: Im Küstenwachzentrum.

Lüder: Ja, deswegen auch dieses Gespräch, was hier war: Ist das das Fahrzeug da oben, 17:31 Uhr - -."

Vorsitzender: Schönen Dank. Ich habe keine weiteren Fragen. Herr Maurus.

Stellv. Vorsitzender: Herr Lüder, Sie sprachen vorhin von zwei Eintragungen, die Herr Herrmann nicht mit übertragen haben wollte. Können Sie das noch einmal präzisieren? Das habe ich nicht mitbekommen.

Lüder: Am 27. kam ein Beamter vom BGS noch mal zum Tagesdienst bei uns nach Cuxhaven. Er wurde von Herrn Herrmann befragt, ob er das Einsatztagebuch - was haben die vom ZMK? Die haben ja kein Einsatztagebuch -, Aufnahme, Unfallbericht, Einsatztagebuch - das ist dieses Ding, das sieht dann so aus, das haben Sie sicherlich auch dort - zusammenführen könnte, zusammen mit unserem Einsatzablaufprotokoll, was wir selbst haben vom BGS-See - das Einsatzablaufprotokoll, ja. Darauf - - Das sollte er zusammenbringen. Darauf sagte Herr Herrmann: „Diese zwei Passagen nehmen wir aber nicht“, was ich gehört habe. Und zwar betrifft das die Passage immer,

das Telefonat und morgens noch einmal der Anruf vom MRCC Bremen. Deshalb wundere ich mich eigentlich, man hätte ja schon feststellen müssen, daß der Herr Holtz eigentlich die Position morgens um 5:00 Uhr nachgefragt hat, der ist ja nicht von meinem Apparat geführt worden. Und die sind da weggeblieben, also hat Herr Herrmann dann wieder angefangen mit zwei Passagen vom 25., 17:31 Uhr und 17:36 Uhr und am 26. ist er angefangen mit 7:19 Uhr laut diesen Aufzeichnungen. Diese Aufzeichnungen wurden verschickt - was auch aus diesem Bericht herausgeht - am 27. an den WSD - Cuxhaven, soviel ich weiß -, um 8:00 Uhr herum - WSD Cuxhaven, ja. Das ist mir sofort aufgefallen, und das habe ich sofort nach Neustadt gefaxt, an einen Herrn Nitschki, mit unserem Protokoll und das, was auf einmal dort entstanden ist, beim ZMK, was der Herr Krinke geschrieben hat, und habe darauf hingewiesen, daß da zwei Passagen fehlen.

Stellv. Vorsitzender: Herr Lüder, meine Bitte wäre, daß Sie die beiden Passagen, damit wir die auch genau im Protokoll haben, hier noch einmal zitieren und uns dann die Unterlage, aus der Sie hier eben zitiert haben und die Sie für Ihre Ausführungen zugrunde gelegt haben, noch einmal als Beweismittel zur Verfügung stellen.

Lüder: Ich habe Sie nicht richtig verstanden. Was soll ich jetzt machen?

Stellv. Vorsitzender: Erst zitieren und uns dann die Unterlage als Beweismittel zur Verfügung stellen, also die Passagen, die Ihnen fehlen.

Lüder: Das kann ich nur von meinem Einsatzablaufprotokoll machen.

„0:56 Uhr: Haben Sie ein Fahrzeug in der Nähe von der Position 17:31 Uhr? Feuer flackert wieder auf. Küstenwache aufgrund der Wetterlage (WNW 9-10); kein Fahrzeug im Seegebiet. Für Küstenwache erledigt.“

Die zweite Passage um 5:00 Uhr: „Alle Personen abgehoben, Rettungsschlepper aus DK bleibt vor Ort. Seenotretter ‘Minden’ läuft zurück, Fahrzeug brennt lichterloh. Name des Fahrzeugs: ‘Pallas’ Unterscheidungssignal“

- jetzt hat das Herr Holtz alles nachgefragt -

„Charly 6 Lima 09’, jetzige Position: 55 17,8 N 007 37,0 E in der dänischen AWZ.“

- Die fehlen dort.

Stellv. Vorsitzender: Recht vielen Dank. Herr Lüder, Sie waren der Wachleiter zu dem Zeitpunkt. Ist das richtig?

Lüder: Das ist richtig.

Stellv. Vorsitzender: Was haben Sie denn veranlaßt, als die erste Meldung bei Ihnen auftauchte?

Lüder: Sie meinen jetzt die erste Meldung um 0:50 Uhr? Diese Richtung?

Stellv. Vorsitzender: Ja.

Lüder: Es wurde erst einmal Herr Holtz benachrichtigt - dieses Gespräch war ja da: „- kein Fahrzeug da.“

Stellv. Vorsitzender: Der Herr Holtz, der saß mit Ihnen im Raum?

Lüder: Der saß im Raum. Er hatte auch kein Fahrzeug. Es ging eigentlich nur darum, weil die Fahrzeuge ja in der Regel vom ZMK gestellt werden, das ist die „Neuwerk“ und die „Mellum“, die mehr oder weniger über Feuerlöschspritzen verfügen, und da das mehr oder weniger weit in der dänischen AWZ war, und eben das Fahrzeug immer noch Kurs auf Esbjerg nahm, und das Gespräch was man so mit MRCC Bremen geführt hat, gar nicht so hektisch war, daß da Wunder was war - das konnte man so eigentlich nicht sichtbar erkennen - - Das Fahrzeug fuhr Richtung Esbjerg, am Tag davor um 17:31 Uhr, nach vier Minuten war

das gelöscht, das war alles kein Thema. Benachrichtigt wurden alle dort.

Ich bin erstaunt, daß der Herr Holtz als solches seinen Dienstvorgesetzten, entweder den Herrn Herrmann oder den Herrn Zacher, nicht angerufen hat. Darüber bin ich allerdings erstaunt.

Stellv. Vorsitzender: Das kam akustisch nicht ganz rüber, die hat er nicht benachrichtigt?

Lüder: Davon gehe ich aus, sonst wäre ja vielleicht etwas passiert.

Vorsitzender: Herr von Hielmcrone oder Herr Benker? Herr Benker.

Abg. Benker: Sie sagten, um 5:00 Uhr habe Herr Holtz - Herr Heuss, oder wie auch immer - -?

Lüder: Holtz!

Abg. Benker: Na, wie auch immer. Gut, Herr Holtz, nennen wir mal diesen Begriff. Er hat nachgefragt nach der Position. Ist das mündlich geschehen?

Lüder: Das ist telefonisch, von seinem Apparat geschehen.

Abg. Benker: An Sie?

Lüder: Da ist bei MRCC Bremen angerufen worden. Deshalb, sage ich ja, es ist eigentlich komisch, daß sie sagen, sie wissen nichts davon, und es ist von dort geführt worden.

Abg. Benker: Ja, aber meine Frage betrifft jetzt noch mal das ZMK - so habe ich das verstanden -, das heißt MRCC Bremen. Hat der Herr Kubas bei Ihnen angerufen, oder hat er bei Herrn Holtz angerufen?

Lüder: Herr Holtz hat in Bremen angerufen, bei dem Herrn Kubas angerufen, was Sie eben gesagt haben, und hat sich dort die Position von der „Pallas“ geholt und das Unterscheidungssignal. Das hat er mir gegeben, und das habe ich in meine Unterlagen eingetragen.

Abg. Benker: Meine Frage dann: Wenn es zu dem Abgleich am 27. gekommen ist, dann irritiert mich das insofern. Bei einer unterschiedlichen Auffassung von zwei Meldungen - das ist ja immerhin ein Tagebuch, ein Protokoll -, wie wird das eigentlich geklärt? Ist es früher schon einmal vorgekommen, daß hier unterschiedliche Auffassungen sind? - Denn es kann ja nur dann nicht aufgenommen werden, wenn beide Seiten sagen, da war nichts. Wenn eine Seite sagt, da war was - und Sie haben das ja dargelegt, und das ist ja auch aus dem Einsatzablaufprotokoll zu erkennen -, verstehe ich nicht, weshalb bei dem uns auch interessanten Auszug aus dem Protokoll des ZMK weder diese Mitternachtsmeldung noch die von 5:00 Uhr enthalten ist. Abgeglichen am 27. Waren Sie an dem Abgleich beteiligt?

Lüder: Ich an dem Abgleich?

Abg. Benker: Ja.

Lüder: Nein, das hat der Herr Krinke gemacht, morgens um sieben gleich mit Herrn Herrmann. Da wurde nachgefragt. Sie sprechen vom Abgleich des Tagebuchs?

Abg. Benker: Nein, ich spreche vom Abgleich am 27. Sie haben Ihr Protokoll geführt, das ZMK hat seins geführt. Und am 27. - das hatten Sie ja geschildert - ist noch mal ein Abgleich gemacht worden, der liegt uns vor, und in diesem Abgleich tauchen diese beiden Meldungen nicht auf.

Lüder: Es ist in dem Sinne - so wie ich Sie jetzt verstehe - nicht zu einem Abgleich Papier zu Papier gekommen,

Abg. Benker: Sondern?

Lüder: Er hat seines bekommen, der Herr Krinke vom ZMK hatte unseres mit - dieses -, und dann wurde aber gesagt: Also die Passagen nehmen wir nicht rein, wir nehmen unser.

Abg. Benker: Und dann wird das widerspruchslos hingenommen, oder wie sehe ich das?

Lüder: Widerspruchslos - - Ich habe das gleich festgestellt, ich habe ja gleich gesagt: Das stimmt nicht. Ich habe das gleich um 8:37 Uhr nach Neustadt geschickt und gesagt, das stimmt nicht.

Abg. Benker: Aber wenn Protokolle einen Sinn machen sollen, dann sind das Dokumente und Urkunden. Dann kann ich doch nicht sagen: Gut, ich habe das gleich festgestellt. Dann muß da irgendwo, sage ich mal als Beamter, ein Aktenvermerk gemacht worden sein: Ist nicht übernommen worden. Oder haben Sie etwas Ähnliches gemacht?

Abg. Kubicki: Er hat doch um 8:37 Uhr geschrieben, es ist falsch!

Abg. Benker: Gut, dann habe ich das falsch verstanden.

Lüder: Ich habe das hier nach Neustadt geschickt, habe mir eine Fax-Bestätigung geben lassen, beide Sachen und war damit erst einmal auf der Seite. Alles andere, das klärt sich später.

Abg. Benker: Okay, alles okay, Herr Lüder.

Vorsitzender: Herr Kollege Benker, es geht hier aber - damit wir das klarstellen - um den 26. morgens, nach der Schicht.

Abg. Benker: Ja, das ist schon richtig. Ich habe noch einmal nachgefragt, ob Herr Lüder beteiligt war am 27. Das hat er verneint. Wo der eigentliche Abgleich stattgefunden hat.

Vorsitzender: Nein!

Abg. Benker: Ja, noch einmal. So ist ausgesagt worden. Am 27.10. ist ausgesagt worden: „Führt die beiden Protokolle zusammen, ein BGS-Beamter - -,“

Lüder: Herr Krinke.

Abg. Benker: Ja.

Lüder: Und ich hatte an diesem Tag auch wieder Dienst.

Abg. Benker: Gut, darauf bezog ich mich.

Die andere Frage war noch einmal: Sagt Ihnen der Begriff „running estimate“ etwas?

Lüder: Wie bitte?

Abg. Benker: „Running estimate.“

Lüder: No comprente!

(Heiterkeit)

Abg. Benker: War eher eine Scherzfrage. Es geht um die kontinuierliche Lagebeurteilung. Wenn ich ein Objekt habe, brennend wo auch immer, fahrend wo auch immer - -

Vorsitzender: Das macht die Bundeswehr!

Abg. Benker: Nein, das habe ich vom Nautischen Verein Nordfriesland. Ich bitte um Entschuldigung. Und in diesem Zusammenhang müssen Sie ein Objekt, was auf Ihr Einsatzgebiet zuläuft oder am Rande ist, doch beurteilen oder sagen, da könnte eine Gefahr drohen. Wird das eigentlich geführt, wird das weiter beurteilt? Oder, wie Sie gesagt haben: Gott sei Dank, außerhalb, brauchen wir nichts weiter tun?

Lüder: Ich glaube jedenfalls nicht, daß ich gesagt habe: Gott sei Dank!

Abg. Benker: Nein, Sie haben das nicht gesagt, sondern Sie haben zitiert, daß das jemand anderes gesagt hat. Das ist schon richtig.

Lüder: Im Inneren ist man vielleicht froh gewesen zu dem Zeitpunkt, daß das Fahrzeug Richtung Esbjerg lief.

Abg. Benker: Immer. Richtig.

Lüder: Man hatte das erst einmal vom Tisch. Das gebe ich zu. Das lief das Richtung Esbjerg. Nachher kam die Meldung noch mal, 30 sm vor Esbjerg, das war ja noch besser. Dann kam die Meldung, morgens um fünf, daß alle abgeborgten worden sind. - Ja, und nun?

Abg. Benker: Zurück zu der Situation in dieser Nacht bis morgens um fünf, wo ja dann die Abbergung abgeschlossen worden war. Aus Ihrer Beurteilung und aus der Beurteilung der Kollegen im ZMK richtete sich ja alles in Richtung Esbjerg und so, daß dort kein Handlungsbedarf für sie alle auf der Wache gegeben war, richtig?

Lüder: Nein, das wurde von mir anders übergeben an meinen Kollegen. Da habe ich gesagt: „Paß auf, da kommt noch was.“ Das Fahrzeug war ja führerlos. Man hat ja nun schließlich als Seemann - wollen wir mal sagen - Ahnung, man weiß ja, was Nordwestwind ist, und daß das, wenn ein Fahrzeug da rumeiert, daß das irgendwann an der Küste ist.

(Heiterkeit)

Abg. Benker: Das ist logisch! Wir haben ja legaval, insofern ist das irgendwann an der Küste, nicht!

Lüder: Was haben Sie?

Abg. Benker: Legaval, wäre ja in diesem Fall, insofern wäre das irgendwann an der Küste.

Sie haben in dieser Nacht, Sie vier - ich sage das jetzt noch einmal -, nicht mehr darüber gesprochen, was mit der „Pallas“, oder was auch immer da oben für ein Schiff ist, passieren könnte?

Lüder: Nein, nicht intensiv, nein.

Abg. Schlie: Ich habe das nicht verstanden.

Lüder: Nein, haben wir nicht.

Abg. Benker: Und Sie sind erst wieder darauf aufmerksam gemacht worden durch die Fünf-Uhr-Meldung im Grunde genommen?

Lüder: Durch die Fünf-Uhr-Meldung, ja.

Abg. Benker: Obwohl ja in dem Gespräch durchaus auch etwas gesagt worden ist von - - das Gespräch, das Sie um 0:49 Uhr geführt haben, weil das Feuer wieder aufge-

flackert ist, das kriegen die nicht in den Griff, es ist dann die Frage nach den Hubschraubern gewesen, die sind da noch an Ort, also eine gewisse Bedrohung gegeben war. Und es war eine gewisse Unsicherheit der Lage gegeben. Trotzdem haben Sie gesagt, daß ist Esbjerg und deren Sache?

Lüder: Können Sie das, die Frage, noch einmal wiederholen?

Abg. Benker: Also bei dem Telefonat, das Sie geführt haben mit Herrn Sehner vom MRCC, hat er geführt - so jedenfalls ist die Abschrift des Tonbands -, da sagt der Anrufer, als Sie nachfragen: „Wie heißt das Ding eigentlich? - denn am Abend vorher war es nur eine Pannenwarnmeldung, weil man nicht wußte, wie es heißt - -

Lüder: Darf ich dazu mal etwas sagen?

Abg. Benker: Ja, sehr gern, das sollen Sie ja.

Lüder: Sie sagten eben, das Fahrzeug. Mir ist es nicht übergeben worden von meinem Vorgänger - der Name steht nicht hier drin. Deswegen auch meine Frage immer: „17:31, Position 17:31?“ Damit wußte ich immer, daß es das Fahrzeug ist. Denn es stand bei mir vordem immer noch nicht drin, auch in meinem Einsatz-Tagebuch, was wir auf dem Tisch führen, was ich übernommen habe, wie das Fahrzeug heißt.

Abg. Benker: Richtig! Das ergibt sich auch - das bestätigt auch - das Wortprotokoll, daß Sie noch einmal nachgefragt haben, wie das eigentlich heißt, Sie haben den Namen nicht sicher gehabt. Und dann antwortet der Anrufer: Die Dänen wollen jetzt die Leute runterholen, weil sie das Feuer - es ist wieder aufgeflackert, und jetzt kriegen die das nicht in den Griff. Dann setzt er fort: Es ist die Frage wegen Hubschraubern, da sind genug vor Ort, aber haben Sie noch irgendwelche Fahrzeuge? Das heißt, die Frage nach den Fahrzeugen, die Sie prioritär dann behandelt haben - und auch richtig beantwortet haben -, ist ja eingekleidet praktisch in die Gefähr-

dungssituation, die sich wieder verändert hat gegenüber der früheren Aussage, also der vom Vorabend, wo es unter Kontrolle war und ähnliches mehr.

Lüder: Ja, das war doch alles von vornherein klar. Es war kein Fahrzeug da. Das ist denen gesagt worden. Ich habe aber trotzdem bei den Herren vom ZMK noch mal nachgefragt: Haben wir ein Fahrzeug? Haben sie ein Fahrzeug, haben sie beim ZMK angerufen? All diese Sachen sind von mir gemacht worden.

Abg. Benker: Gut. Der entscheidende Punkt ist, wenn Sie kein Fahrzeug haben, dann treibt es auf die Küste, wie Sie vorhin geschildert haben. Dann nimmt man das hin?

Lüder: Nein, dann kommt das wieder zum Tragen, daß wir gesagt haben: Gott sei Dank, das fährt in Richtung Esbjerg.

Abg. Benker: Gut, danke.

Vorsitzender: Herr Schlie.

Lüder: Und es war in der dänischen AWZ.

Abg. Schlie: Herr Lüder, ich würde gern noch einmal auf die zeitlichen Abläufe kommen. Um 0:27 Uhr, da ist bei Ihnen keine Meldung eingegangen?

Lüder: Ich kann mich nicht entsinnen, tut mir leid. In was für einem Zusammenhang, und so weiter, ich weiß es nicht!

Abg. Schlie: Zeichnen Sie denn, wenn Sie einen Anruf bekommen, beispielsweise vom MRCC in Bremen, zeichnen Sie das gleich auf?

Lüder: Wenn der interessant ist, ja. Und höchstwahrscheinlich war das kein interessantes Ding. Das kann eigentlich nur guten Tag, guten Morgen gewesen sein, etwas in diese Richtung. Oder - -

Abg. Schlie: Ihnen gegenüber dort im Küstenwachzentrum hat ja Herr Köhler gesessen.

Lüder: Ja.

Abg. Schlie: Der erinnerte sich, daß Sie diese Meldung auch um 0:27 Uhr sogar in den Raum hinein noch einmal gegeben haben, so daß sie vernehmlich, für alle hörbar war.

Lüder: Ich? - Das muß ja denn, wollen wir mal sagen, im Endeffekt - - Entweder bin ich da verkehrt, in dem Moment, denn ich habe in den Raum irgendwann einmal etwas gesagt: „Haben wir ein Fahrzeug da oben?“ - Das ist richtig. Ob das nun 0:27 Uhr gewesen ist oder 0:50 Uhr, das kann ich nicht mehr sagen.

Abg. Schlie: Okay. Jedenfalls nehmen wir diese beiden Zeiten mal so, jedenfalls hat es danach - nehmen wir ruhig mal die 0:50 Uhr - für Sie ja keine weitere Handlungsnotwendigkeit offensichtlich gegeben?

Lüder: Nein.

Abg. Schlie: Dann kam die Meldung um 5:05 Uhr, die auch bei Ihnen aufgelaufen ist.

Lüder: Ja.

Abg. Schlie: Welche Handlungsnotwendigkeit hat es denn nach dieser Meldung um 5:05 Uhr für Sie gegeben? Und was haben Sie getan konkret?

Lüder: Das wir sofort - wollen wir mal sagen - nachgeguckt haben, was für eine Position das ist, welche Position. So, das hat Herr Holtz gemacht vom ZMK, hat in Bremen angerufen bei - hier ist der Name schon gefallen - Kupas, oder sonst was - -

Vorsitzender: Kubas hieß der.

Lüder: Und er hat dort die Position abgefragt, und er hat mir die Position auch gegeben, so daß ich sie in mein Protokoll eintragen konnte.

Abg. Schlie: Und da hatten Sie also beide die Position, das ist ja auch schon mal ganz wichtig. Ist denn über die Situation des

Schiffes denn noch etwas klar gewesen, außer der Position, die sie jetzt beide kannten?

Lüder: Ob über die „Pallas“ noch etwas klar - -

Abg. Schlie: Ja, ja, über dieses Schiff, die „Pallas“.

Lüder: Noch weiter gesprochen worden?

Abg. Schlie: Ja, ist Ihnen durch die Meldung, die um 5:05 Uhr bei Ihnen aufgelaufen ist, außer der Tatsache, daß derjenige, der beim ZMK Dienst hatte, Herr Holtz, die Position nachgefragt hatte, ist Ihnen durch das Auflaufen der Meldung bei Ihnen noch etwas anderes über die Situation dieses Schiffes klargeworden?

Lüder: Daß das Schiff führerlos ist, ja.

Abg. Schlie: Daß es führerlos ist.

Lüder: Das hatte ich aber vorhin schon gesagt.

Abg. Schlie: Ja, ja. Das ist klar. Nun hatten Sie vorhin auch gesagt, aus seemännischer Kenntnis heraus - das ist klar - bei der Windrichtung, daß man weiß, das treibt dann auf die Küste Schleswig-Holsteins zu. Was haben Sie denn um 5:05 Uhr dort unternommen im Küstenwachzentrum, um da jetzt tätig zu werden.

Lüder: Ja, erst einmal ist der Herr Holtz in dem Moment zuständig, damit er seinen Amtsleiter benachrichtigt oder seinen Dienstvorgesetzten, den Herrn Herrmann, daß da was passiert, daß ein Fahrzeug da vor Ort geschickt worden wäre. Die „Neuwerk“ ist allerdings um 6:00 Uhr - das hatte ich auch schon gesagt - nach Cuxhaven eingelaufen.

Abg. Schlie: Aber innerhalb des Küstenwachzentrums, der vier Leute, die da jetzt gesessen haben, ist darüber nicht weiter gesprochen worden?

Lüder: Nein.

Abg. Schlie: Sondern dann sagt man: Das ist hier aufgelaufen, das wird mitgeteilt. Und dann geht man davon aus, daß derjenige, der vom ZMK zuständig ist, das Nötige veranlaßt? Eine weitere Absprache gibt es da nicht mehr?

Lüder: So sieht es aus, ja.

Abg. Schlie: Ist das der Regelfall auch bei anderen Situationen gewesen, oder war das hier eine Ausnahme?

Lüder: Wenn an und für sich einer einen Fall hat, der wird dann in der eigenen Zuständigkeit bearbeitet.

Abg. Schlie: Ich habe das nicht verstanden, Entschuldigung.

Lüder: Wenn einer einen Fall für sich hat, der entweder BGS-relevant ist oder jetzt ZMK - wie das zum Schluß nachher gelaufen ist, sie haben ja geschleppt, auch die „Neuwerk“ hat geschleppt -, dann haben die den Fall. Dann hört man da nichts mehr von. Dann werden die Türen zugemacht und dann ist das fertig.

Abg. Schlie: Aber das geht doch in diesem Großraumbüro nicht, daß die Türen zugemacht werden, denke ich?

Lüder: Wie bitte?

Abg. Schlie: Ich denke, es ist ein Großraumbüro. Da kann man doch keine Türen zumachen.

Lüder: Anschließend wurden die Türen aber zugemacht, als das nachher lief. Hinten ist noch ein kleiner Sitzungssaal.

Abg. Schlie: Ach so, dann haben Sie - -

Lüder: Wir, die da vorne Dienst tun, haben dann damit nichts mehr zu tun.

Abg. Schlie: Da nichts mehr mit zu tun. Das gehört dann auch nicht zu Ihren Dienstaufgaben, sich weiterhin darum zu kümmern, was aus so einer Meldung wird?

Lüder: Die Meldung, die ist ja nun weitergegangen, und so weiter. Ich meine, wir haben jetzt ein bißchen weit ausgeholt, schon wie das hinterher abgelaufen ist. Da waren nachher schon die Schleppverbindungen und und und. Sie wollen eigentlich immer noch darauf hinaus, was morgens um 5:00 Uhr und anschließend gelaufen ist.

Abg. Schlie: Das ist der Kern meiner Frage.

Lüder: Das ist Ihre Frage gewesen, und die Frage habe ich, glaube ich, beantwortet. Da habe ich gesagt, daß ich dem Herrn Holtz Bescheid gesagt habe, und ich dann davon ausgehen muß, daß eigentlich der Holtz seine Dienststelle benachrichtigen muß: Paß auf, da muß jemand was machen mit unseren Schiffen, denn die anderen Schiffe, die in die KüWaZ eingebunden sind, die verfügen nicht über einen Schleppzug, einen Fahrzeug oder sonst etwas und über keine Feuerlöschkanonen.

Abg. Schlie: Gut, aber Sie selber hatten darüber keine Kenntnis. Sie wußten auch nicht, daß erst um 7:32 Uhr dann etwas passiert ist?

Lüder: Ich wurde um 6:00 Uhr abgelöst, 5:30/6:00 Uhr. Das hatte ich dann meinem Kollegen schon wieder übergeben, habe gesagt: Da muß ja irgend etwas passieren. Passiert ist, daß die „Neuwerk“ nach Cuxhaven eingelaufen ist und dort festmacht und die Besatzung wechselte. Das ist passiert.

Abg. Schlie: Alles klar. Danke.

Vorsitzender: Herr Hentschel.

Abg. Hentschel: Herr Zacher hat hier ausgesagt, in der - - wo ist die Meldung? - Hier ist. Hier ist es. Also, der Abgeordnete Hielmcrone hat Herrn Zacher gefragt: „Herr Zacher, wie erklären Sie sich dann, daß nach den Unterlagen der Seenotleitung MRCC Bremen, Seenotfall ‘Pallas’, die erste Meldung des MRCC Bremen an das Küstenwachzentrum Cuxhaven um 0:27 Uhr erfolgte? - Zacher: Das kann ich mir nicht er-

klären. Ich weiß es nicht. Aber es gibt da offenbar einen Punkt, daß eine Meldung bei einem Partner in der Küstenwache aufgelaufen ist, die dann untergeschnitten ist.“ - Was hat er damit gemeint?

Lüder: Das weiß ich nicht. Da war eben schon einmal die Frage. Also, das, die Meldung kenne ich nicht, die 0:27 Uhr-Meldung.

Abg. Hentschel: Und was verstehen Sie darunter, daß eine Meldung „untergeschnitten“ ist?

Lüder: Untergeschnitten? Da kann ich mir nur vorstellen, daß jemand eine Meldung nicht weitergibt. Und bei mir wird alles aufgeschrieben. Normalerweise, wenn es wichtig ist, wird sie aufgeschrieben, festgehalten. Also, ansonsten unter den Tisch fallen lassen, das ist das übliche Wort dafür.

Abg. Hentschel: Und dann steht hier: „Herr Schlie: Gut, lassen wir das erst einmal. Sie hatten vorhin noch einmal zu diesem Zeitpunkt eine Aussage gemacht, daß zwischen- durch bei einem Partner der Küstenwache eine Meldung aufgelaufen sei, aber die offensichtlich nicht weitergegeben worden sei oder verwendet worden sei. Welcher Partner der Küstenwache war das? - Zacher: Beim BGS.“ - Beim BGS. „Abg. Schlie: Beim BGS. Das war also in der Zeit zwischen dem 25.10. um 17:36 Uhr und dem 26.10. um 5:05 Uhr? - Zacher: Nein, Ihr Kollege hat das etwas präziser gesagt: irgendwie morgens am 26. um 0 Uhr.“ - Da sagt er also, daß eine Meldung vom BGS eingelaufen ist, und daß das ZMK diese Meldung nicht bekommen hat.

Lüder: Wenn das die Meldung ist, die 0:50 Uhr-Meldung, die zehn vor eins Meldung, die hat Herr Holtz bekommen. Also durch eine Absprache innerhalb des Raumes, daß da ein Fahrzeug da oben ist, das immer noch gen Esbjerg fährt und daß wieder Feuer ausgebrochen ist, also das hat Herr Holtz bekommen.

Vorsitzender: Können Sie etwas lauter reden, Herr Lüder, wir können das nicht verstehen!

Lüder: Ja, Entschuldigung.

Abg. Hentschel: Also, ich stelle fest, daß Sie eine Meldung weitergegeben haben, daß Herr Holtz diese Meldung bekommen hat, daß aber der Vorgesetzte von Herrn Holtz sagt, die Meldung ist nicht angekommen, und der Stellvertreter von Herrn Holtz dann zwei Tage später, am 27. offensichtlich darum gebeten hat, daß diese Meldung nicht mehr ins Protokoll aufgenommen wird?

Lüder: So stellt sich das dar nach meinen Unterlagen.

Abg. Hentschel: Danke schön.

Ich habe noch einmal eine andere Frage. Sie haben am 27. wieder Dienst übernommen. Ist das richtig?

Lüder: Ja, ja. Das müßten Sie eigentlich auch haben, diesen Auszug - -

Abg. Hentschel: Ja, ich habe nicht alle Protokolle hier - -

Lüder: Ja, das kann man daraus erkennen, wer Dienst hatte.

Abg. Hentschel: Es ist hier mehrfach gesagt worden, daß nachdem das Schiff auf die schleswig-holsteinische Küste zutrieb, der Umweltminister sofort hätte eingreifen müssen. Haben Sie sich am 27. gewundert, daß der Umweltminister Schleswig-Holsteins sich nicht bei Ihnen gemeldet hat und eingegriffen hat?

Lüder: Wissen Sie, die Angelegenheit - - Das entzieht sich alles meiner Kenntnisse, nachher, zum Schluß. Das ist das, was ich eben gesagt habe, da wurde nachher hinter verschlossener Tür gearbeitet.

Abg. Hentschel: Ah ja, das war dann nur noch die Sache des ZMK?

Lüder: Des Wasser- und Schiffsamtes, ja.

Abg. Hentschel: Dann habe ich keine weiteren Fragen.

Abg. Kubicki: Ich möchte die Geschichte mit Herrn Herrmann noch etwas nachfragen vom 27., wenn ich das darf. Sie haben ja um 8:37 Uhr an Ihre Dienststelle in Neustadt mitgeteilt: Das, was da in dem Protokoll steht, stimmt so nicht. Habe ich Sie richtig verstanden?

Lüder: Ja.

Abg. Kubicki: Haben Sie einmal mit Herrn Herrmann oder sonst jemand vom ZMK oder innerhalb des Küstenwachzentrums darüber geredet, oder ist Ihnen eine Erklärung dafür abgegeben worden, warum so verfahren worden ist?

Lüder: Warum?

Abg. Kubicki: Warum die beiden Meldungen nicht mit aufgenommen wurden.

Lüder: Ich hörte bloß, daß entweder Personalmangel, daß das jetzt erst passiert ist - - Ich war auch erstaunt, daß erst am 27. ein Protokoll in den Computer reingegeben worden ist, weil unser Einsatzablaufprotokoll, wenn das jemand haben wollte, an den Tagen verschickt wurde. Ich war erstaunt, daß das da erst zusammengefügt und geschrieben worden ist. - Es hieß vom Hören: Computer nicht und Personal fehlt. Was ich eigentlich nicht ganz glaube, denn es ist so, wenn auf der zentralen Meldekopfseite irgend etwas Besonderes eingeht, oder etwas, das wird ja sowieso meist so vor die Brust gehalten, daß man das nicht mitbekommt, was da eingegangen ist. Deswegen wunderte ich mich eigentlich, daß auf einmal so ein Schreiben gemacht wird und daß wir das - -

Abg. Kubicki: Gut. Das wundert mich natürlich auch - das werden Sie verstehen -, aber meine Frage ist: Ist Ihnen einmal gesagt worden, warum das so gemacht worden ist?

Also Computer war nicht - - Warum diese beiden Daten - -

Lüder: Fehlen?

Abg. Kubicki: Fehlen.

Lüder: Nein, das kann ich Ihnen nicht sagen. Vielleicht haben die Leute gesagt: Wir haben das nicht bekommen. Der Herr Holtz oder sonst etwas: Wir haben so etwas nicht bekommen von Herrn Lüder. Das ist sehr einfach in dem Moment, das zu sagen. Aber ich sage ja immer wieder, gut, die eine Sache ist ja sehr einfach zu sagen, daß um 0:50 Uhr, wo das Fahrzeug 30 sm vor Esbjerg war, das lief bei mir auf, das ist hier auch dokumentiert oder sonst was. Und das andere morgens um 5:00 Uhr, die Nachfrage, die Position, die muß ja von Herrn Holtz - - was sie da gesagt haben, daß muß ja irgendwo auch auf Band sein. Da müßte man ja einmal nachgucken.

Abg. Kubicki: Ja.

Lüder: Also, warum das - - kann ich Ihnen nicht sagen.

Abg. Kubicki: Als Sie Wachwechsel hatten am 26. morgens. Sie hatten das vorhin einmal in einem Nebensatz gesagt. Haben Sie Ihrem Nachfolger im Dienst gesagt: Paß auf - Heise hieß der, glaube ich? - -

Lüder: Heise, ja.

Abg. Kubicki: Paß auf, da kann was kommen?

Lüder: Am 26.? - Ich habe am 25. die Wache übernommen, und da hatte ich zu dem gesagt: „Paß auf, laß das mal liegen, da kann noch was kommen.“ Das hatte ich zu Herrn Heise gesagt. Und am 26., wie ich abgelöst worden bin morgens, habe ich gesagt: „Paß auf, da kommt noch was.“ Da muß ja etwas kommen. Das ist doch eine logische Sache von der ganzen Sache her. Das kann ja nicht auf einmal sonst was - -

Abg. Kubicki: Na gut, darüber kann ich Sie dann nichts fragen, da wissen Sie im Zweifel nichts drüber. Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender: Schönen Dank. Es liegen keine weiteren Fragen vor. - Doch? Kollege Benker.

Abg. Benker: Nicht ganz klar ist mir, Herr Lüder: Aus dem Tonbandprotokoll ist zu entnehmen, daß Sie sagen: „Wir haben da oben nichts mehr, gar nichts. Hatten Sie eben schon einmal bei ZMK angerufen?“ - Das deutet doch darauf hin, daß Sie durchaus von einem Anruf wußten, um 0:27 Uhr, und zwar ist dieses Tonbandprotokoll von 0:49 Uhr. Was hat Sie bewogen, diese Frage zu stellen?

Lüder: Das - - Bewogen zur Frage: „Haben Sie schon einmal beim ZMK angerufen?“ - Da ist ein Fahrzeug, was brennt. Wir vom BGS in dem Moment können weiter sowieso nichts helfen. Wir haben nicht die Fahrzeuge. Die werden vom Wasser- und Schiffsamt beziehungsweise - - eingesetzt, aber nicht vom BGS. Wir haben nicht die Kapazitäten, daß wir ein Fahrzeug schleppen können.

Abg. Benker: Das wäre dann in Ordnung, wenn Sie nicht gefragt hätten: Haben Sie eben schon einmal beim ZMK angerufen?

Lüder: Haben Sie eben schon mal beim ZMK angerufen?

Abg. Benker: Das läßt den Schluß zu, daß eben ein Anruf zuvor - der ja völlig belanglos, und der ja völlig irgend etwas anderes gewesen sein kann, das will ich ja gar nicht in Abrede stellen, einfach nur, daß durchaus in der Wache ein Klingeln wahrgenommen worden ist, oder was auch immer, und man gedacht hat - - Weil ja hier nun zwei unterschiedliche Aussagen dazu da sind.

Lüder: Ich kann mir nur vorstellen, daß das ein Befreiungsschlag war von mir, daß ich sagte: Mensch, da muß jetzt doch mal was passieren.

Abg. Benker: Gut. Dann meine letzte Frage: Bei der Übergabe der Meldungen an ZMK, die ja dann Handlungsbeauftragte sind - sage ich ganz einfach -, hätte es ja auch bei einem schwierigeren Fall sein können, daß da mal etwas untergeht. Wie wird das eigentlich verifiziert, daß sie dort wirklich angekommen ist. Gucken Sie sich da an? Denn Sie haben vorhin gesagt, Herr Holtz guckte mich noch an, nämlich auf die Aussage, ob Fahrzeuge da sind bei dem Austausch. Oder wie - -

Lüder: Bei dem Austausch - - Ich sitze dort rechts an einer großen Seekarte und hinter mir sitzt Herr Holtz. Und dann guckt man sich an und hat Blickkontakt. Und dann sagt man: Oder habt ihr was? Dann weiß man, aha, hat er das oder hat er das nicht.

Abg. Benker: Um so irriger ist es für mich, wenn er zu diesem Zeitpunkt nickt und sagt, das ist da, später aber in Abrede zu stellen, daß da keine Meldung war.

Lüder: Unverständlich.

Abg. Benker: Gut. Okay. Dann habe ich keine weiteren Fragen.

Vorsitzender: Herr von Hielmcrone.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Ich habe noch eine Frage. Sie haben eben gerade gesagt, daß Sie vom BGS keine Fahrzeuge hatten. Aber wenn Sie doch der Leiter dieser Schicht waren - so habe ich das jedenfalls richtig verstanden -, dann vertreten Sie nicht nur BGS, sondern Sie sind ja dann Vertreter des Küstenwachzentrums.

Lüder: Für mich ist das einfacher, ein BGS-Fahrzeug zu motivieren als ein Fahrzeug vom Wasser- und Schiffsamt. Da gehe ich ja, da muß ich ja über den Mann gehen, der dort Dienst hat.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Ja, aber Sie haben da ja nicht nur Dienst für sich oder für den BGS, sondern für die gesamte Nordsee sozusagen, für alle. Oder nur, oder ist das so, der Zoll macht das, was der Zoll macht, und

Sie machen, was BGS macht, oder wie läuft das?

Lüder: Es hat erst einmal jeder seine eigenen Aufgaben zugewiesen bekommen.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Ja, aber Sie koordinieren das doch auch?

Lüder: Das wird koordiniert, ja.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Insofern war es doch nicht nur die Frage, ob der BGS Fahrzeuge hat, sondern ob überhaupt Fahrzeuge da sind.

Lüder: Wissen Sie, wenn jetzt irgendeine Sache wäre, die BGS-relevant wäre, dann wäre das für mich einfacher. Dann würde ich Neustadt anrufen: Passen Sie mal auf, wir brauchen da ein anderes Fahrzeug. Dann würde ich von Neustadt - - Die von Neustadt würden dann sagen: Paßt auf, das Fahrzeug wird dorthin geschickt.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Verstehe ich das jetzt richtig, daß Sie für diese Nacht praktisch nur für den BGS die Wache hatten, aber nicht für andere?

Lüder: Wir hatten, ich hatte die Wache für die anderen mit. Ja.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Aha, das verstehe ich dann trotzdem nicht.

Aber, ich möchte Sie dann trotzdem noch einmal fragen: Um 0:49 Uhr, kam diese Meldung vom MRCC Bremen, daß die Dänen dabei sind, die Leute von Bord runter zu holen. Damit war klar, daß das Fahrzeug über kurz oder lang führerlos sein würde. Sie wußten, daß das Fahrzeug 30 sm vor Esbjerg lag - ungefähr -, und Sie haben eben auch gesagt, daß Sie wußten, daß wir Nordwestwind hatten. Damit war eigentlich bereits doch schon um 0:49 Uhr klar, daß dieser Havarist in die deutsche Außenwirtschaftszone treiben würde?

Lüder: Das ist nicht gesagt, daß es nun gerade bei uns eintreiben würde. Denn das

Fahrzeug hatte ja hinterher noch Maschinenantrieb, und es lief ja auch noch mit Maschine - was keiner wußte.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Dann habe ich noch eine Zusatzfrage: Normalerweise sind Sie auf die Informationen angewiesen, die Sie bekommen. Das ist klar, anders kann es auch gar nicht sein. Ziehen Sie von sich aus auch Informationen in Fällen von Havarien ein, daß Sie beispielsweise an MRCC Aarhus oder Esbjerg herantreten oder an andere Stellen, die solche Einsätze leiten?

Lüder: Es wäre in jedem Fall so gewesen, daß Dänemark hätte an uns herantreten müssen.

Abg. Dr. von Hielmcrone: Ja, gut. Aber Sie können ja vielleicht auch umgekehrt auf die Idee gekommen sein, an Dänemark heranzutreten. Oder ist das nicht üblich?

Lüder: Dann hätte, vielleicht wäre das von Emden - - Das ist nicht üblich. Dann wäre das vielleicht von MRCC Bremen gekommen, daß die das für uns gemacht hätten. Für sich selbst - -

Vorsitzender: Herr Hentschel.

Abg. Hentschel: Nein.

Vorsitzender: Herr Maurus.

Stellv. Vorsitzender: Herr Holtz, nur noch einmal. Die Anrufe, die bei Ihnen unter 309 reingegangen sind - - Das ist Ihr Apparat, ja?

Lüder: Ja.

Stellv. Vorsitzender: Die haben Sie auch weitergegeben, oder die haben Sie an Herrn Holtz von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung weitergegeben?

Lüder: An das ZMK, ja.

Stellv. Vorsitzender: Gut. Danke.

Vorsitzender: In welcher Form haben Sie das weitergegeben? Das hatte ich eben nicht

gehört. Mündlich über den Tisch durch den Raum?

Lüder: Mündlich über den Tisch durch den Raum, ja. Blickkontakt.

Vorsitzender: Danke schön.

Ich habe keine weiteren Fragen und bedanke mich bei Ihnen, Herr Lüder, für den Ausschuß, daß Sie uns Rede und Antwort gestanden haben.

Wir setzen dann in fünf Minuten die Befragung mit dem Zeugen Kesting fort.

(Unterbrechung: 14:57 bis 15:05 Uhr)

Vorsitzender: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir setzen die 24. (12. öffentliche) Sitzung des Ausschusses fort. Ich bitte Platz zu nehmen.

Vernehmung der Auskunftsperson Dieter Kesting

Wir setzen die Einvernahme von Herrn Kesting im Anschluß an die Sitzung vom 22. März dieses Jahres fort. Herr Kesting, herzlich willkommen. Die Technik kennen Sie ja mittlerweile: Rechte Taste drücken, dann haben Sie eine ausgezeichnete Darstellung Ihrer Aussagen.

Nachdem Sie Ihre Ausführungen gemacht haben, sollten wir in die Befragung eintreten. Da Herr Maurus einen dringenden Termin hat, bekommt zunächst Herr Maurus das Wort.

Stellv. Vorsitzender: Herr Kesting, Sie haben uns am 22. März - auf Seite 55 des Protokolls nachzulesen - gesagt: „Wir sind natürlich seit dem 26. 10. mit zunehmender Beanspruchung an dieser Havarie beteiligt gewesen.“ Wenn Sie mir noch einmal kurz Ihr eigenes Eingebundensein vom 26. bis 28. darstellen könnten, wäre ich Ihnen dankbar.

Kesting: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wenn ich mich richtig entsinne, habe ich schon am Sonntag - das war der 25. - aus den Medien erfahren, daß da oben eine Havarie vorgekommen ist. Ich meine, es wäre abends schon im Fernsehen gewesen. Oder ich habe es am anderen Morgen im Rundfunk gehört. Ich bin dann zum Dienst gekommen, und so, wie ich mich entsinne, habe ich dann einen Mitarbeiter gebeten, mal beim ZMK vorzufühlen, was da eigentlich los ist, damit wir eine sich entwickelnde Lage von Anfang an mitplotten konnten. Das hat er dann getan. Sie können das in unseren Unterlagen nachsehen. Er hat dann eine erste Lageeinschätzung durch das ZMK bekommen. Dann sind wir bis zum 28. in etwas größeren zeitlichen Abständen über die Entwicklung unterrichtet worden. Die letzte Nachricht am 28. war dann - ja, ich meine,

es wäre am 28. gewesen -: Das Schiff liegt vor Anker, wir versuchen, eine Schleppverbindung herzustellen.

Dann kam am 28. abends 22:45 Uhr der Anruf von meinem Mitarbeiter Dr. Grett: Man hat versucht, das Schiff abzuschleppen. Die Schleppverbindung ist gerissen. Das Schiff treibt auf die Untiefen südwestlich Amrum zu. Auf meine Frage, was denn noch zu tun wäre - - Ich habe gefragt: Welche Schiffe sind im Einsatz? Sind die beiden Bundesschiffe dort? Ist die „Oceanic“ dort? Er hat gesagt: Die sind zwar da, aber sie können nicht mehr ran, weil das Wasser schon zu flach ist und weil wir schwere Grundseen haben. Bei den Tiefgängen dieser Schiffe wären die Schiffe dort in den Grundseen gefährdet. Sie können also nichts mehr machen; wir müssen abwarten.

Dann ging es am Donnerstag morgen weiter. Ich hatte das letzte Mal schon vorgetragen, welche Unterrichtungen wir veranlaßt haben. Ich verzichte mit Ihrer Einverständnis auf eine Wiederholung. Dann haben wir am Donnerstag bei uns die Fortführung dieser Lage in Angriff genommen und haben uns darauf eingestellt. Wir haben Vorwarnungen an das Staatliche Umweltamt gegeben. In unseren Unterlagen befindet sich ein entsprechendes Fax, das wir an das Staatliche Umweltamt Schleswig gerichtet haben, das dann am 30. noch einmal etwas intensiver herausgegeben worden ist, wo wir schon gewisse Grundvorstellungen, wie wir uns eine Bereitstellung von Material vorstellen, dem Staatlichen Umweltamt mitgeteilt haben, damit die sich auf unsere Führungsvorstellungen einstellen konnten.

Wir haben dann am 30. - -

Stellv. Vorsitzender: Herr Kesting, meine Frage bezog sich erst einmal nur auf die Zeitraum zwischen dem 26. und 28.

Kesting: Entschuldigung.

Stellv. Vorsitzender: Sie haben eben dargestellt, daß Sie von sich aus am 26. 10. tätig

geworden sind, um eine Lageeinschätzung durch den ZMK gebeten hatten. Können Sie uns diese Lageeinschätzung noch einmal darstellen? Mit erscheint das besonders wichtig aufgrund der Vernehmungsergebnisse von heute auch.

Kesting: Es kam durch: Das Schiff treibt nordwestlich von Sylt. Es sind zwei Bundes-schiffe unterwegs, nämlich die „Mellum“ und die „Neuwerk“. Man wird versuchen, zu löschen bzw. eine Schleppverbindung herzustellen, um das Schiff dann abzuschleppen. So etwa die Einschätzung damals. Das ist mündlich gelaufen. Ich bitte also um Nachsicht, wenn da vielleicht die eine oder andere Ungenauigkeit drin ist. Aber so etwa ist das aus dem Gedächtnis gelaufen.

Stellv. Vorsitzender: Sie haben uns während Ihrer Vernehmung noch einmal die Rechtsgrundlagen aufgezeigt, haben noch einmal Bezug genommen auf das Landeswassergesetz, auch noch mal Ihre Zuständigkeit definiert, indem Sie sagten: „Zu diesen Gewässern“ - nämlich zu den Gewässern erster Ordnung - „gehören auch die Küstengewässer, das heißt, das Meer zwischen der Küstenlinie und der Hoheitsgrenze, der 12-Meilen-Zone.“ Sie wußten damals also, daß sich dieses Schiff, dieses Fahrzeug auf diese Küstengewässer zubewegt bzw. sich auch in diesen Küstengewässern befindet?

Kesting: Es befand sich zu dem Zeitpunkt noch nicht in den Küstengewässern. Es war noch nördlich der deutsch-dänischen Grenze. Aber wir mußten natürlich bei der Wetterlage, die wir hatten, damit rechnen, daß es in die deutschen Küstengewässer verdriften würde. Das ist richtig.

Stellv. Vorsitzender: Am 27. hatten wir eine Meldung, daß sich die „Pallas“ viereinhalb Seemeilen vor Sylt bewege.

Kesting: Das ist richtig. Das ist zu dem Zeitpunkt gewesen, als die „Mellum“ die Schleppverbindung mit den Polypropylenleinen hergestellt hatte. Diese Einzelmeldung

ist bei uns nach meiner Erinnerung aber nicht aufgelaufen.

Stellv. Vorsitzender: Sind Sie denn weiter am Ball geblieben, oder ist es bei der ersten Kontaktaufnahme geblieben?

Kesting: Der Einfachheit halber gucke ich in unser Tagebuch. Da haben wir die einzelnen Kontakte notiert. Dieser eben erwähnte Kontakt - ich muß mich berichtigen - ist ein Anruf der Sonderstelle der Länder gewesen, nicht von uns aus: Frachtschiff vor Sylt treibend, ohne Besatzung in Brand geraten. 26. 10., 11:15 Uhr. Dann haben wir noch einmal Kontakt aufgenommen mit der Sonderstelle des Bundes, weil wir natürlich wissen wollten: Was ist das eigentlich für ein Schiff? Was hat es geladen? Wir wußten im Augenblick nichts, als daß das Schiff brennt, und die ungefähre Größenordnung. Wir haben dann erfahren, daß es sich um die „Pallas“ handelt. Abmessungen, Tiefgang und ähnliche Dinge sind uns mitgegeben worden, so daß wir einen Überblick hatten, was das überhaupt für ein Schiff ist, das dort auf uns zukommt. Uns wurde mitgeteilt, daß vermutlich 580 t Schweröl und 142 t Dieselöl an Bord seien. So ist es hier bei uns notiert.

Um 14:01 Uhr hat der Mitarbeiter aus unserer Abteilung wieder nachgefragt und hat gesagt: So, Leute, was ist denn nun mit dem Schiff? Dann ist ihm diese Positionsangabe angegeben worden: 18 Seemeilen westlich Sylt mit Drift nach Südsüdost. „Mellum“ und „Neuwerk“ - das ist meine Aussage von eben - sind auf dem Weg zur „Pallas“ und werden gegen 15 Uhr eintreffen.

Dann eine weitere Nachfrage um 16:20 Uhr beim ZMK, Nachfrage zum aktuellen Stand vor Ort. Auskunft: „Neuwerk“ hat die Löscharbeiten erfolgreich abgeschlossen. Es kommt gerade die Meldung, daß eine Schleppverbindung in diesem Moment hergestellt wird. - Das muß der erste Versuch der „Neuwerk“ gewesen sein, mit dem schweren Schleppdraht eine Verbindung herzustellen.

Dann kommt die nächste Meldung am 27. 10. um 10:15 Uhr wieder vom ZMK an meinen Mitarbeiter: Die „Mellum“ hat die „Pallas“ im Schlepp und läuft zur Zeit auf südlichem Kurs etwa 25 Seemeilen vor Helgoland mit dem Ziel, die „Pallas“ auf eine Sicherungsposition in Helgoland zu bringen, also windlee und wellenlee von Helgoland.

Stellv. Vorsitzender: Darf ich noch mal fragen, wie Sie diese Meldung bewertet haben?

Kesting: Wir haben Sie in dem Augenblick bewertet als „es ist ein Risiko da, aber kein aktuelles Risiko, auch keine aktuelle Gefahr, daß das Schiff strandet“. Die potentielle Gefahr ist natürlich da. Jede Schleppleine, egal wie stark sie ist, kann brechen bei den Witterungsverhältnissen, die wir hatten. Aber eine aktuelle Gefahr sahen wir nicht.

Dann ist uns auch gemeldet worden, daß die „Neuwerk“ außer Gefecht gesetzt war, weil sie einen Tappen in die Schraube gekriegt hatte. Es war schon eine ziemlich genaue Meldung über das, was da draußen ablief.

Um 15:40 Uhr hat mein Mitarbeiter dann noch einmal nachgefragt. Da war meines Wissens die Schleppverbindung zur „Mellum“ schon gebrochen. Jedenfalls hat er dann die Auskunft bekommen: Es ist geplant, von der „Pallas“ einen Anker auszubringen, um das Schiff festzulegen. Die Schleppfahrzeuge werden bis morgen vor Ort bleiben. Dann sind weitere Aktionen geplant.

Dann haben wir um 16:10 Uhr noch einmal zusammenfassend das StUA Schleswig, damit die in der Lage blieben, über diese Situation unterrichtet. - Das waren die Aktivitäten am 27. 10.

Am 28. 10. habe ich hier einmal einen Vermerk von 15:35 Uhr: Es ist gelungen, mit Assistenz der „Oceanic“ eine Schleppverbindung herzustellen. Da ist fälschlicherweise drin, weil man das wohl irgendwie ver-

mutet hatte, daß die Trosse an der Ankerkette angesteckt war - das war ja nicht der Fall -, und daß die „Mellum“ mit zwei bis drei Knoten Richtung Elbe schleppt, weil das schon klar war, daß der Nothafen für das endgültige Löschen des Brandes Cuxhaven sein würde. Es bestand ja eine stabile Schleppverbindung, so daß die ursprüngliche Absicht, die Schleppverbindung zu wechseln, also von der Polypropylenleine auf den Stahldraht, praktisch obsolet geworden war.

Dann ist hier nach meinen Protokollen Herr Dr. Grett um 22:30 Uhr unterrichtet worden. Dann sind wir wieder in der Lage, wie sie sich von da aus darstellte.

Stellv. Vorsitzender: Das heißt also, in der ersten Phase haben Sie aufgrund der Lagebeurteilung, die Sie aufgrund der Ihnen zugänglichen Informationen gezogen hatten, keinen Anlaß gesehen, weiter tätig zu werden, oder keine Zuständigkeiten abgeleitet?

Kesting: Wir haben keine Zuständigkeiten abgeleitet. Wir haben das auch nicht für zweckmäßig gehalten, weil wir den Eindruck hatten, die Kollegen von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sind am Ball. Sie haben leistungsfähige Schiffe vor Ort. Es waren immerhin drei beziehungsweise vier Schiffe auf See. Wir sahen praktisch keinen Raum, um unsererseits noch tätig zu werden und noch ein Schiff hinzuschicken oder ähnliches. Ich will noch einmal ganz deutlich sagen: Wir sahen auch keine akute Gefahr einer Strandung. Wenn Sie die Kleine Anfrage der Abgeordneten Happach-Kasan sehen, da wird gefragt: Ab wann war der Landesregierung bekannt, daß ein Schiff mit der Gefahr der Strandung auf die Küste zutreibt? Darauf ist eine doppelte Antwort gegeben worden. Die eine Antwort ist von uns. Da steht drin: Etwa 22:45 Uhr. Das war nämlich der Zeitpunkt, zu dem definitiv feststand: Dieses Schiff hält von der Küste keiner mehr weg, wenn nicht ein ganz großer Glückstreffer passiert, daß der Anker faßt. Es ist eine andere Antwort darin, die aus dem Innenministerium kommt, das gesagt

hat, es war, glaube ich, am 25. oder 26. bekannt. Aber am 26. konnte man nicht von einer realen und akut bevorstehenden Gefahr der Strandung sprechen.

Stellv. Vorsitzender: Gut, Herr Kesting. Ihre eigene Zuständigkeit haben sie dann im Grunde erst wieder gesehen, nachdem das Schiff auf die Sandbank aufgelaufen war oder der ELG-Fall am 28.10. verkündet wurde?

Kesting: Das ist richtig. Unsere Zuständigkeit, und zwar auch nur indirekt über den ELG-Fall, war gegeben am 28. um 22:45 Uhr, als der ELG-Fall nach unserem Verständnis - Sie wissen, daß es da Meinungsverschiedenheiten gibt - ausgerufen war und wir dann an dem, was geschah, an der Entwicklung der Strategien über die ELG mitzubestimmen hatten.

Stellv. Vorsitzender: Das mit den Meinungsverschiedenheiten ist mir noch nicht ganz klar. Können Sie uns die noch einmal deutlich machen, die es da gibt?

Kesting: Ja. Wenn Sie in den Akten nachsehen, werden Sie sehen, daß dort auch die Auffassung vertreten wird, dieser ELG-Fall sei erst dann eingetreten, als Herr Dr. Grett am 30. 10. nach Cuxhaven geschickt worden ist, als das Öl frei wurde. Die ELG-Richtlinie sagt aber ganz eindeutig: wenn das Freiwerden von wassergefährdenden Stoffen - etwas umfassender - droht. Und das drohte jedenfalls mit einigen Stunden Verzögerung ab 28. abends. Es war ein Zufall, ob das Schiff nun stranden würde oder ob der Anker noch einmal fassen würde.

Stellv. Vorsitzender: Herr Kesting, diese ELG-Richtlinie und die ELG als Bundesländer-Einrichtung, ist die aus Ihrer Sicht eigentlich handlungsfähig?

Kesting: Aus Anlaß der „Pallas“ haben wir keinen Anlaß zu Beanstandungen gehabt. Es hat die üblichen Meinungsverschiedenheiten gegeben, natürlich, und man hat sich auch mal ein bißchen länger über das eine oder

andere unterhalten. Aber die Entscheidungsfindung selbst bei uns und umgekehrt auch in der ELG hat unter dieser Konstruktion nicht gelitten.

Stellv. Vorsitzender: Wie vertraut ist Ihnen und ist Ihren Mitarbeitern diese ELG-Richtlinie?

Kesting: Sie ist uns sehr vertraut, weil das neue Abkommen und letztlich auch die ELG-Richtlinie im wesentlichen unter unserer Federführung erarbeitet worden sind, in 1990 oder Ende der 80er Jahre, der erste Ansatz.

Kesting: Das heißt also, Schleswig-Holstein hat diese ELG-Richtlinie federführend erarbeitet?

Kesting: Zumindest das Abkommen. Das habe ich in den Texten sogar persönlich im wesentlichen gestaltet und erarbeitet. Bei der ELG-Richtlinie war es dann nachher eine gemeinsame Arbeit. Aber wir haben ganz wesentliche Komponenten da reingebracht.

Stellv. Vorsitzender: Könnten Sie bitte das Zusammenspiel zwischen ELG und Ihrem Beauftragten dort und dem Bund noch einmal darstellen?

Kesting: Ja, gerne. Die ELG ist ein Entscheidungsorgan, das darüber entscheidet, was mit dem gemeinsam beschafften Partnergerät in solchen Fällen geschieht. Und es entscheidet über die Strategien und den Einsatz, um sicherzustellen, daß die Partner - jetzt im Falle Schleswig-Holstein, wenn wir betroffen sind -, die immerhin 85 % der Kosten übernehmen, ein angemessenes Mitwirkungsrecht an den fälligen und kostenträchtigen Entscheidungen haben. Es ist dabei ganz unterschiedlich. Die ELG hat natürlich ein Initiativrecht. Sie kann von sich aus eine Lagebeurteilung erstellen und kann sagen: Wir schlagen das und das vor, Partner, bitte, setzt das um. Auf der anderen Seite haben wir auch ausgiebig davon Gebrauch gemacht, uns selbst ein Lagebild zu bilden und von uns aus Anträge an die ELG zu stellen

und dann zu sagen: Bitte, liebe ELG, das ist unsere Beurteilung der Lage, wir haben das und das vor, und wir möchten jetzt eure Zustimmung dafür haben, daß das geschieht.

Ich kann das an einem Beispiel festmachen: Der Antrag, die „Norderhever“ schon relativ frühzeitig für den Einsatz klarzumachen, ist zum Beispiel aus der ELG gekommen. Der ist nicht von uns gekommen. Der Antrag, die „Bottsand“ - das andere Extrem - aus der Ostsee in das Bekämpfungsgebiet zu verlegen, ist von uns an die ELG herangetragen worden, und die haben dann zugestimmt. Es ist also ein Wechselspiel. Jeder hat das Initiativrecht. Da wir uns alle sehr guten kennen - eben aus der langen Vorgeschichte -, entstehen dadurch auch keine Probleme. Ich habe keine Probleme gehabt. Ich habe auch - um das ganz deutlich zu sagen - in keinem Fall von meinem fachlichen Weisungsrecht gegenüber dem ELG-Beauftragten in dem Sinne Gebrauch machen müssen, daß ich ihm gesagt hätte: Ich weise Sie jetzt im Rahmen meiner Fachaufsicht an, das zu tun. Wenn ich den angerufen habe, habe ich gesagt: Hören Sie mal, führen sie mal einen Beschluß herbei, das und das hätten wir gerne. Dann hat er das gemacht, ohne daß ich das mit dem Wort „Weisung“ verbunden habe. Dafür bin ich allerdings auch sein Abteilungsleiter.

(Heiterkeit)

- Na gut, ich kann das ja sagen: Man macht mir nicht den Vorwurf, daß ich zu lasch führe.

Stellv. Vorsitzender: Herr Kesting, gibt es denn Szenarien, die vorher schon mal skizziert worden sind, die ähnliche Abläufe beinhalten, wie wir sie hier erlebt haben?

Kesting: Ein solches Szenario nicht. Sowohl was die öffentliche Wirkung anbelangt, vor allen Dingen aber was die Dauer der Bekämpfung anbelangt und was die Schwierigkeit der Seeverhältnisse und der Wetterverhältnisse anbelangt, haben wir keinen Vorläufer gehabt. Wir haben Szenarien mit grö-

ßeren Ölmengen gehabt, die problematischer waren, aber die dann von den Witterungsbedingungen und vom Einsatzgebiet her wesentlich einfacher waren und daher auch besser oder schnell gehandelt werden konnten und nicht die öffentliche Aufmerksamkeit erregt haben.

Stellv. Vorsitzender: Das waren aber echte Szenarien, die Sie jetzt darstellen?

Kesting: Das waren echte.

Stellv. Vorsitzender: Gibt es virtuelle?

Kesting: Es hat Übungen gegeben, Planspiele und Stabsrahmenübungen der ELG in der Vergangenheit. Aber auf einen solchen Ablauf, soweit ich das in Erinnerung habe, hat man sich bei diesen Übungen nicht eingestellt. Das war echt ein neuer Fall, der zum ersten Mal in diesem Umfang und dann auch gleich scharf aufgetreten ist.

Stellv. Vorsitzender: Haben die Ergebnisse, die Sie aus diesen Übungen gewonnen haben, irgendwo ihren Niederschlag gefunden?

Kesting: Vorschriften sind, soweit ich das in Erinnerung habe, aufgrund dieser Übungsergebnisse nicht verändert worden. Natürlich sind diese Übungen eine Schulung für die Mitarbeiter gewesen, genauso wie wir Planspiele durchführen, aus denen wir nicht unbedingt für die Verwaltungsvorschriften oder ähnliches Konsequenzen ziehen, die aber die Mitarbeiter schulen, so daß sie im Falle eines Falles auch fit sind.

Stellv. Vorsitzender: Es gibt ja einen Katastrophenabwehrplan. Haben diese Erfahrungen, die Sie da gemacht haben, Eingang gefunden in diesen Katastrophenabwehrplan?

Kesting: Sie meinen den Katastrophenabwehrplan des Innenministers?

Stellv. Vorsitzender: Ja.

Kesting: Nach meiner Einschätzung nicht.

Stellv. Vorsitzender: Gibt es denn ergänzend zu dem Katastrophenabwehrplan des Innenministers einen eigenen Teil, der dem Ressort zugeordnet ist?

Kesting: Ja, den gibt es, und zwar für den Ressortbereich.

Stellv. Vorsitzender: Wann ist der das letzte Mal fortgeschrieben worden?

Kesting: Das ist unterschiedlich. Und zwar darf ich daran erinnern, daß ich das letzte Mal sehr deutlich gesagt habe: Wir führen dezentral und nach Auftragstaktik. Das heißt, ein großer Teil der Verantwortung liegt bei den Staatlichen Umweltämtern. Deswegen liegt der Schwerpunkt dieser Vorbereitung und der Schwerpunkt dieser Abwehrpläne natürlich bei den Abwehrplänen der Ämter. Die Ämter haben eigene Abwehrpläne, in denen die notwendigen Angaben enthalten sind, damit sie aus dem Stand heraus tätig werden können. Das reicht vom Verwaltungsabkommen über die ELG-Richtlinie über Vordrucke für Verwaltungsakte und andere Dinge bis zu den Telefonnummern, die sie brauchen, bis zu Ablaufplänen, Karten, Rechtsgrundlagen - also was man sich vorstellen kann.

Die sind unterschiedlich fortgeschrieben. Die Abwehrpläne für die beiden Ämter Kiel und Itzehoe sind brandneu. Die sind 1999, meine ich, erstellt worden. Der Plan für das StUA Schleswig ist in seiner Gesamtheit - meine ich - 1996 einmal neu überarbeitet worden, ist dann nur fortgeschrieben worden, was die Telefonnummern angeht. Hintergrund ist: Das Staatliche Umweltamt Schleswig ist zur Zeit noch an drei verschiedenen Dienstplätzen untergebracht: in Heide, Husum und Flensburg. Der Teil, der für die Ölschadensbekämpfung zuständig ist, ist in Husum untergebracht. Wir haben eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem ALR und dem Staatlichen Umweltamt, daß man sich gegenseitig aushilft. Die haben zur Zeit noch einen einheitlichen Abwehrplan, nämlich für Sturmflutkatastrophen und für Öl. Das wird aber geändert werden.

Stellv. Vorsitzender: Meine Frage hatte eigentlich den Hintergrund, daß die Kollegin Happach-Kasan ja in der 28. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags nach einem Notfallkonzept gefragt hatte. Ich frage Sie jetzt auch noch einmal als Abteilungsleiter: Gibt es denn ein Notfallkonzept für solche Lagen?

Kesting: Das ist letztlich eine Definitionsfrage. Natürlich steht auf diesen Abwehrplänen nicht „Notfallkonzept“ drauf, sondern „Ölalarmplan“. Es gibt ergänzend dazu einen entsprechenden Alarmplan in unserem Hause für besondere Lagen. Der gehört mit dazu. Es gibt dann die entsprechenden Telefon- und Anschriftenverzeichnisse, so daß die Erreichbarkeiten gewährleistet sind. Und es gibt dann auf Bundesebene - wenn man das nun sehr weit zieht - für die Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten Entsprechendes. Ein Notfallkonzept in dem Sinne, daß ein Drehbuch vorliegt, in das man reinguckt, die Randbedingungen einer Havarie eingibt und dann wie quasi an einem Ablaufplan verfolgen kann, was man im einzelnen zu tun hat, gibt es nicht.

Stellv. Vorsitzender: Vielen Dank. Ich möchte hierzu Ihren Vermerk an X MB 6 im Hause zur Fragestunde vom 4. Dezember 1998 als Beweis mit einführen. Ich verzichte, Ihr Einverständnis voraussetzend, auf die Verlesung. Dort beschreiben Sie ebenfalls den Komplex, den Sie eben dargestellt haben, und schließen: Ein solches Notfallkonzept gibt es nicht und kann es auch nicht geben.

Kesting: In dem Sinne, wie ich es zuletzt geschildert habe, ja.

Stellv. Vorsitzender: Dann möchte ich noch einmal kurz auf die Organisation zu sprechen kommen. Nach der Strandung hat sich das alles ja ein bißchen weiterentwickelt. Sie führen aus, ein Notfallkonzept hat es eigentlich nicht gegeben. Wie ist die Zusammenarbeit dort eigentlich organisiert worden zwischen Ihnen, Ihrem Haus, ELG?

Kesting: Die ELG-Richtlinie und das Verwaltungsabkommen enthalten zumindest in den Grundsätzen die wesentlichen Elemente der Zusammenarbeit, nämlich die ELG beschließt über die Strategien, über das zur Verfügung zu stellende Partnergerät. Die Partnerbehörden setzen dann um, haben also praktisch die operative und taktische Führung. Das ist festgelegt. Wir haben dann bei den Staatlichen Umweltämtern die Ölalarmpläne mit dem Verzeichnis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in einem solchen Fall an der Beherrschung eines solchen Falles mitzuarbeiten haben. Die bilden dann im Grunde genommen einen örtlichen Einsatzstab mit den üblichen Stabselementen, wie man das kennt, von S 2 über S 3 bis S 4. S 1, Personal, spielt meistens keine Rolle. Spiegelbildlich dazu richten wir in einem solchen Fall in meiner Abteilung einen entsprechenden Stab ein und holen uns dann die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wir dafür brauchen. Da gibt es bei uns keine feste Zuordnung. Das ist auch nicht praktisch, weil natürlich in einem Ministerium, in einer Ministerialabteilung, zumal wenn sie ein Gebiet abdeckt, das politisch interessant ist, auch eine rege Dienstreisetätigkeit in das Bundesgebiet hinein da ist. Zu diesem Stab gehören mein Vertreter, ich natürlich als Leiter und dann, wenn sie verfügbar sind, bevorzugt die beiden Vertreter des ELG-Beauftragten, und dazu Mitarbeiter, die wir uns im Einzelfall nach der Verfügbarkeit, nach dem Know-how und nach dem Können, das sie haben, aussuchen. So haben wir es hier auch gemacht.

Stellv. Vorsitzender: Herr Kesting, ist es richtig, daß Sie am 9. November 1998 die Aufgaben dieser Stabsabteilung erst einmal definiert haben?

Kesting: Nicht definiert, sondern zu Papier gebracht. Definiert waren sie vorher. Das war im Grunde genommen schon am 30.

Stellv. Vorsitzender: Ich möchte hier als Beweis einführen Ihren Vermerk X 436 - nein, von Herrn Wenzel - vom 9. Novem-

ber 1998, aus dem dies im Detail noch einmal hervorgeht.

Herr Kesting, wie war eigentlich der Minister in dieses ganze Verfahren eingebunden?

Kesting: Wir haben den Minister entweder direkt oder über das Ministerbüro, gegebenenfalls auch mal über die Staatssekretärin, regelmäßig unterrichtet. Ich bin im Augenblick nicht ganz sicher, ob ich ein persönliches Gespräch am 29. mit ihm hatte, weil das auch ein bißchen hektisch zuging, das Einstellen auf die Lage, Organisieren usw. Das erste mit Sicherheit geführte Gespräch war das Gespräch am 30. nach der Personalversammlung. Dort habe ich ihn umfassend über die Situation und meine Lageeinschätzung und die Entwicklung des Szenarios für die nächste Woche unterrichtet und habe entsprechend dann vorgetragen, was wir veranlaßt haben, wie wir uns organisieren wollen, was wir für das Wochenende veranlaßt haben, also die Elemente, die dazu gehören, um zu demonstrieren: So schätzen wir das ein, so sind wir jetzt einsatzbereit, mit den und den Kräften, mit der Organisation. Dann - ich habe das das letzte Mal hier vorgetragen - war die Frage: Ist es zu verantworten, daß er in Urlaub geht, ja oder nein, was wir dann bejaht haben. Dann haben wir, nachdem die Schleppversuche der Reihe nach scheiterten, trotz der günstigen Aussichten wegen der für Donnerstag bzw. Freitag zu erwartenden Springzeit natürlich gemerkt: Es kann kritisch werden. Wir haben uns natürlich entsprechende Szenarien gemacht. Ich habe dann das Ministerbüro gebeten, zu prüfen, wie eine laufende Unterrichtung der Staatssekretärin und des Ministers sichergestellt werden kann. Denn Sie können sich vorstellen, wenn der Fall eintritt, daß das Öl austritt - das war am 3. noch nicht der Fall; das ist ja erst später geschehen -, dann muß man natürlich sicher sein, daß man die Hausspitze unterrichten kann, daß sie verfügbar ist. Das ist das eine. Das andere ist, es hat überhaupt keinen Zweck, alle Woche einmal einen Lagebericht an einen Minister zu geben, sondern er muß na-

türlich in der Lage sein. Sonst kann er nicht mitentscheiden. Da der Minister vielfältige terminliche Verpflichtungen hat, haben wir gesagt: Leute, ihr müßt euch nun entscheiden, wie ihr das machen wollt. Entweder unterrichten wir den Minister direkt. Dann muß ich aber, damit wir arbeitsfähig bleiben - ich kann nicht dauernd hinterherlaufen, sondern ich muß ja an den Entscheidungen mitwirken -, einen festen Lagebriefing-Termin pro Tag haben. Oder dann, wenn das nicht geht, müßt ihr die Verantwortung dafür übernehmen, daß der Minister unterrichtet wird. Ihr sitzt hier bei mir bei jeder Stabsbesprechung dabei. Ihr müßt das aufnehmen und müßt dann den Minister so unterrichten, wie ihr Kontakt mit ihm habt. Man hat sich dann für das zweite Verfahren entschieden.

Stellv. Vorsitzender: Herr Kesting, Sie haben das letzte Mal gesagt, als sich die Entwicklung am 29. 10. abzeichnete: Was machen wir nun? Am 29. hat ja auch eine Kabinettsentscheidung stattgefunden bzw. - besser gesagt - hat sich das Kabinett das erste Mal damit auseinandergesetzt. Haben Sie den Minister denn auch auf diese Kabinettsitzung vorbereitet?

Stellv. Vorsitzender: Ich kann mich nicht daran erinnern. Deswegen war ich vorhin so unsicher, ob ich mit ihm gesprochen habe. Ich bin gar nicht mal sicher, ob ich ihn an dem Morgen überhaupt gesehen habe. Ich glaube, die Kabinettsitzung hat sehr früh angefangen. Ich weiß gar nicht mal, ob er ins Haus gekommen ist. Jedenfalls ist mir im Augenblick nicht bewußt, daß wir etwa ein schriftliches Lagebriefing für den Vortrag im Kabinett mitgegeben haben. Ich kann mich nicht erinnern. Ich kann gerne noch mal nachgucken, aber ich meine, aus unseren Unterlagen ergibt sich nichts in der Richtung.

Stellv. Vorsitzender: Das heißt also, der Minister ist ohne Vorbereitung da ins Kabinett gegangen?

Kesting: Das weiß ich nicht. Es kann ja sein, daß das Ministerbüro ihn unterrichtet hat.

Stellv. Vorsitzender: Und das Aktivwerden des Ministers beschränkte sich auf das Annehmen von Informationen? Oder gab es auch irgendwelche Rückfragen, auch Kontaktaufnahmen zum ZMK über Sie oder zur ELG?

Kesting: Ja, es gab diese Rückfragen; denn das ist ja das normale Informationsgeschäft. Das besteht ja nicht nur in einer einseitigen Information. Natürlich kommen Fragen und auch Erwägungen, die man anstellt, ob das oder das beachtet worden ist. Das ist ein ganz normales Lagegespräch.

Stellv. Vorsitzender: Ein Aktivwerden des Ministers selber, wo er bestimmte Vorgaben an Sie gemacht hat, gab es bis auf den einen Fall nicht?

Kesting: Nein. Ich muß auch sagen: Wir waren - Sie kennen meine Aussage - Herr der Lage. Wir waren die Fachleute, sowohl was die Führungstechnik anbelangt als auch die fachliche Beurteilung der Situation. Ich bitte um Nachsicht, wenn das vielleicht unangemessen ist gegenüber einem Minister: Er hatte da auch wenig Chancen, einzugreifen, weil wir ja im Grunde genommen sehr vorausschauend geplant haben und die entsprechenden Planungen aufgestellt haben.

Stellv. Vorsitzender: Und als er eingegriffen hat, haben Sie - -

Vorsitzender: Wir müssen noch mal präzisieren: Bei diesem einen Fall ist das Öleinschlängeln, Beginn mit dem 14.11., gemeint, ja? Nur noch mal zur Klarstellung.

Stellv. Vorsitzender: Darauf wäre ich gleich zu sprechen gekommen. Da hatten Sie ja noch einmal sehr deutlich gemacht, daß das Einschlängeln des Wracks uneffektiv ist. Sie haben noch einmal die Kostenseite aufgeworfen und haben dann auch vermerkt: Frau Staatssekretärin Berg möge dieser Vermerk schnellstmöglich vorgelegt werden mit der Bitte, eine Entscheidung umgehend herbeizuführen. Sie haben dann weiter fortgeführt: Da ich offensichtlich nicht mehr das

Vertrauen des Ministers in meine fachlichen Fähigkeiten zur Lagebeurteilung und zur Entscheidung besitze, bitte ich, mich mit sofortiger Wirkung von meiner Funktion als Leiter des Einsatzstabes abzulösen. Ich darf das auch als Beweisstück hier mit einführen.

An anderer Stelle haben Sie in Ihrer Vernehmung noch einmal deutlich gemacht, daß das Arbeiten auch durch erforderliche Genehmigungen immer mehr erschwert würde. Welche Genehmigungen meinen Sie denn da?

Kesting: Ich kann es nur an einigen Beispielen festmachen. Das sind zum Beispiel die abfallrechtlichen Genehmigungen, die in dem einen oder anderen Fall etwas länger gedauert haben. Wir haben nachher, glaube ich, einmal sogar einen Rüffel gekriegt, weil wir die Andienungspflicht gegenüber der SAVA verletzt hatten. Wir hatten einen Entsorger, haben das da hingebacht, und dann hat sich hinterher herausgestellt, daß eine Andienungspflicht gegenüber der SAVA bestand. Wir hatten zunächst Probleme, die Vogelkadaver zu verbrennen und hatten eigentlich den aus ingenieurtechnischer Sicht naheliegenden Weg gehen wollen, sie in Stapelfeld mit dem Hausmüll zu verbrennen. Daraufhin wurde uns gesagt: Achtung, die Verbrennung ist dafür nicht zugelassen. Wir müssen ein immissionsschutzrechtliches Änderungsverfahren durchführen. Das dauert sechs Monate. Da habe ich gesagt: Dann treiben die mit dicken Bäuchen herum. Laßt uns die woanders verbrennen. Dann haben wir sie zur SAVA gebracht. Dort sind sie verbrannt worden.

Stellv. Vorsitzender: Das war das einzige Beispiel?

Kesting: Das war mehr beispielhaft gemeint, als daß dadurch eine ernsthafte Erschwernis der Arbeit eingetreten wäre. Es hat deswegen auf den Inseln keinen Entsorgungsrückstau gegeben.

Stellv. Vorsitzender: Welche Rolle spielte der Haushalt bei den Entscheidungen, die herbeigeführt worden sind?

Kesting: Das ist natürlich eine ganz entscheidende Frage, die aber dadurch gedämpft wird, daß wir nur 15 % der Gesamtkosten tragen. Wir hatten einen Ansatz für die Ölschadensbekämpfung im Haushalt, und es zeigte sich sehr bald, daß dieser Ansatz überschritten wurde. Wir haben dann die Staatssekretärin gebeten, in einem Chefgespräch mit dem Finanzminister dafür zu sorgen, daß entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit wir weiter handlungsfähig bleiben. Das ist dann auch ohne Schwierigkeit gelungen. Es hat keine Probleme gegeben.

Stellv. Vorsitzender: Führte das zu Verzögerungen des ganzen Verfahrens? Mußten Sie noch einmal ausschreiben?

Kesting: Nein.

Stellv. Vorsitzender: Wie haben Sie denn dann ausgeschrieben?

Kesting: Es waren in dem Sinne keine förmlichen Ausschreibungen nach der VOB oder nach der VOL, sondern Preisumfragen bei verschiedenen Firmen, Entsorgungsfirmen oder Transportfirmen. Was den Einsatz anbelangt, also die Firmen, die die Einsatzfahrzeuge stellten, haben wir natürlich nicht ausgeschrieben. Die haben feste Verträge mit uns. Es ging, wenn ich das einwerfen darf, nur um die Entsorgungsfrage.

Stellv. Vorsitzender: Eine letzte Frage von mir, weil ich meinen Kollegen auch noch ein bißchen übrig lassen möchte. Die Ämter für Land- und Wasserwirtschaft sind ja neu geordnet worden. Meinen Sie, daß es sich bewährt hat, den technischen Gewässerschutz von dem ALR in Husum zu trennen, speziell was jetzt die Situation Ölbekämpfung anbelangt?

Kesting: Es hat darauf keinen positiven Effekt gehabt. Es hat es nicht befördert, das ist

klar. Es wäre müßig, das zu behaupten. Ich sehe aber auch nicht die Schwierigkeiten, die entstehen. Ich darf dazu sagen: Natürlich legen wir Wert darauf, daß diese Ämter einen ganz engen Kontakt miteinander behalten, gerade soweit es um Ölbekämpfung im Seegebiet geht. Nun ist es glücklicherweise so, daß die beiden Ämter, die für unsere Küstengewässer zuständig sind, hier in Kiel mit dem Amt für ländliche Räume einen gemeinsamen Standort haben, so daß überhaupt keine Probleme entstehen. In Schleswig ist es nicht ganz so glücklich, weil die künftig nach Schleswig umziehen. Aber wir haben der Not gehorchend, dann aber auch dem eigenen Triebe, wenn Sie so wollen, dem Staatlichen Umweltamt in der Ölwehrhalle in Husum einen „Gefechtsstand“ eingerichtet, wo sie einziehen können, wenn sie solche Lagen zu beherrschen haben, so daß der enge Kontakt gewährleistet ist. Also, wir haben die Trennung mit Verwaltungskunst geheilt, wenn Sie so wollen.

Stellv. Vorsitzender: Ich frage noch einmal nach: Wie beurteilen Sie denn die Äußerung eines leitenden Mitarbeiters des ALR, der sagte, auch nachzulesen: Es klappte dieses Mal noch einigermaßen, weil man sich noch kannte und die Leute wußten, wo welches Material zu finden ist? Man kann dann ja weiter interpretieren: Wenn die Umorganisation schon gelaufen wäre, hätte es noch weitere Schwachstellen gegeben.

Kesting: Nicht weitere Schwachstellen, sondern Schwachstellen. Ich sehe das nicht; ich sage das ganz eindeutig. Durch entsprechende Vorgaben in der Zusammenarbeit, durch Planspiele - wenn man einen ganz großen Aufwand treiben will - ist zu gewährleisten, daß die auch künftig wissen, wo diese Geräte liegen. Sie dürfen nicht vergessen, daß, was den Einsatz der Geräte angeht, jedes Jahr recht intensiv geübt wird, so daß auch die Mitarbeiter von den Staatlichen Umweltämtern natürlich wissen, wo was liegt. Und die Ölwehrhalle ist zwar auf dem Grundstück des ALR errichtet, aber sie untersteht der Verwaltung des Staatlichen

Umweltamtes. Das, was in Zukunft etwas schwierig werden könnte, ist, daß wir natürlich die Verknüpfung zum Küstenschutz nicht mehr haben und nicht beliebig Leute hin- und hertauschen können, die dann auch die nötige Erfahrung in der Beurteilung der Seegangsverhältnisse, der Küstenmorphologie und ähnliches haben. Aber diesen Rat können wir uns, so wie ich das jedenfalls im Augenblick sehe, ohne Schwierigkeiten bei den Ämtern für die ländlichen Räume holen.

Vorsitzender: Danke schön. - Herr von Hielmcrone!

Abg. Dr. von Hielmcrone: Im Protokoll Ihrer Einvernahme ist erwähnt - auf Seite 56 -: „Wir haben ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts erstritten, das - vereinfacht - sagt: Solange der Schadstoff sich im Schiff befindet, ist der Bund zuständig für die Gefahrenabwehr. Wenn er auf dem Wasser schwimmt, sind die Länder zuständig.“ Können Sie sich an dieses Urteil erinnern, und können Sie es auch zur Verfügung stellen?

Kesting: Das kann ich zur Verfügung stellen. Ich müßte es raussuchen lassen. Es ist etwas älter. Aber das können Sie ohne weiteres bekommen. Ich notiere mir das.

Vorsitzender: Herr Schlie!

Abg. Schlie: Herr Kesting, Sie hatten uns in Ihrer Einvernahme mitgeteilt, daß sich die Stellung des MUNF auf einige wesentliche Knackpunkte beschränkt. So wörtlich: „Einmal üben wir selbstverständlich nur über unsere Ämter die Fachaufsicht aus, das ist selbstverständlich, auch in solchen Bekämpfungsfällen. Wir greifen, wenn es nötig ist, auch mit fachaufsichtlichen Weisungen in die Tätigkeit der Ämter ein.“ Das haben Sie ja als einen der Hauptpunkte der strategischen Ausrichtung Ihrer Führung dargestellt. „Ein weiterer wichtiger Punkt“ - so Sie wörtlich weiter - „ist natürlich die einem Ministerium obliegende politische Absicherung, so will ich es mal nennen, also dafür zu sorgen, daß die politische Meinungsbildung

dann in die Wege geleitet wird, die die Arbeit dieser Ämter, dieser Fachämter erleichtert und nicht erschwert.“ Können Sie das noch mal erläutern?

Kesting: Ja. Sie können sich vorstellen, wir haben hier eine Lage, durch die zunächst einmal unmittelbar die Gemeinden vor Ort etwa mit ihren Stränden betroffen sind. Das ist ein hohes Schutzgut für diese Gemeinden. Die sind betroffen. Es ist verständlich, daß die unter Umständen über die Notwendigkeit bestimmter Bekämpfungsmaßnahmen vor Ort eine andere Auffassung haben als wir oder das Amt, das das aus rein fachlichen Gesichtspunkten beurteilt. Wir kennen unser Land. Da ist natürlich der Weg nach Kiel nicht allzu weit und der Anruf bei dem zuständigen Minister oder bei der Ministerpräsidentin natürlich nicht von der Hand zu weisen, daß man anruft und sagt: Eure Beamten machen das und das, das paßt uns nicht, nun macht mal. Dann ist es die vornehmste Pflicht eines Ministeriums, das abzuschirmen; denn - ich kann das belegen an Fällen auch hier aus diesem Bereich - wenn man solchen Pressionsversuchen - wenn ich sie mal so scharf nennen will - zu jeder Zeit nachgibt, dann flattert einem jede Führung aus der Hand, weil natürlich jeder unter seinen lokalen Gesichtspunkten meint, das, was er nun vorhat, ist das Wichtigste. Aufgabe der oberen Führung, aber letztlich auch des Amtes, ist es natürlich, hier auszugleichen und ein gesamtstrategisches Konzept oder operatives Konzept zu ermitteln und danach zu führen. Daß Sie da in der Entwicklung eines solchen fachlichen operativen Konzeptes durch politische oder pseudopolitische Einmischungen behindert werden, das meine ich damit, wenn ich sage: Wir müssen denen politisch den Rücken freihalten. Diese Last der politischen Diskussion muß das Ministerium übernehmen und muß das den Fachbeamten vor Ort von der Hand halten.

Abg. Schlie: Also ist das dann im Ministerium keine administrative Aufgabe, sondern eine politische Führungsaufgabe?

Kesting: Wenn solche politischen - ich sage das mal; legen Sie das nicht auf die Goldwaage - Pressionsversuche - ich sage das mal so, um es deutlich zu machen - im Ministerium ankommen und sich an den Minister wenden, dann ist es sicherlich die Aufgabe des Ministers, dazu nach Rat seiner Fachleute Stellung zu nehmen.

Abg. Schlie: Um solchen möglichen Situationen vorzubeugen, ist natürlich eine ständige Information auch der Hausspitze erforderlich und auch eine ständige Einbindung in solche Ablaufszenarien, wie sie hier auch stattgefunden haben?

Kesting: Eine ständige Information ist erforderlich. Ohne die geht es nicht. Man kann nicht aus einer aktuellen punktuellen Situation heraus solche Entscheidungen treffen. Wir sind davon ausgegangen, daß eine solche Information der Hausspitze durch das Ministerbüro gewährleistet war.

Abg. Schlie: Aber selbst später ist es ja schwierig gewesen, sicherzustellen, daß der Minister Bescheid wußte, was im einzelnen da war. Als es um die Reise zum Holmer Siel ging, beziehe ich mich auf die Seite 69 Ihrer Aussage: „Als ich dann ins Ministerium kam, meine ich, war der Minister auf Dienstreise zum Holmer Siel, um da die Naturschutzstation einzuweihen. Dann haben wir dafür Sorge getragen, daß er die neueste Lageinformation von uns nachgesendet bekam, weil wir befürchteten, daß er aufgrund meiner Lageinformation vom Abend vorher, vom Sonntag, natürlich nicht auf dem neuesten Stand war und dort angesprochen würde. Dann ist es natürlich für einen Minister peinlich, wenn er da nicht antworten kann nach dem neuesten Stand.“ Also Sie sind davon ausgegangen, daß das offensichtlich mit diesen Informationssträngen, für die man sich entschieden hatte, das über das Ministerbüro zu machen, nicht ausreichend war, um zumindest den Minister nicht in eine peinliche Situation vor Ort zu bringen?

Kesting: Das war ein Sonderfall. Das war der 8. und 9. November. Am 8. war Sonn-

tag. Abends habe ich dem Minister in einem Telefongespräch einen letzten Lagebericht übermittelt. Der 9. war der Montag. Er ist gar nicht ins Haus gekommen. Das heißt, es bestand gar keine Chance, daß der Leiter des Ministerbüros oder wer immer das gemacht hat ihm im Hause die neueste Lage mitgab, weil er gar nicht gekommen ist. In diesem Sonderfall haben wir gesagt: Es hilft nichts, wir können den Minister nicht laufen lassen; nur weil er nicht ins Haus kommt, kriegt er die Information nicht. Wir haben gesagt: Dann müssen wir uns dieser Situation anpassen und müssen ihm die Information hinterher schicken. Das war aber ein Sonderfall.

Abg. Schlie: Es hat ja, wie Sie es vorhin darstellten, offensichtlich noch mehrere solcher Sonderfälle gegeben. Denn auch bei dieser Kabinettsberatung am 29. hat es ja auch keine Information - durch Sie jedenfalls aus Ihrer Erinnerung heraus - gegeben. Das habe ich vorhin richtig gehört?

Kesting: Das ist nach meiner Erinnerung so zutreffend.

Abg. Schlie: Dann darf ich mal ein wenig springen. Es ist eine Einzelfrage. Sie haben in Ihrer Einvernahme auf der Seite 60 ausgeführt, daß es darum ging, zu erfahren, um welches Schiff es sich handele. Sie sagten dann: „... wir wußten mittlerweile, daß es ein relativ festes, stabiles Schiff war“. Das war am 30. Woher kam diese Information, daß es ein festes, stabiles Schiff war?

Kesting: Ich muß mich da auch auf meine Erinnerung berufen. Ich hatte, glaube ich, noch einmal mit dem Dr. Grett erörtert: Mensch, wie sieht die Gefahr aus, daß uns der Dampfer gleich beim ersten Aufknallen auf den Sand auseinanderbricht? Ich meine, da hätte er dann gesagt: Da können Sie beruhigt sein, der hat eine sehr hohe Eisklasse. Der fährt da oben in dem Bottnischen Meerbusen. Der hat sehr starke Verbände. Diese Gefahr sehen wir nicht. So etwa hat es sich abgespielt. Ich will mich jetzt nicht auf den Abend festlegen, aber das war die Information, die uns vom ZMK übermittelt worden

ist. Wenn man ein klein bißchen von Statik und Schiffbau versteht, dann weiß man eben, daß eine hohe Eisklasse bedeutet starke Außenbleche, dichter Spantenstand, sehr viel Stringer drin, also eine hohe konstruktive Festigkeit, die bei unseren sandigen Küsten doch recht lange widerstehen kann. Ich denke, das Schiff hat das ja auch bewiesen.

Abg. Schlie: Also, dann war das weniger ein Wissen als eine Vermutung oder eine Schlußfolgerung?

Kesting: Die Eisklasse war Wissen, und die Schlußfolgerung daraus habe ich gezogen oder hat Dr. Grett mit mir zusammen gezogen. Wir sind beide Wasserbauer. Ich hatte ja schon gesagt, wer Wasserstraßen baut, muß natürlich auch wissen, was für Fahrzeuge darauf verkehren. So hatten wir gesagt: Aus unserem konstruktiven Wissen heraus, wie ein solches Schiff gebaut wird, können wir davon ausgehen, daß das dem ersten Ansturm bei der Strandung widerstehen wird.

Abg. Schlie: Dann hat es ja vielfältige Kontakte - das haben Sie auch dargestellt - mit dem Landrat des Kreises Nordfriesland gegeben. Sie haben auch dargestellt, daß Sie selber einmal in Erwägung gezogen haben, vor Ort nach Amrum zu fahren, um die Sache dort einmal zu klären. Sie sagen dann aber: „Das habe ich aus bestimmten Gründen nicht getan. Ich bin ziemlich sicher, daß die enttäuscht gewesen wären, wenn da nicht der Minister erschienen wäre, sondern irgend so ein kleiner Beamter.“ - Ich zitiere natürlich nur; das ist ja selbstverständlich. - Die Frage ist: Wenn Sie die Notwendigkeit gesehen haben - das ist ja offensichtlich so gewesen -, dort vor Ort etwas zu klären, aber selber zu der Schlußfolgerung gekommen sind, das ist ja doch die politische Dimension, die wir vorhin besprochen haben, hier müßte eigentlich aus der Führung des Hauses politische Rückendeckung kommen, gab es denn aus Ihrer Sicht die Notwendigkeit, daß Sie dem Minister vorgeschlagen haben, daß er dahin fährt?

Kesting: Es hat von mir einen Vorschlag gegeben am 3. November. Wir sahen ja, wie sich die Pressearbeit entwickelte, daß unsere Pressesprecherin laufend den Anfragen der Presse hinterher lief. Da sie sie nicht selbst beantworten konnte, war sie natürlich, wenn ein Anruf kam, bei uns und fragte uns: Was ist fachlich los? Dann habe ich ihr gesagt: Liebe Frau, so geht das nicht weiter. So kriegen wir das nie in den Griff. Wir müssen Pressearbeit planen. Ich schlage vor, daß Sie als erstes möglichst schnell eine Auftaktpressekonferenz machen, in der wir die Lage darstellen, wie sie sich jetzt darstellt, in der wir auch Szenarien entwickeln, die sich entwickeln können. Bei einem gestrandeten Schiff ist es letztlich eine Binsenweisheit, daß das natürlich auch mal auseinander gehen kann. Und wir müssen dann in dieser Auftaktpressekonferenz auch darstellen, wie wir uns auf diese denkbaren Szenarien einstellen, was wir an Gerät haben, was wir an Organisation haben, was wir an Material haben. Wenn wir dafür Unterlagen fertigen, würde eine solche Auftaktpressekonferenz natürlich auch den Vorteil bieten, daß wir über unsere Überlegungen die Kommunalpolitiker vor Ort unterrichten könnten. Ich habe sie gebeten, das mal zu bedenken und beim Minister zu beantragen, daß wir so etwas machen. Dann hat sie mir am Mittwoch mitgeteilt, daß der Minister das abgelehnt hat. Da sah ich auch keine Möglichkeit, das von mir aus zu machen. Es bestand eine klare Entscheidung, wir machen das nicht, aus Gründen, die man vielleicht nachvollziehen kann, die mich aber daran hindert, so ohne weiteres schlankweg davon noch mal anzufangen. Es war auch - das muß man nun ganz deutlich sagen; da hat der Herr Bastian sicherlich recht - am Sonnabend reichlich spät. Das muß ich zugestehen. Es war, wenn Sie so wollen, in der Situation - - Er hat das hier ja auch geschildert. Er hat mich belatschert; er hat versucht, mich zu überzeugen - entschuldigen Sie den Ausdruck. Er hat versucht, mich zu überzeugen, ich müßte einen Ablaufplan über die Zuständigkeiten und das Geschehen machen. Das habe ich nun für kontraproduktiv gehalten und habe gesagt:

Das hat nun wirklich keinen Zweck. Das guckt sich jetzt keiner mehr an, sondern wenn, dann müssen wir vor Ort, und dann muß ich oder gegebenenfalls der Minister in die Bresche springen, weil wir dann natürlich auch sofort aktuell Nachfragen beantworten können. Das kann man eben bei einer schriftlichen Vorlage nicht. Aus dem Grunde habe ich dann auch gesagt: Ist gut, da hat er wohl recht, das hat jetzt auch keinen Zweck mehr, jetzt müssen wir da durch.

Abg. Schlie: Mir ging es nur darum, noch einmal den Punkt zu verknüpfen mit dem, was eingangs hier erörtert wurde. Ein weiterer wichtiger Punkt ist natürlich für ein Ministerium die politische Absicherung, also dafür zu sorgen, daß die politische Meinungsbildung dann in die Wege geleitet wird, hier mit diesem Punkt noch einmal in Verbindung zu bringen.

Jetzt möchte ich gerne noch mal nachfragen. Sie haben uns dargestellt, daß es bei diesen ganzen Vertragsverhandlungen dazu gekommen ist, daß Sie juristischen Sachverständigen hinzugezogen haben. „Das letzte Gespräch habe ich abends um 19:10 Uhr geführt mit dem Vertreter der Wasser- und Schifffahrtsdirektion, mit dem Juristen, der die Vertragsverhandlungen oder die Verhandlungen mit dem Reeder führte in Cuxhaven, der mir dann mitteilte, nach seinem Eindruck wolle der aussteigen.“ Um welchen Juristen handelte es sich dort?

Vorsitzender: Geben Sie bitte die Textstelle an!

Abg. Schlie: Auf der Seite 66 im letzten Absatz in der linken Spalte.

Kesting: Das war Herr Meyer. Ich weiß jetzt im Augenblick seinen Dienstgrad nicht, ob er nun Regierungsdirektor ist oder Leitender Regierungsdirektor.

(Zuruf)

- Nein, nein, aus der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Wir haben uns da

einmal unterhalten über die Frage, wie sieht die Vertragsabwicklung aus, weil wir natürlich ein Interesse daran hatten, zu wissen, wie weit die Kameraden mit der Vertragsvorbereitung sind. Das andere war die Frage: Wie gehen wir es an, wenn wir Haftungsansprüche geltend machen? Gehen wir das an durch das Setzen von Verwaltungsakten, also die klassische Form: Androhung von Ersatzvornahme, Ersatzvornahme oder Ausübung unmittelbaren Zwangs? Oder machen wir es auf der Rechtsgrundlage der Geschäftsführung ohne Auftrag? Das waren im wesentlichen die Diskussionspunkte. Das haben wir diskutiert, und nach seinen Einlassungen sind wir dann einvernehmlich dazu gekommen, wir machen das auf der Grundlage Geschäftsführung ohne Auftrag, weil wir da eher einen Titel zur Vollstreckung bekommen. Das war nach meiner Erinnerung das Ergebnis.

Abg. Schlie: Dann meine vorerst letzte Frage: Sie hatten ja in Ihrer Einvernahme auch noch einmal die Führungsdoktrin erläutert und heute ja auch noch mehrmals deutlich gemacht, daß das dezentral zu geschehen habe. Sie haben dann in Ihrer Einvernahme auf der Seite 69, linke Spalte, erster Absatz gesagt: „Wenn ich da sehe, daß die im Wasser rumlaufen, das ist doch absoluter Blödsinn. Wir müssen versuchen, daß wir ihnen fachkundige Berater auf die Inseln schicken, damit da mal einer ist, der so ein bißchen darauf achtet, daß das auch nach den Regeln der Technik gemacht wird.“ Ist das eine Erkenntnis gewesen, die sehr plötzlich auftrat, oder ist das eine Erkenntnis gewesen, die sich aus mehreren Tagen Beobachtung ergeben hat, daß Sie als Vertreter des Ministeriums der Auffassung waren, daß dort nicht nach den Regeln der Technik von den Helfern vor Ort die Sachen erledigt werden?

Kesting: Das war am Sonntag, dem 8., als das erste Öl anlandete. Da ist das aktuell entstanden. Wir hatten zwar vorher mal diskutiert: Was können wir tun, wenn es schwierig wird auf den Inseln? Können wir Fachleute hinschicken, die die beraten? Das

war aber zunächst mehr unverbindlich geblieben, weil wir davon ausgehen mußten, daß die aus den vorangegangenen Fällen - ich darf daran erinnern, daß wir in 1996 einen großen Ölschaden auf Amrum hatten - wissen, wie man das handelt, wie man das handwerklich handelt. Als ich dann sah, die laufen da im Wasser rum, habe ich spontan gesagt: Jetzt reicht's, das geht so nicht weiter. Wir kriegen nachher die Prügel, weil wir sie da möglicherweise alleingelassen haben. Jetzt müssen wir uns überlegen, jemanden da hinzuschicken. Ich habe dann geschildert, wie das dann spontan am nächsten Morgen mit meinem Vertreter organisiert worden ist.

Vorsitzender: Herr Hentschel!

Abg. Hentschel: Ich wollte noch einmal auf den Punkt eingehen Kontakt zur Marineschule in Neustadt. Können Sie noch mal schildern, wie das gelaufen ist? Herr Körner von der Marineschule, ich glaube Korvettenkapitän oder Fregattenkapitän, hat gesagt, daß er nicht mit dem Umweltministerium Kontakt gehabt hat.

Kesting: Das ist richtig. Einen unmittelbaren Kontakt mit dem Umweltministerium als Organisation hier in Kiel hat er nicht gehabt. Er hat Kontakt gehabt mit einem Mitarbeiter des Umweltministeriums, nämlich mit Herr Schell, unserem Vertreter in der ELG. Der Hintergrund war - das hatte ich aber das letzte Mal geschildert -, daß ich aus persönlichen Erfahrungen wußte, daß in Neustadt in Brandbekämpfung ausgebildet wird, auch Feuerwehren. In einem Lagegespräch, das ich mit Herrn Schell führte, habe ich gesagt: Jungs, überlegt euch, ob ihr nicht auch mal Sachverständige braucht, die Schiffsbrandbekämpfung machen. Dann empfehle ich euch, fragt doch mal in Neustadt vorsichtshalber nach. Ich weiß das, ich bin da selber ausgebildet worden - nicht als Mariner, sondern als Sportbootfahrer -, ich kenne die Einrichtung. Die müßten eigentlich in der Lage sein, euch zu helfen und zu beraten. Dann hatte ich selbst versucht, Kontakt zu bekommen. Das hat aber nicht geklappt. Die

hatten mir irgendwie eine falsche Telefonnummer gegeben. Da ich an dem Sonntag anderweitig sehr stark in Anspruch genommen war zu Hause, habe ich Herrn Schell gebeten und gesagt: Paßt mal auf, nehmt Kontakt auf, es ist besser, als wenn das mit der stillen Post über zwei, drei Stationen geht. Ich habe euch jetzt die Adresse vermittelt. Macht das. Das hat er dann gemacht und ist am Montag angereist.

Abg. Hentschel: Auf Seite 71 Mitte links Ihrer Aussage geben Sie an, daß es bei der Anlandung von Apron plus eine interministerielle Arbeitsgruppe gegeben hat, die in Ihrem Hause tagte. Sie bezeichnen das als ideale Lösung. Nun soll der Untersuchungsausschuß auch Konsequenzen aus der Havarie ziehen. Wie sähe für Sie die ideale Voraussetzung für eine solche interministerielle Zusammenarbeit aus?

Kesting: Man wird das sehr differenziert betrachten müssen. Es ist - das hat sich wieder gezeigt - zwingend erforderlich, daß eine Zusammenarbeit zwischen den Ressorts, und zwar unterhalb der Ebene gemeinsamer Entscheidungen oder der Abstimmung von Entscheidungen, erfolgt, weil eine Landesregierung ein Kollegialorgan ist. In diesem Land kann kein Minister draußen sagen: Ich bin nicht Umweltminister, ich sage nichts zu der Havarie. Er wird gefragt werden. Es muß sichergestellt sein, daß seine engsten Mitarbeiter darüber informiert sind, was das federführende Ressort macht, was es entscheidet und warum es das macht, damit jedes Mitglied dieses Kollegialorgans auskunftsbereit ist. Da ist diese lockere Form der interministeriellen Arbeitsgruppe die angemessene, weil sie die bestehenden Strukturen in den jeweiligen Häusern - jedenfalls kann ich das für unser Haus in Anspruch nehmen - nicht anrührt, weil es die Leute nicht aus dem gewohnten Zusammenhang herausreißt, also von ihren Arbeitsplätzen, wo sie ihre Unterlagen haben, und weil sie auch verhindert - was hier auch eingetreten ist -, daß Strukturen doppelt vorgehalten werden. Auf der anderen Seite gewährleistet sie aber die

Information, und zwar die sehr hautnahe und sehr intensive Information der Nachbarressorts. Die sitzen dann dabei, da wird ein Lagevortrag gemacht, und hören aus beruflichem Mund, wie die Lage im federführenden Ressort eingeschätzt wird und können daraus ihre Konsequenzen ziehen. Sie brauchen nicht die volle Arbeitszeit zusammensitzen. Sie brauchen auch nicht jeden Tag zusammenzukommen. Denn wenn es um Entscheidungen geht, wenn sie denn so in die Lage eingeführt sind und die Lage beherrschen durch eine solche Arbeitsgruppe, dann kann man natürlich auch Entscheidungsherbeiführungen oder Antragstellungen an das Nachbarressort auch telefonisch machen. Wir haben hervorragende Fernmeldeverbindungen. Da muß man sich nicht Auge in Auge gegenüber sitzen. Tatsächlich - ich habe das ja das letzte Mal geschildert - hat dieser interministerielle Leitungsstab in seiner vollen Besetzung auch nur in den ersten Phase jeden Tag und dann etwa eine Stunde bis anderthalb Stunden getagt, nicht den ganzen Tag. Das waren nur wir und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innenministeriums, die den ganzen Tag da waren. Also de facto war das eher eine interministerielle Arbeitsgruppe als ein interministerieller Leitungsstab.

Abg. Hentschel: Ist diese Frage der optimalen Organisation in den Gesprächen mit dem Innenministerium diskutiert worden? Das Innenministerium hat ja mehrfach interveniert, um zu einem interministeriellen Leitungsstab zu kommen.

Kesting: Es ist nicht diskutiert worden am 30.10. und am 6.11., weil wir da nach meinem Eindruck - es gibt auch gute Gründe dafür, daß der nicht nur subjektiv war, sondern auch objektiv richtig ist - übereingekommen waren: Die Situation für die Einberufung eines interministeriellen Leitungstabes liegt nicht vor. Als dann erneut der Vorstoß am Montag, dem 9., erfolgte, haben wir dieses Instrument, das wir ja bei Apron plus mit Erfolg eingerichtet hatten, wieder ins Gespräch gebracht und haben auch post-

wendend eingeladen. Diese interministerielle Arbeitsgruppe ist dann am Dienstag, dem 10. 11., bei uns im Hause zusammengetreten. Wenn Sie die Vermerke etwa von meinem Mitarbeiter Herrn Behrens sehen, dann sehen Sie, daß ich da das gesamte Szenario, so wie es sich nachher auch abgewickelt hat, schon vorgestellt habe und gesagt habe: So und so ist das, das und das brauchen wir, und so stellen wir uns den Ablauf vor. Da haben wir dieses Instrument aktiviert. Das ist dann überlagert worden durch die Kabinettsentscheidung, die natürlich vorgeht; das ist klar.

Abg. Hentschel: Eine Frage zur ELG. Wie oft wurde, seitdem das Ganze beschlossen worden ist, die Vereinbarung getroffen worden ist, der ELG-Fall einberufen?

Kesting: Das kann ich mit absoluter Sicherheit nicht beantworten. Es ist aber sicherlich eine zweistellige Zahl von ELG-Fällen, die es gegeben hat. Sie müssen bedenken, das Abkommen in seiner Urfassung besteht von 1975 an, also jetzt 24 Jahre.

Abg. Hentschel: Zweistellig - das heißt, es ist praktisch jedes Jahr in Kraft getreten?

(Vorsitzender: Statistisch!)

Kesting: Statistisch ja. Wenn Interesse besteht: Wir haben eine Zusammenstellung von ELG-Fällen gemacht aus Anlaß der Gutachtererstellung von Herrn Clausen. Ich nehme auch an, daß er das in seinem Gutachten verarbeiten wird. Die könnten wir natürlich dem Ausschuß zur Verfügung stellen.

Abg. Hentschel: Sie gehen also davon aus, daß die Konstruktion der ELG laufende praktische Erfahrungen hat mit diesem Instrument? Oder wechseln da ständig die Leute?

Kesting: Natürlich wechseln die Leute. Aber die notwendige Erfahrung ist da für Fälle dieser Art wie „Pallas“.

Abg. Hentschel: Hat es bisher negative Erfahrungen im Zusammenhang mit ELG-

Fällen gegeben mit der Konstruktion dieser Einrichtung?

Kesting: Aus unserer Sicht bis jetzt nicht; jedenfalls keine gravierenden. Es gibt natürlich immer mal Dinge, wo man sagt: Mensch, da hättet ihr euch auch etwas anders entscheiden können. Aber das sind dann kleinere Sachen gewesen. Es ist jedenfalls nicht so, daß man sagen muß: Die Entscheidungsfindung in der ELG und deren Umsetzung war eine einzige Katastrophe. Das hat es nicht gegeben.

Abg. Hentschel: Sie haben ja die ELG mit konzipiert. Ist die ELG so konzipiert, daß sie selbständig Entscheidungen trifft, oder ist sie auf die Mitzeichnung der jeweiligen Landesministerien und des Bundesministeriums angewiesen?

Kesting: Sie ist so konzipiert, daß sie selbständige Entscheidungen treffen kann, solange nicht Weisungen in irgendeiner Form aus den Landesministerien vorliegen.

Abg. Hentschel: Hat es in der Vergangenheit bei ELG-Fällen Weisungen gegeben, die aus den Landes- und Bundesministerien Einfluß genommen haben? Wie oft ist das der Fall gewesen?

Kesting: Da muß ich etwas zurückhaltend sein. Das ist auch eine Definitionsfrage. Weisungen in der Form, daß ein ELG-Vertreter von seinem Ministerium angesprochen worden ist „Du wirst jetzt den und den Antrag stellen, und wenn der nicht einvernehmlich abgesehnet wird in der ELG, dann wirst du von der Regelung des Verwaltungsabkommens“ - ich glaube, es ist § 5 - „Gebrauch machen, daß du als hauptbetroffener Partner das einfach durchsetzen kannst“ - wenn man das als die weitestgehende Form der Weisung ansieht, ist mir kein Fall bekannt, wo so etwas gemacht worden ist. Nach meinem Verständnis ist natürlich ein Anruf von mir bei meinem Mitarbeiter „Du stellst jetzt dort den Antrag und siehst zu, daß du das durchkriegst“ eine Weisung; das ist selbstverständlich. Da hat

er keine Wahl mehr, ob er den Antrag stellt oder nicht. Da hat es sicherlich eine ganze Reihe solcher Weisungen gegeben, diese kleine Form der Weisung.

Abg. Hentschel: Also auf diese Art und Weise ist es in der Vergangenheit gelaufen. Ist es diesmal auch so gelaufen? Oder gab es einen qualitativen Unterschied in der Art und Weise, wie das Ganze von Schleswig-Holstein aus gesteuert worden ist?

Kesting: Es gab einen qualitativen Unterschied auf jeden Fall zu der Urzeit der ELG, etwa in den 70er oder in den frühen 80er Jahren. Sie müssen bedenken, daß in den 70er und 80er Jahren, als wir am Anfang der Ölschadensbekämpfung standen, auch in den Landesressorts die Leute, die was von Ölschadensbekämpfung verstehen, eher dünn gesät waren. Die waren natürlich häufig eingebunden in die ELG, so daß von daher das Know-how auch nicht da war, um entsprechende Anträge zu stellen. Insofern hat es eine Weiterentwicklung gegeben. Wir sind hier - das können wir in Anspruch nehmen - recht aktiv gewesen und haben eine sehr enge Verbindung mit unseren ELG-Beauftragten gehalten, die immer in einem Wechselgespräch waren, was wir jetzt machen. Das ist eine ganz nahtlose Koordination gewesen zwischen uns und der ELG. Man sein - das kann ich so nicht beurteilen, weil ich mich nicht so sehr darum kümmere, wenn ein anderes Bundesland betroffen ist -, daß das hier ein besonderer Fall war. Gegenüber kleineren Fällen auch in Schleswig-Holstein, etwa „Sabine D.“ oder anderen kleineren Sachen, war das schon eine andere Qualität. Aber das liegt natürlich auch daran: Der Fall war eine andere Qualität als eine Ölhavarie, die mehr oder weniger geräuschlos und unbemerkt von der Öffentlichkeit bereinigt wird.

Abg. Hentschel: Das heißt, daß sich in diesem Fall im Gegensatz zu früheren Jahren, auch wegen der Dimension des Falles, das Ministerium, also der zuständige Einsatzlei-

ter, also Sie, eher aktiver um diesen Fall gekümmert hat als in anderen Fällen?

Kesting: Ja, das kann man so sagen.

Abg. Hentschel: Jetzt noch mal zu Ihnen selber: Seit wann haben Sie mit dem operativen Geschäft von Unfällen im Küstenbereich zu tun?

Kesting: Da muß ich nachrechnen. Spätestens seit 1977. Da bin ich stellvertretender Abteilungsleiter geworden, war zuständig für Organisation und andere Dinge. Von da an habe ich mich mit zunehmender Intensität damit befaßt. In den 80er Jahren war ich, glaube ich, auch als stellvertretender Abteilungsleiter die entscheidende Figur dort.

Abg. Hentschel: Und seitdem sind Sie, wenn es Unfälle gab, ELG-Fälle und auch andere Fälle, die nur Schleswig-Holstein betrafen, dann jeweils derjenige gewesen, der die entsprechenden Einsätze geleitet hat?

Kesting: Soweit das Ministerium gefordert war, ja.

Abg. Hentschel: Wie oft ist das ungefähr gewesen?

Kesting: Das kann ich so nicht sagen. Ich müßte mal an der Hand abzählen: „Afran Zenith“, „Heinrich Heine“, „Brady Maria“; dann Apron plus - das ist natürlich kein ELG-Fall, war aber vergleichbar von der Größenordnung her.

Abg. Hentschel: Es geht mir überhaupt um Fälle, die mit Ölschadensbekämpfung oder anderen Schadensbekämpfungen im Küstenbereich zu tun haben.

Kesting: Apron plus, dann war es der Ölschaden auf Amrum, dann waren es Dinge hier in der Ostsee, ein oder zwei. Es ist eine ganze Reihe von Dingen; nur da, wo Schleswig-Holstein als Küstenland betroffen war. Bei den anderen Küstenländern habe ich mich natürlich herausgehalten.

Abg. Hentschel: Hat es in der Vergangenheit im Zusammenhang mit diesen Aktionen, die Sie geleitet haben, Probleme gegeben?

Vorsitzender: Können wir das mal spezifizieren, was Sie unter „Probleme“ verstehen, Kollege Hentschel?

Abg. Hentschel: Hat es im Zusammenhang mit solchen Aktionen von seiten anderer Häuser oder von seiten der Öffentlichkeit Kritik an Ihrer Arbeit gegeben?

Kesting: Mir ist keine Kritik bekannt geworden. Wir haben eine kritische öffentliche Situation gehabt, wenn ich das so sagen darf. Das war bei Apron plus. Deswegen hatte da die Landesregierung auch beschlossen, zumal das mit der Querinformation nicht so gut gelaufen war: Wir richteten eine interministerielle Arbeitsgruppe ein, um diese Querinformation über die Häuser weg sicherzustellen. Aber an sich ist uns auch gerade bei Apron plus von allen Beteiligten bescheinigt worden, daß wir das sehr professionell und engagiert abgearbeitet haben.

Abg. Hentschel: Wie sehen Sie die Zusammenarbeit mit den Kreisen und Kommunen? Ist die Konstruktion, die wir jetzt haben, daß die Staatlichen Umweltämter direkt mit den Kommunen solche Fälle lösen, eine sinnvolle Konstruktion, weil ja die zuständige Behörde - das Amt für Katastrophenschutz in diesem Fall - der Kreis ist, und der Kreis ist bei dieser Konstruktion praktisch außen vor?

Kesting: Man wird darüber mal nachdenken müssen. Der Kreis ist außen vor, das ist richtig. Es macht im Grunde genommen die örtliche Ordnungsbehörde und dann die Wasserbehörde, also unser Amt in den Küstengewässern. Der Kreis hat dabei eine Koordinierungsfunktion, hat die Belange etwa der Gemeinden gegenüber den Staatlichen Umweltämtern wahrzunehmen. Er ist ja auch in diesem Fall in dem Einsatzstab in Husum drin gewesen. Und er ist dann gefragt, wenn wir aus den verfügbaren Ressourcen, die er hat - das sind vor allen Dingen die Freiwilligen Feuerwehren -, Einsatz-

kräfte brauchen. Dann muß er entscheiden, ob und welche Einsatzkräfte er uns zur Verfügung stellt. Es ist natürlich eine entscheidende Änderung der Qualität, wenn ein Katastrophenfall festgestellt wird. Dann wechselt die Führung. Gott sei Dank haben wir das noch nicht gehabt, aber das mal in einem Planspiel durchzuführen, wie das laufen würde, wäre ganz interessant. Das dürfte zu gewissen Problemen führen, wenn man mitten in dem Einsatz mit einem Mal die Führungsstrukturen wechselt.

Abg. Hentschel: Ist das schon mal geübt worden?

Kesting: Der Wechsel der Führungsstruktur ist nicht geübt worden. Aber die Wahrnehmung von Ölbekämpfungsaufgaben im Rahmen einer Katastrophenlage ist im September in dieser sogenannten MUT-Übung geübt worden.

Abg. Hentschel: Und wie war das Ergebnis dieser Übung?

Kesting: Das Ergebnis war mit ein Anlaß, daß ich mich geweigert habe, ohne Not den interministeriellen Leitungsstab einzuberufen.

Abg. Hentschel: Können Sie das erläutern?

Kesting: Es hat sich gezeigt, daß die fachlichen Komponenten nicht hinreichend in die Entscheidungsabläufe eingebaut worden waren. Ich sage das mal an einem Beispiel: Ich war mit dem Minister unterwegs, um ihm unsere Ölbekämpfungsgeräte in der Meldorfer Bucht vorzuführen. Da hat mich ein Mitarbeiter angerufen und hat gesagt: Mensch, Chef, Sie sind doch auf dem Wasser, wie ist eigentlich die Lage vor Ort? Da habe ich gesagt: Das müßt ihr doch wissen; ihr macht doch die Übung, nicht ich. Da sagte er: Ich weiß von nichts. Oder ich bin in Dithmarschen angekommen und habe gesehen, da läuft ein Einsatzleiter des Kreises herum, der noch nie - jedenfalls so wie ich das in Erfahrung gebracht habe - eine Ölschadensbekämpfung gemacht hat. Er wollte

aber den Einsatz in einem Abschnitt leiten auf dem Gewässer erster Ordnung, wo ich sagen muß: Warum macht ihr das eigentlich? Wir haben doch unsere Fachkräfte in den Staatlichen Umweltämtern. Die werden auf Zusammenarbeit mit euch, mit der Katastrophenabwehrbehörde, angewiesen. Damit habt ihr gewisse Weisungsrechte. Dann machen die das selbständig bei euch unter eurer Gesamtleitung. - Diese Überlegungen, was es heißt, etwa Kräfte zuführen und auf Zusammenarbeit anweisen, mit einer anderen Leitungsstelle, das hat offensichtlich da nicht funktioniert. Jedenfalls haben meine Mitarbeiter eine ziemlich harsche Kritik an dem Übungsablauf geübt. Wie gesagt, das war ein Grund mit, daß ich gesagt habe: Bevor ich mich auf solch eine Struktur einlasse, die sich nicht bewährt hat, mache ich das lieber selber.

Abg. Hentschel: Wer hat in diesem Fall die Einsatzleitung?

Kesting: Das war eine Katastrophenübung; die örtliche Katastrophenabwehrbehörde, die Kreise, die beteiligt waren, und dann der Innenminister. Wir hatten in diese Stäbe Mitarbeiter geschickt.

Abg. Hentschel: Danke schön.

Vorsitzender: Herr Kubicki!

Abg. Kubicki: Herr Kesting, ich habe Ihrer Vernehmung vom 22.3. entnommen, daß nach Ihrer Auffassung die ELG nur Strategien beschließt, die anzuwenden sind, und die operative Umsetzung durch den Bund oder die Länder, die jeweils betroffen sind, zu erfolgen hat. Meine Frage ist: Verlassen Sie sich immer darauf, daß der Bund oder die Länder die operative Umsetzung auch wirkungsvoll machen, oder kontrollieren Sie das in einer Form Monitoring, durch Nachfrage, noch einmal selbst?

Kesting: In diesem Fall waren wir ja selbst das Land. Da stellt sich die Frage nicht. Der Bund wäre nach unserem Verständnis zuständig gewesen für den Abschluß der Ver-

träge, Brandbekämpfung, Ölbergung auf der „Pallas“ nach diesem Verwaltungsgerichtsurteil. Ich habe das letzte Mal ja ausgeführt: Es gibt da Dissenzen mit dem Bund, aber die lassen wir mal außen vor. Ich habe mir jeden Tag mehrfach über den Fortschritt der Verhandlungen, der Bekämpfungsaktion und was auf dem Schiff passiert ist, berichten lassen durch meine Mitarbeiter in der ELG. Da sind wir am Ball.

Abg. Kubicki: Ich habe das schon gemerkt: Sie führen relativ straff, wenn ich das mal sagen darf. Das ist kein Vorwurf.

Kesting: Man hat uns vorgeworfen, wir führten wie Kommißköpfe. Aber in einem solchen Fall ist das eher einer Ehrenbezeugung.

Abg. Kubicki: Ich bin darüber gestolpert, weil das erste Mal von Ihnen die Anregung kommt am 8.11., einen Brandschutzexperten hinzuzuziehen. Das ist ja - das Schiff brennt da ja schon mehrere Tage - ein vergleichsweise später Zeitpunkt. Das sehen Sie auch so? Meine Frage ist: Sind Sie nicht vorher auf die Idee gekommen, daß man da vielleicht mal Brandschutzexperten hinzuziehen sollte?

Kesting: Nun muß ich sagen, als sich das Geschehen letztlich außerhalb unserer Hoheitsgewässer, sogar auf der Hohen See, abspielte und wir ja wissen, daß für diesen Bereich eine vertragliche Regelung mit der Feuerwehr Cuxhaven besteht, sind wir davon ausgegangen, daß die zuständigen Bundesbehörden von ihren vertraglichen Möglichkeiten, diese Feuerwehr heranzuziehen, Gebrauch machen. Sie haben das ja auch getan. Also insofern waren durch den Bund Brandschutzexperten, nämlich die Feuerwehr Cuxhaven, engagiert. Daß sie nicht zum Einsatz gekommen sind, ist eine andere Sache. Aber die waren da.

Abg. Kubicki: Gut, wir haben hier aber auch vernommen, daß - jedenfalls seitdem es ELG-Fall ist - Brandschutzexperten nicht mehr hinzugezogen worden sind bis dann

zum 8. oder 9.11. Die Frage ist ja die: Gerade bei dieser straffen Führung, denke ich mal, hätte der ELG-Vertreter des Landes Schleswig-Holstein Ihnen entweder berichtet, daß das nicht der Fall ist, oder Sie hätten vielleicht mal nachgefragt, ob das der Fall ist, oder Sie sind gar nicht auf die Idee gekommen, daß das nicht der Fall sein könnte. Letzteres wahrscheinlich.

Kesting: Das ist richtig, und zwar aus einem guten Grund: Bis zum Freitag morgen, also 6.11. Vormittag, stand eindeutig die Strategie Abschleppen im Vordergrund. Da war mit Brandlöschung nichts zu machen, sondern die Brandlöschung konnte erst eingreifen, wenn das Schiff in den Schutzhafen oder in den Hafen Cuxhaven verholt war. In Cuxhaven stand die Feuerwehr Cuxhaven bereit. Also stellte sich die Frage gar nicht, ob wir in diesem Zeitraum bis zum 6. Brandschutzexperten auf die „Pallas“ hätten schicken müssen, weil die Feuerwehr Cuxhaven eingebunden war und tätig werden sollte in dem Augenblick, in dem das Schiff in Cuxhaven an der Pier liegt. Ich verstehe schon den Hintergrund: Ihr habt ein bißchen lange gewartet, bis ihr das vorgeschlagen habt. Dann ist es nur die Zeit vom Freitag bis zum Sonntag. Am Sonntag habe ich diesen Vorschlag gemacht: Holt euch den ran.

Abg. Kubicki: Ich frage auch deshalb, weil jedenfalls die Brandschutzexperten, die wir bisher gehört haben, auch von der Feuerwehr Cuxhaven, uns berichtet haben, daß sie gar nicht gefragt worden sind, ob sie vielleicht auf dem Schiff löschen können oder nicht.

Kesting: Das trifft, soweit ich das aus den Gesprächen meiner Mitarbeiter weiß, so zu. Man hat wohl noch einmal Kontakt aufgenommen zur Cuxhavener Feuerwehr - so ist mir das jedenfalls vorgestellt worden - und hat mal besichtigt, was die da eigentlich haben. Es hat diesen bewußten Kontakt des Hamburger ELG-Vertreters mit Herrn Rechenbach bzw. seinem Chef in Hamburg gegeben. Aber sonst sind die nicht zugezogen worden unter der Voraussetzung, daß

man in Cuxhaven davon ausging: Wir übernehmen im wesentlichen die Firma Wijsmuller. Damit haben wir Experten, die das Brandkonzept entwickeln und vortragen können und dann durchführen können. Wir brauchen die Feuerwehr nicht. Das ist so die Beurteilung der Lage gewesen. Ich habe eigentlich auch den Kontakt mit der Marineschule in Neustadt nicht so sehr unter dem Gesichtspunkt hergestellt, der muß denen das erst mal entwickeln, sondern Sie wissen selbst, es ist immer ganz gut, wenn man nach dem Vier-Augen-Prinzip verfährt. Das heißt, da ist eine Firma, die bietet was an, dann soll sich das auch mal einer angucken, der mit Brandschutz auf Schiffen zu tun hat. Das war also, wenn Sie so wollen, mehr so etwas - wie wir Bauleute sagen würden - wie die Oberbauleitung oder die örtliche Bauleitung, daß der mal ein Auge darauf hat, daß die nicht über den Tisch gezogen werden.

Abg. Kubicki: Nun haben Sie ja Herrn Körner empfohlen. Herr Körner wird auch eingeladen zur ELG. Hat Ihnen denn der ELG-Vertreter Schleswig-Holsteins berichtet, was Herr Körner sachverständig erklärt hat?

Kesting: Er hat mir berichtet: Er hat sich an der Diskussion beteiligt. Man hat dort gemeinsam das Brandlöschungskonzept erörtert, nämlich Angriff auf das Schiff mit Wasser und Fluten der Ladungsräume als erfolgversprechendstes Konzept. Und er hat das abgenickt, so etwa mit kurzen Worten. So ist es mir dargestellt worden. Ich erinnere daran, Herr Schell hat das ja wohl auch hier in dieser Form etwa so vorgetragen. Das sind die Erkenntnisse, die wir haben.

Abg. Kubicki: Jetzt ist es ein Problem, weil wir Herrn Körner ja auch gehört haben und er gesagt hat: Erstens hätte er gesagt, er hätte von Ladungsbrandbekämpfung überhaupt keine Ahnung, sei da völlig ungeeignet. Zweitens hätte er sich gewundert, daß die Feuerwehr - also die ordentliche Feuerwehr, wie er sich ausdrückte - nicht vor Ort gewesen sei. Drittens habe er gar kein Brand-

schutzkonzept zur Begutachtung erhalten. Deshalb meine Frage: Wenn Sie so etwas empfehlen, müßte doch die Nachfrage sein: Hat er nun gesagt, das Konzept ist in Ordnung, der Preis ist beispielsweise in Ordnung? Denn das war ja eigentlich der Hintergrund, denke ich mal.

Kesting: Ich habe nachgefragt: Habt Ihr den Körner da gehabt, und hat er sich an der Diskussion beteiligt? Dann ist mir bestätigt worden: Jawohl, er war da und hat sich auch an der Diskussion beteiligt. Ob es in der Form schon ein schriftliches Konzept gegeben hat, das weiß ich nicht; denn in solchen Lagebesprechungen wird natürlich mündlich verhandelt. Da wird nicht unbedingt auf schriftlicher Grundlage verhandelt.

Zu den Preisen: Da muß ich allerdings zugeben, was Preise anbelangt, wird er sicherlich nichts sagen können. Sie wissen selbst, das Militär ist nicht unbedingt bei seinen Aktionen darauf ausgerichtet, die preisgünstigste Lösung, sondern die effektivste zu treffen. Das glaube ich nicht, daß er dazu etwas gesagt hat, sondern es ging einfach darum: Ist das machbar, ist das richtig, oder ist das absurd, was die Firma da vorschlägt? Da hat er sich - ich muß mich darauf verlassen; ich habe keinen Wahrheitsdetektor - an der Diskussion beteiligt; das ist mir bestätigt worden.

Ich kann das sagen: Ich bin über das, was ich hier gehört habe über die Aussagen von Herrn Körner, auch etwas überrascht gewesen. Denn das hätte man uns dann vorher sagen müssen. Wir sind in dem guten Glauben gewesen: Das ist so in Ordnung. Er firmiert ja auch - ich habe eine Visitenkarte von ihm vorliegen - als Brandschutzsachverständiger.

Abg. Kubicki: Ich frage das deshalb - Sie werden sich das natürlich denken können -, weil uns der Minister des Hauses, dem Sie angehören, im Ausschuß erklärt hat, das Umweltministerium habe sich eines Brandschutzexperten bedient, der seinerseits sozu-

sagen die Grundlagen für alle weiteren Entscheidungen auch hat legen sollen.

(Abg. Hentschel: Einspruch! Er hat gesagt, das Umweltministerium habe sich das nur über die ELG - -)

- Nichts!

(Abg. Hentschel: Im Landtagsprotokoll! Das ist gesagt worden!)

- Herr Kollege Hentschel - -

Vorsitzender: Es geht hier um die Ausschußprotokolle!

Abg. Kubicki: Es geht um das Ausschußprotokoll. Er hat hier vor dem Ausschuß gesagt: Das Umweltministerium hat sich eines Brandschutzexperten von der Bundeswehr bedient, der sich das Brandschutzkonzept ansehen und begutachten und nicht nur abnicken sollte, sondern dessen Entscheidungen auch zur Grundlage aller weiteren Entscheidungen gemacht worden sind, die das Umweltministerium, sprich der Umweltminister, getroffen hat. Deshalb war ich etwas verwirrt darüber, daß Herr Körner hier erklärt hat, er habe weder ein Konzept gesehen noch begutachtet noch habe er überhaupt irgendwas beisteuern können, was zur Grundlage weiterer Entscheidungen hätte gemacht werden können.

Kesting: Herr Kubicki, vielleicht darf ich dazu eines sagen: Sie haben uns ja neulich mit einer freundlichen Presseveröffentlichung bedacht. Daraufhin habe mir natürlich auch noch einmal die Worte des Ministers hier im Protokoll angesehen. Der Minister hat gesagt: Wir haben den Kontakt hergestellt. Das steht in dem Einvernahmeprotokoll. Wir haben den Kontakt hergestellt - das ist zutreffend. Dann habe ich da nichts gefunden, was in diese Richtung geht, wie Sie es jetzt hier schildern. Ich meine, dann müßte ich im Protokoll nachgucken. Ich habe das natürlich nicht im Kopf. Aber der Minister hat gesagt: Wir haben den Kontakt hergestellt, und mein Abteilungsleiter hat Kontakt,

glaube ich, mit der Marineschule gehalten. So sinngemäß - ich kann Ihnen jetzt die Seite und die Spalte nicht nennen - steht es im Protokoll. Diese Aussage „hat den Kontakt gehalten“ ist nur dann verständlich: Ich habe persönlich zur Marineschule keinen Kontakt gehalten. Das hat dann Herr Schell übernommen.

Vorsitzender: Ich darf mal eingreifen: Auf Seite 17 des Protokolls der 3. Sitzung sagt der Minister: „Für die Brandbekämpfung werden Kontakte zu den Marinespezialisten in Neustadt der ELG hergestellt. Auch der Abteilungsleiter meines Hauses hält Kontakt zur Marineleitung.“ So im Protokoll auf Seite 17 linke Spalte.

Abg. Kubicki: Herr Vorsitzender, wenn Sie mir das Protokoll reichen, kann ich es auch gleich zitieren. Ich habe Herrn Minister Steenblock am 8. Februar 1999 gefragt: „Welchen fachlichen Sachverstand hat Ihr Haus, haben Sie selbst in der Zeit vom 25.10. bis 10.11. hinzugezogen, um eine Plausibilitätsüberprüfung der Maßnahmen vorzunehmen, die die ELG vorgeschlagen, vorbereitet oder durchgeführt hat? Welchen Bergungsexperten, welche Feuerwehr, welchen Brandschutzexperten haben Sie, hat Ihr Haus angesichts der Informationslage, die Sie hatten, hinzugezogen, um in der Entscheidungsfindung für sich selbst festzustellen: Das, was sie machen ist ganz sinnvoll; das wollen wir als Land Schleswig-Holstein mittragen oder: Wir wollen es nicht mittragen?“ Darauf hat Minister Steenblock wie folgt geantwortet.

Vorsitzender: Am 8.2.?

Abg. Kubicki: Am 8.2. Ich gebe auch gleich die Seitenzahl an. „Wir haben, weil gerade auch das Konzept der Brandbekämpfung -- Bis zu diesem Schleppereinsatz, der dann gescheitert war, was im Grunde bis zum 7. oder 8. gedauert hat, nicht. Danach haben wir dann der ELG, gerade was die Brandbekämpfung angeht, vorgeschlagen, Herrn Korvettenkapitän Körner von der Technischen Marineschule in Neu-

stadt hinzuzuziehen. Das ist ein Experte der Bundeswehr. Es ist nicht die Einrichtung, aus der Herr Lütje, der, glaube ich, auch in diesem Ausschuß war, kommt, sondern eine in der gleichen Stadt, räumlich in der Nähe, eine andere Einrichtung, die ausgesprochen kompetent in diesen Fragen der Brandbekämpfung ist. Herr Körner ist dann auf unseren Vorschlag hin von der ELG eingeladen worden und hat diese Brandbekämpfungskonzepte einer Plausibilitätsprüfung unterzogen. Das, was sich daraus ergeben hat, war dann auch wieder für meine Beurteilung Richtlinie.“ Das ist Seite 57/58 des Protokolls! Deshalb war jetzt meine Frage, was sich denn daraus ergeben hat, was für den Minister für seine weitere Beurteilung Richtlinie war.

Kesting: Ich bin natürlich nur mittelbar informiert, weil ich nun nicht in Cuxhaven mit am Tisch gesessen habe. Die Information lautete: Wir haben diese Strategie der Brandbekämpfung, nämlich Fluten, dort erörtert, haben Herrn Körner an der Diskussion beteiligt, er hat sich auch beteiligt, und haben das dann schließlich so abgesegnet. Das muß ich also so zur Kenntnis nehmen.

Nun kann ich Ihnen dazu sagen: Die Beurteilung eines solchen Ladungsbrandes und was man dabei machen kann, ist nun nicht die hohe Wissenschaft. Sie müssen wissen, es gibt zwei verschiedene Techniken, wenn man Brand löschen will. Das eine ist das klassische Löschen, nämlich die Flamme vom Brandgut trennen, so daß kein Sauerstoff zum Brandgut zutreten kann, und dann dadurch zu erreichen, daß das Brandgut abkühlt und daß es nach dem Wegnehmen des Löschmittels nicht wieder zu einer spontanen Selbstentzündung kommt. Das ist das Typische, wenn Sie den Wasserstrahl auf den Dachsparren halten. Es gibt eine andere Technik, die nur im Ausnahmefall angewendet wird: Das ist das Ersticken eines Brandes. Das können Sie mit Schaum machen. Alle Löschmittel, die wir haben, CO₂ und andere, sind im Regelfall die erste Sorte des Löschens. Sie können ersticken; das heißt,

Sie können einen Raum mit Wasser fluten, Sie können ihn mit Schaum abdecken, oder Sie können ihn, wenn Sie genügend CO₂ zur Verfügung haben, auch mit CO₂ füllen. Dann muß er natürlich dicht sein, damit Ihnen das CO₂ nicht durch die Ritzen verschwindet. Alle Feuerwehrleute - das hat sich hinterher auch bestätigt - waren sich einig, das Löschen im klassischen Sinne, das heißt Strahl drauf, Flamme vom Brandgut trennen, und dann geht es aus, kam hier nicht in Frage, weil die Brandnester tief lagen, sondern es kam nur das Ersticken in Frage. Da sind wir mit der ELG - das haben wir auch miteinander erörtert - zu der Auffassung gekommen: Das Ersticken mit Wasser ist das nächstliegende und das effektivste, weil wir uns mit dem Schiff im Medium Wasser bewegen. Also holen wir das Wasser ran und ersticken durch Fluten diese Brandnester, die im Innern dieser Holzstapel verbunden sind. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Auf diese Binsenweisheit wäre ich auch gekommen, ohne daß Herr Körner dabei gewesen wäre. Das ist für einen Ingenieur, der ein klein bißchen von Naturwissenschaften versteht - wie gesagt, ich habe eine Ausbildung gemacht, und nach deutscher Sitte wird das in Neustadt sehr gründlich gemacht -, kein Problem, das technisch zu beurteilen.

Abg. Kubicki: Dann verstehe ich nicht mehr, warum Herr Körner hinzugezogen werden sollte. Ich darf mal zitieren aus Ihrer Vernehmung vom 22. 3, Seite 68: „Ich hatte den Eindruck, daß es vielleicht ganz vorteilhaft sein würde, zu den Verhandlungen mit der Firma, damit die Vertreter in der ELG, die ja, was Brandbekämpfung anbelangt, mehr oder weniger Laien sind, nun der Firma nicht ganz hilflos ausgeliefert sind, einen Fachmann heranzuholen.“

Kesting: Ich habe Ihnen vorgestellt, was man an Strategie machen kann. Die technische Umsetzung im Detail ist natürlich noch etwas anderes. Ich darf Ihnen mal eines ganz simpel sagen: Sie wissen doch selbst, wenn ein Mitarbeiter von uns als Verwaltungsbeamter - er kann ein noch so guter Ingenieur

sein - sagt, kraft meines Fachwissens ist das richtig, dann ist es das eine, daß er das sagt und daß er auch recht hat. Daß man ihm auch glaubt, daß er recht hat, ist das Zweite. Wir meinten, daß es auch für die öffentliche Darstellung richtig wäre, diese Aussage durch einen Sachverständigen zusätzlich absichern zu lassen. Das ist der ganz simple Hintergrund dabei.

Abg. Kubicki: Ist Ihnen denn - das ist meine letzte Frage dazu - jemals ein schriftliches Brandbekämpfungskonzept vorgelegt worden, oder Herrn Schell nach Ihrem Kenntnisstand?

Kesting: Ich weiß im Augenblick nicht, ob dieses Konzept, das dort erörtert worden ist, schriftlich festgelegt worden ist. Das kann ich so nicht sagen. Wir haben es mündlich erörtert. Es kann sein, daß es uns später schriftlich vorgelegt worden ist. Ich habe es jetzt aber nicht präsent. Nur, die Fakten, wie vorzugehen war und was zu veranlassen war, sind sehr intensiv erörtert worden, und das ist dann auch in ELG-Beschlüssen und entsprechenden Unterlagen festgehalten worden. Aber ob uns das so vorgelegt worden ist, weiß ich jetzt nicht. Das ist aber in solch einer Situation nicht verwunderlich. Da geht es meistens sehr schnell. Das muß mündlich geführt werden.

Abg. Kubicki: Darf ich eine wirklich letzte Frage an Sie anschließen? - Die Firma Wijsmuller unterbreitet ein Konzept und dazu auch preisliche Vorstellungen, also Dauer der Maßnahme, was es kostet zum Heranführen von Material, wieviel Personal man benötigt, was das Personal an sich kostet. Hat irgend jemand in Ihrem Hause, Sie selbst oder von der ELG oder vom Bund nach Ihrer Kenntnis, mal eine Überprüfung vorgenommen, ob dieses Angebot der Firma Wijsmuller ein vernünftiges, ein zu unterbietendes oder ein zu teures ist?

Kesting: Wir haben aufgrund der Gespräche, die wir geführt haben, geprüft, ob dieses Konzept zum Erfolg führt, ob es vereinbar ist mit den späteren Ölentorgungsstrategien

und ob es in angemessener Zeit durchgeführt werden kann. Eine preisliche Überprüfung hat durch uns nicht stattgefunden, war aber auch nicht unsere Aufgabe. Dieses Konzept ist in Cuxhaven entwickelt worden und war von den Bundesdienststellen umzusetzen. Die Prüfung hätte dort erfolgen müssen. Ob das erfolgt ist, kann ich nicht sagen, weil ich daran natürlich nicht unmittelbar beteiligt war.

Abg. Kubicki: Aber Schleswig-Holstein wird ja 15 % davon in Rechnung gestellt, oder nicht? Die Frage ist: Nach Ihrem Kenntnisstand jedenfalls bis heute liegt Ihnen ein solcher Vermerk über die Angemessenheit des Angebots nicht vor?

Kesting: Nein. Ich sage es noch mal: Das war auch nicht unsere Aufgabe, sondern der Partner Bund, der nach unserer Einschätzung letztlich der umsetzende Partner war, hatte das zu prüfen. Ich darf nur in aller Bescheidenheit daran erinnern, daß dieser Partner Bund immerhin mit 50 % statt 15 % an den Kosten beteiligt ist. Darauf konnten wir uns dann verlassen, daß er das prüft, wenn er es für nötig hält.

Vorsitzender: Frau Spoorendonk!

Abg. Spoorendonk: Es ist klar, daß sich die meisten Fragen erübrigt haben. Ich habe noch ein paar Nachfragen zu den internen Strukturen. Und zwar sagen Sie in dem Protokoll vom 22. 3., als es um dieses erste Wochenende geht, daß Sie da mit Ihrem Stellvertreter vereinbart haben, daß Sie für das Wochenende zuständig sind. Meine Frage ist: Haben Sie den Umweltminister von Ihrer Verfahrensweise in Kenntnis gesetzt, daß Sie allein die Gesamtleitung für dieses Wochenende übernommen haben, oder wie ist das gelaufen?

Kesting: Das gehört zu den Informationswegen, die ich geschildert habe. Das war so im Hause abgesprochen, daß der Stab nicht im Hause zusammentritt, sondern daß wir beiden das von zu Hause aus machen. Ich gehe davon aus, daß das auf den geschilder-

ten Informationswegen dem Minister zugeflossen ist. Wenn es nicht so gewesen wäre - ich muß das zunächst einmal unterstellen, daß die Informationsstränge funktionieren -, ist ja der erste Kontakt erfolgt direkt am Sonnabend, ich glaube, gegen 12 Uhr; 12:24 Uhr oder so. Da war klar, daß wir das von zu Hause machen. Das habe ich ihm auch geschildert, wie wir uns das eingeteilt haben und wie wir das machen. Spätestens ab da; aber ich hatte den Eindruck, er ist informiert über das, was da organisatorisch gelaufen ist.

Abg. Spoorendonk: Dann muß ich noch einmal nachfragen, weil mir das nicht ganz klar ist. Sie sagten, diese Informationswege - - Sie hatten ein anderes Wort dafür. Sie gingen davon aus, daß der Minister über diese Schiene auch informiert worden wäre. Wie gesagt, mir ist nicht ganz klar, wie er diese Information hätte bekommen können.

Kesting: Das Ministerbüro war bei unseren Stabsbesprechungen regelmäßig vertreten, entweder mit dem Leiter des Ministerbüros, mit der Pressesprecherin oder mit beiden. Die waren hautnah dabei, wenn wir unsere Lagediskussion machten und die Aufträge erteilten. Das bekamen die mit, und die haben von uns auch die Sachstandsberichte und was wir gefertigt haben bekommen, zum Beispiel für die Pressearbeit. Aufgrund dieser Basis konnten sie den Minister unterrichten. Die Frage, wie sie das gemacht haben, ob der Minister nun am Freitag, dem 6., im Hause war und ob sie ihn unten in seinem Dienstzimmer unterrichtet haben, oder ob sie das telefonisch gemacht haben, kann ich nicht beantworten, weil wir dem Weg natürlich nicht nachgegangen sind. Sonst hätten wir uns den ganzen Aufwand der Information über das Ministerbüro ja sparen können, wenn wir da nun noch im einzelnen nachgefieselt hätten. Das war nun deren Verantwortung. Deswegen haben wir uns mit der Übermittlung dieser Information und mit der Übermittlung unserer Führungsentscheidungen an das Ministerbüro aus diesem Teilprozeß herausgehalten.

Abg. Spoorendonk: Aber es war klar, daß dann immer auch die Informationen weitergeleitet werden sollten?

Kesting: Das war klar, ja, und zwar, wie gesagt, erst als Sachstandsbericht, und später haben wir die Lageberichte ja aus dem interministeriellen Leitungsstab und entsprechende Vermerke aus dem Arbeitsstab in unserem Hause gehabt, die als Basis für die Unterrichtung zur Verfügung standen.

Abg. Spoorendonk: Dann habe ich noch eine Nachfrage. Und zwar steht auf Seite 69 des Protokolls, als es darum ging, die Berater zu den Inseln zu schicken, die sollten sich auf den Weg zum Einsatzort Handys bei MobilCom kaufen. Ich habe mich darüber gewundert, daß Sie solch eine Bemerkung machen. Ich weiß auch nicht, ob das so eingetreten ist; denn meines Wissens ist es doch so, daß das Innenministerium über solche Fernmeldekapazitäten verfügt und daß die auch kurzfristig eingesetzt werden können. Meine Frage ist, ob das nicht ein Beispiel dafür ist, daß man viel früher solch eine interministerielle Zusammenarbeit hätte zustande bringen sollen, weil das vielleicht auch in Sachen Krisenmanagement effizienter und kostengünstiger gewesen wäre.

Kesting: Mir ist nicht bekannt, ob das Innenministerium einen Stapel von Handys vorhält. Wir haben jedenfalls für unsere Mitarbeiter auch im Vorfeld dieses Ereignisses, etwa für die ELG-Beauftragten, für die Bereitschaftsdienste bei den Staatlichen Umweltämtern, Handys gekauft und haben die dienstlich damit ausgestattet, so daß sie jederzeit erreichbar sind. Das war das nächstliegende. Es war, glaube ich, morgens um 7, 7:30 Uhr, als wir über telefonische Kontakte diese Entscheidung getroffen haben. Da haben wir gesagt: So, jetzt gibt es keine Verzögerung mehr, jetzt wird nicht lange herumgemacht, woher wir das eventuell kriegen, sondern ihr marschier los und kauft euch das. Dann habt ihr es, dann sind wir sicher, daß wir euch erreichen können, und dann ist das erledigt. Man sein, daß wir da

vielleicht ein Handy zuviel gekauft haben; das weiß ich nicht. Nur, da meine ich, daß das in einer solchen Situation keine Rolle spielen darf.

Abg. Spoorendonk: Das mit den Handys ist auch nur ein Beispiel. Meine Frage bezieht sich ja auch darauf, ob man nicht Zeit gehabt hätte, sich darüber zu informieren, welche Ressourcen das Innenministerium zur Verfügung stellen könnte.

Kesting: Das mag sein. Nur, es ist ja nicht so, daß wir mit dem Innenministerium nicht gesprochen haben. Ich habe ja mit dem Innenministerium Gespräche geführt. Ich habe auch deutlich gesagt: Hört zu, seht zu, daß eure Lagezentrale an dem Wochenende erreichbar ist; denn es könnte sein, daß wir, um Führungsentscheidungen, um Lageberichte sternförmig verteilen zu können - damit das nicht alles von einem Apparat hintereinander geschieht -, eure Fernmeldemittel in Anspruch nehmen müssen. Dann werden wir euch unterrichten. Wir haben allerdings diesen Fall Handys dabei nicht angesprochen, so daß das irgendwie nicht bekannt geworden ist. Ich weiß tatsächlich bis heute nicht, ob da Handys vorhanden sind. Wie gesagt, ich halte das aber auch bei den Kosten, die dafür entstehen, für eine müßige Frage, in einer solchen Situation so etwas zu überprüfen. Wir können die Dinger jedenfalls gut gebrauchen. Wir haben zum ersten Mal unter schwierigen Bedingungen eine Lage gehabt, bei der Fernmeldeprobleme bis auf ganz kleine Geschichten, die in der Technik liegen, keine Rolle gespielt haben. Das hat sich also bewährt. Wie gesagt, das ist ein Abwägungsprozeß, ob man da verwaltungsmäßig korrekt und genau arbeiten will, oder ob man sagen will, um 9 steht der Laden und ist einsatzbereit. Ich habe mich für einsatzbereit entschieden.

Vorsitzender: Herr Kesting, abschließend von mir noch eine Frage in dieser Runde. Der Amtsvorsteher Jungclaus in Amrum hat in seiner Einvernahme am 15. März gemäß Protokoll Seite 37 rechte Spalte ausgesagt:

Am 14.11., als der Minister vormittags und nachmittags auf Amrum zu Besuch war, hätte er, Jungclaus, vorgeschlagen, man solle eine Ölsperre legen; dieses Einschlängeln. Dann steht hier - ich zitiere -: „Er“ - also der Minister und seine Leute - „teilte unsere Auffassung und hat daraufhin Herrn Kesting angerufen, den zuständigen Abteilungsleiter, und ihm berichtet, er möge doch bitte veranlassen, daß diese Ölsperre gelegt wird.“ Worum es mir jetzt geht: „Herr Kesting hat daraufhin - das Gespräch fand in unmittelbarer Nähe von mir statt - dem Minister erklärt, er müßte diese Anweisung schriftlich haben.“ Trifft dieses zu, und ist eine Anweisung per Fax an Sie gekommen?

Kesting: Das trifft zu, und die Anweisung ist per Fax gekommen. Daraufhin habe ich dann den Antrag bei der ELG gestellt. Ich darf zur Erläuterung sagen: Ich weiß, daß das vor Ort kritisiert worden ist und dem Minister als Führungsschwäche ausgelegt worden ist. Das ist natürlich Unsinn. Ich werde nicht nach B 5 oder sogar nach B 7 bezahlt, damit ich die Hacken zusammenknalle, wenn solch ein Vorschlag kommt, sondern das gehört zu meinen Pflichten, dem Minister zu sagen: Lieber Minister, hier be gibst du dich auf schwieriges Terrain. Achtung, denk noch einmal darüber nach. Das war die Funktion dieses Vorhaltes. Aber das ist ausgeräumt worden. Das haben wir dann gemacht und haben den Antrag in Cuxhaven gestellt.

Vorsitzender: Danke schön. - Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann schließe ich die Einvernahme. Herr Kesting, ich danke Ihnen, daß Sie uns 100 Minuten zur Verfügung gestanden haben.

Wir setzen, nachdem die nicht befugten Personen den Versammlungsraum verlassen haben, in fünf Minuten mit der internen Sitzung fort. - Danke schön.

Schluß: 16:42 Uhr